

Pester Lloyd (Budapest)

Nr. 240 -

Aufrüstung gegen schlechtes Gewissen

Von Karl Anton Prinz ROHAN

Westeuropa steht in einer schweren Krise. Nicht daß das politische Gebäude unmittelbar einzustürzen drohte, aber die Fassade hat Risse bekommen, deren Anblick nachdenklich stimmt. Sie sind die Folge des politischen Erdbebens, das durch die Tschechenkrise ausgelöst worden ist. Unverkennbar herrscht in den Hauptzentren Paris und London Nervosität. Man sucht nach neuen Grundlagen für eine neue Politik, Konzentration der Kräfte in nationaler Zusammenfassung ist die Parole der Stunde. Der größte Anarchist im System des internationalen Kapitalismus, der anonyme Sparer, ist wieder einmal wild geworden und verschiebt seine, der eigenen Steuerbehörde meist verschwiegenen Kapitalien aufgeregt von Land zu Land. Diesmal ist nicht Frankreich, sondern England der Hauptbetroffene. Die offiziellen Stellen stützen die Währung, dennoch gibt es Kurschwankungen, die wieder die allgemeine Unsicherheit erhöhen. Und, wie häufig schon in ähnlicher Lage geschehen, wendet man sich wieder einmal den westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen zu. Die nicht nur weltwirtschaftlich, sondern auch weltpolitisch belangreichen, seit längerer Zeit ins Stocken geratenen englischen und amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen sollen aktiviert werden. Von ihrem Abschluß erhoffen manche Balsam auf die Wunden. Das starke Mißtrauen des Weltsparrers ist zweifellos ausgelöst worden durch die beispiellose Heftigkeit, mit der man knapp nach der so ganz anders gerichteten Münchner Staatsmännerzusammenkunft die Aufrüstungsbewegung eingeleitet hat. Wieso konnte es überhaupt dazu kommen, daß das westeuropäische Echo des Friedens von München ein einziger Schrei nach Kriegsrüstung wurde? Was bedeutet, im Zusammenhang gesehen, die englisch-französische Rüstungshysterie?

Die Westmächte haben in Verfolgung des in dem Pariser Vorortefrieden eingeschlagenen falschen und für Europa lebensgefährlichen Weges zwei Jahrzehnte lang eine Politik geführt, die sich in der Krise des Jahres 1938 als Irrtum erwiesen hat. In Umdrehung des aus dem Zynismus des Rokoko geborenen Wortes Talleyrands: „Es war mehr als ein Verbrechen, es war ein Fehler“, wurde diese Politik nicht

nur von uns Mitteleuropäern, sondern auch von Teilen der westeuropäischen Völker selbst als mehr denn ein Fehler, als Verbrechen durchschaut. In der Tat waren Paris und London zwei ganze Jahrzehnte lang mit aller Macht bemüht, verbrecherisches Unrecht zu stützen, ihm ihren mächtigen Schutz zu verleihen und jede Regung nach friedlicher Veränderung zu gerechteren Zuständen zu unterdrücken. Es darf dabei ohne weiteres angenommen werden, daß manche Staatsmänner und gewiß große Teile der öffentlichen Meinung dabei persönlich in gutem Glauben gelebt haben. Aber das gehört in die private Sphäre. Geschichtlich waren die Friedensverträge und das Festhalten an ihnen Irrtümer, deren praktische Auswirkungen nur allzu oft schärfste Vergewaltigung des Rechts und damit also Verbrechen waren. Daß das Erkennen oder gar Eingestehen eines so grundlegenden Fehlers schwer fällt, ist begreiflich. In solcher Lage, da sich das schlechte Gewissen zu rühren beginnt, sucht man gern die Schuld anderwärts. Nun fällt dieses Aufdämmern höchst unangenehmer Erkenntnisse mit einer andern, für Westeuropa nicht weniger überraschenden Erscheinung zusammen. Seit Jahren hämmern es die demokratischen Politiker ihren Völkern ein: die Diktaturen lasteten schwer auf ihren „vergewaltigten“ Völkern, große innere Widerstände zeigten bereits das nahende Ende der autoritären Lebensformen an. Man tue kriegsgerüstet, in Wirklichkeit sei man es gar nicht; weder seelisch noch materiell. Die höchst eintönige und ideenarme Phrasologie, deren eigentliche Einsager freilich nirgends anders als in Moskau sitzen, füllte Reden, Zeitungen und Bücher; viele Jahre hindurch. In dem gleichen Augenblick nun, da die ganze Nachkriegspolitik Westeuropas in wenigen Tagen und Stunden zusammenbrach, haben Nationalsozialismus und Faschismus den Demokratien durch ihr tatsächliches Verhalten in der Gefahr vor Augen geführt, daß alles das falsch war, was man über sie gesagt und von ihnen wohl auch geglaubt hat. Wie ein Mann standen und stellten die Völker hinter ihren Staatsführungen,

menden!

bereit, auch im Ernstfall für Recht und Lebensnotwendigkeiten einzutreten. Sie sind nicht nur seelisch, sondern auch und in hohem Maße materiell gerüstet. Und sie sind keineswegs kriegerisch, sondern durchaus bereit, mit jedermann in Frieden zu leben, der ihr Recht und ihre Lebensnotwendigkeiten durch sein praktisches Verhalten anerkennt. Mit der ideologischen Argumentation gegen die neuen, fürs Erste mitteleuropäischen Lebensformen des 20. Jahrhunderts war es also nichts; ebenso wenig wie mit der zwanzigjährigen Außenpolitik des shylockhaften Festhaltens an den Friedensverträgen. Wenn aber zwei Unglücksfälle eintreten, dann gesellt sich manchmal auch noch ein dritter dazu. Die Großmächte der Nord-Süd-Achse, die schon seit längerer Zeit die Initiative der europäischen Politik an sich gerissen hatten, erwiesen sich nicht nur als friedfertig und gerüstet, sondern offensichtlich auch als rüstungsmäßig überlegen. Diese Erfahrung nun wählt sich das schlechte Gewissen Westeuropas zu seiner Tarnung. Nicht zwanzigjährige Irrtümer, so versucht man nun zu folgern, sind zusammengebrochen, sondern die westeuropäische Rüstung ist schuld daran, daß alles so gekommen ist. „Beim nächsten Mal wollen wir es ihnen ordentlich zeigen.“ ist dann der durchaus logische Schlußpunkt der Überlegungen, die heute zur Ursache und Wirkung zugleich der westeuropäischen Krise geworden sind.

Abermals erscheint Europa durch eine Fehlentwicklung bedroht. Mit eindeutiger Klarheit wurde deutscherseits betont, daß es, von uns aus, ein „nächstes Mal“ nicht geben wird. Die deutsche Politik stellt in Europa keine Forderungen mehr und sieht in ihren Kolonialwünschen keinen Kriegsgrund. Dieser deutschen Erklärung kommt geschichtlich eine ebenso große Bedeutung zu wie der endlichen Lösung der wichtigsten unter den mitteleuropäischen Nationalitätenfragen: der sudetendeutschen. Vom gesamteuropäischen Gesichtspunkt aus ist es deshalb in hohem Maße bedenklich, daß die westeuropäischen Demokratien, statt nach Preisgabe eines als undurchführbar erwiesenen politischen Konzepts, auf den Grundlagen des gerechten Münchener Abkommens eine neue friedliche Zusammenarbeit aufzubauen, in das Rüstungsfieber verfallen sind. Es liegt darin ein um so größerer Widerspruch, als durch den Frieden von München die internationale Kriegspartei gemeinsam von den vier Großmächten entscheidend geschlagen wurde und der einzige Antreiber zum Krieg, Rußland, aus Mitteleuropa hinausgedrängt ist.

Fieberanfälle stellen sich indes im nachhinein manchmal auch als Ausdruck innerer Gesundheitskrisen dar. Innerhalb der westeuropäischen Demokratien ringen, und zwar über die Scheidewände von politischen Parteien und sonstigen Gruppierungen hinweg, die Kräfte des Friedens und also einer neuen europäischen Politik mit den Kräften des Krieges, die man wohl mit Recht als die der geistigen Reaktion bezeichnen kann. Hier die Parole: Verständigung ohne Rücksicht auf die inneren Einrichtungen der Staaten, dort der haßerfüllte Pessimismus: „der Krieg ist unvermeidlich“. Wir Mitteleuropäer können nur eines wünschen: daß die Massen und die jungen, von den veralteten Ideologien unberührten Generationen der westeuropäischen Völker und Reiche ihre Staatsführungen auf den Weg der Verständigung in einem friedlichen, auf gerechter Ordnung ruhenden Europa drängen werden.

Der Westen und die Mitte

Sx. Die beiden westlichen Demokratien, die wir in den letzten Wochen besuchten, haben als Antwort auf die durch Deutschland herbeigeführte Neuordnung Europas die Devise ausgegeben, es gelte nun, die westliche Linie zu halten. Da dieses Programm die Anerkennung der neuen kontinentalen Stellung Deutschlands einschließt und nur als eine Folge des Münchener Abkommens mehr oder weniger willig aufgestellt werden konnte, bezeichnet diese Devise den Beginn der zweiten Nachkriegsperiode. Mit ihr ist die erste Nachkriegsperiode zu Ende, die zwanzig Jahre gedauert hat. In diesen zwanzig Jahren war Frankreich für die Engländer der Polizist auf dem Kontinent. Die französische Sicherheitspsychose war so stark, daß England sich keine große Mühe zu geben brauchte, Frankreich zu der ihm zugebachten kontinentalen Aufgabe zu überreden. Die Franzosen packten sie aus eigenen Stücken an. Es wurden die Ost- und Südostverträge abgeschlossen, und der Völkerbund wurde in den Dienst der Polizeidee unter dem Sammelwort des Kollektivismus gestellt.

Die Anhänger dieser Idee bedauern wohl auch heute noch, daß im Spätsommer 1933 nicht der Präventivkrieg gegen das wieder erstarkende Deutschland geführt wurde, und sie datieren die Brüchigkeit des alten europäischen Systems von dieser verpackten Chance her. Die einzelnen Stadien der fortschreitenden Machtverschiebung brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Einige von unsern Nachbarn stellten sich früher um als andere; für die letzten Umstellungen mußte das inzwischen erstarkte Deutschland durch eine ebenso entschlossene wie mutige Politik selbst sorgen. Diese Umstellungen sind nun ohne Zutun der westlichen Demokratien erfolgt, und diese stehen vor der Aufgabe, ein neues Verhältnis zur Mitte zu finden.

Wenn davon gesprochen wird, daß die „westliche Linie“ gehalten werden müsse, so ist das nicht einmal in erster Linie militärisch betont, sondern geistig. Man geht dabei nicht so weit, daß das Halten der westlichen Linie einem Desinteressement an Mittel- und Ost-Europa gleichläufe, aber die „Linie“ bezeichnet doch die Erkenntnis, daß die Mitte und der Osten Europas eben etwas anderes sind, als der Westen. Wenn man dabei Deutschland mehr dem westen Osten als dem westlichen Rand zurechnet, so empfinden wir das durchaus nicht als einen „Vorwurf“. Wir finden es nur natürlich und haben nichts dagegen, daß der Westen sich hierüber etwas klarer wird. Wir Deutsche sind uns darüber in diesen letzten Jahren ja auch klarer geworden, unsere Werturteile gründen sich auf andere Vorstellungen, und unser Selbstbewußtsein als das Land der Mitte ist stärker geworden. Wir wissen, wohin wir gehören, und begrüßen jedes Anzeichen dafür, daß auch der Westen begreift, wohin er gehört.

Wir stellen als Beobachter fest, wie anders diese Welt ist als die unsrige. Da sind zunächst eine Reihe von Neuerscheinungen, die uns unterscheiden, wie auch der östliche Besucher bei uns einen ähnlichen Unterschied feststellen wird. Die sogenannten Errungenschaften der Zivilisation teilen wir mit dem Westen mehr als der Osten mit uns, in der Denkweise aber dürften wir dem Osten verständlicher sein als dem Westen, und auf jeden Fall verständlicher, als der Westen dem Osten. Das Land der Mitte wird nun allerdings den Westen nicht links liegen lassen können, aber eine westliche Linie, wenn die anderen sie zwischen uns haben wollen, brauchen wir nicht unbedingt als störend zu empfinden. Diese Ueberlegung wird noch oft auftauchen, wenn es sich um die berühmte Formel vom „Zusammengerüstieren der beiden Systeme in Europa“ handelt.

Wir sehen den Westen darum bemüht, sich so leistungsfähig zu gestalten, den Wirkungsgrad seines Systems so zu erhöhen, wie er es bei uns sieht. Diese Aufgabe beschäftigt die Gedanken des Politikers, wie des Mannes auf der Straße. Die Selbstkritik hat in beiden Ländern einen wohl noch nie dagewesenen Umfang angenommen, und man ruft nach Taten und nach Männern. Beide Länder gehen dabei auf ihre Weise an die Arbeit, und die Weise ist doch so verschieden, daß man die beiden Demokratien nur mit Einschränkungen unter einem Systembegriff zusammenfassen kann. Viele Franzosen machen sich ernste Sorgen um ihr Land, während die meisten Engländer zuversichtlich ankündigen, sie würden es der Welt schon zeigen, daß sie es schaffen können. Das zutreffendste Wort für den Unterschied lautet, daß die Stimmung der Engländer „grimmiger“ ist. Wie stark aber das Denken sich in den alten Bahnen bewegt, und wie groß der Abstand zu unsern eigenen Auffassungen ist, das bemerkte man vielleicht am besten an der Unterhausrede des Kriegsministers Hore-Belisha. Als Entschuldigung dafür, daß das 3,7-Joll-Flugabwehrgeschütz bis zur Krise nicht fertig geworden war, teilte er mit, daß eine Firma, die einen kleinen aber wichtigen Teil produzierte, ihren Kontrakt nicht erfüllt hätte. Die Firma war bankrott gegangen. Es gab keinen tadelnden Zwischenruf. Wer in den Begriffen der Einigkeit, kommt nicht auf den Gedanken, dem Staat aus dieser privaten Kalamität eines Geschäftsmannes einen Vorwurf zu machen. So etwas zu verhindern, war bisher nicht seine „Sphäre“. Dagegen fand der Aufruf des alten Baldwin, der zur „moralischen“ Aufrüstung auffordert, allgemeine Beachtung in den Zeitungen. Sportsleute und berühmte Schauspieler, Gelehrte und Geschäftsleute schrieben zustimmende Briefe, obwohl in einigen rechtsstehenden Kreisen die Summe alles dessen, was England in die jetzige peinliche Lage gebracht hätte, geradezu mit dem Wort „Baldwinismus“ bezeichnet wurde. Das Wort mag dem aufrechten alten Herrn, der in zwei großen Krisen — der Wirtschaftskrise und der Verfassungskrise — seinen Mann gestanden hat, Unrecht tun könnte aber fast zur Stützung der Regierung Chamberlain er-

funden worden sein. Wenigstens wirkt es in dieser Richtung.

In Frankreich sind die inneren Zweifel zunächst noch stärker. Die neuen Finanz- und Wirtschaftsgesetze Reynauds wühlen alle Fragen auf, um die man sich hier seit der Herrschaft Blums gestritten hat, und man befürchtet, daß sie alle Wunden aufreißen. Reynaud will nun mit dem System der beiden Sonntage in der Woche aufräumen, ohne die 40-Stundenwoche „grundsätzlich“ anzutasten. Die Vernunft seines Programmes ist so einleuchtend, wie die politische Lage undurchsichtig. Die Produktivität des Landes kann nur durch Mehrarbeit erhöht werden, aber die Gewerkschaften fürchten nichts mehr als das, was sie den Sieg des Kapitalismus nennen. Der Gedanke vom Dienst am Staat stößt auf diese Schranke, und über den Ausgang der Reformen Reynauds stellen die Franzosen nur vage Vermutungen an. Sie verfügen nicht über die einfache, oft allzu einfache Kunst der Engländer, sich selbst einzureden, daß sie es schon „irgendwie schaffen“ werden. Daladier hatte nach München ein riesiges Vertrauensvotum, Chamberlain erhielt nur die Stimmen der Regierungsparteien, und doch blickten die französischen Staatsmänner mit einem neidischen Auge über den Kanal.

Das ist die feilsche Plattform, von der aus der Westen nun seine neue Stellung in Europa überdenkt. Viel weiter ist man noch nicht gekommen, als das Ende der ersten Nachkriegsperiode festzustellen und sich nun zunächst einmal mit sich selbst zu beschäftigen.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 136

Die Westmächte in der Rolle als Beobachter

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

WvD London, 14. März. Die britische Öffentlichkeit ist in den letzten Tagen durch die Vorgänge in der Slowakei, über die sie teilweise sehr einseitig unterrichtet wurde, nicht unerheblich beunruhigt worden. Die leitenden Staatsmänner bemühen sich deshalb, dem Volk zu lehren, daß nicht in jeder internationalen Schwierigkeit gleich eine „Krise“ erblickt werden dürfe. Aus diesem Grunde sagte Lord Halifax in der Rede, die er gestern Abend in Sunderland zu halten hatte: „Es ist in dieser Zeit nicht überraschend, daß viele Nerven überspannt sind. Gespannte Nerven und ruhiges Urteil aber passen schlecht zueinander. Fast in jeder Woche tragen sich in irgendwelchen Teilen Europas Ereignisse zu, die als Krise hingestellt werden. Die Lust ist beständig von sensationellen Gerüchten über das, was geschehen wird, angefüllt, und einige von uns geben sich wenig Mühe, zwischen Wahrheit und Dichtung zu unterscheiden. Die Maßnahmen der Regierung werden nicht durch diese unbegründeten Spekulationen beeinflusst werden.“

Die „Times“ schreibt am Ende eines Leitartikels über die ungeklärten inneren Verhältnisse der Tschecho-Slowakei unter anderem: „Das von den vier Mächten in München gemachte Garantversprechen muß im Lichte dieser Ungewissheiten und Anomalien betrachtet werden. Die britische und die französische Regierung haben in einer früheren Erklärung bestätigt, daß sie bereit wären, einer internationalen Garantie der neuen Grenzen der tschecho-slowakischen Staates gegen unherausgeforderten Angriff beizutreten. Ferner wurde klar gemacht, daß die Unabhängigkeit der Tschecho-Slowakei gewährleistet werden soll durch eine allgemeine Garantie an Stelle der bestehenden Verträge, die gegenseitige Verpflichtungen militärischen Charakters darstellen. Der Sinn war, daß es sich nicht um eine individuelle, sondern um eine kollektive Garantie handelte und daß sie nicht militärische Verpflichtungen darstellte.“ Es werde Übereinstimmung darüber bestehen, daß es für die britische Regierung keine ausdrückliche Verpflichtung gebe, bei der gegenwärtigen Entwicklung in Mitteleuropa direkte Maßnahmen zu ergreifen. Aber die öffentliche Meinung werde sicherlich darauf bestehen, daß ihr ganzer Einfluß eingesetzt werde, um zu einer stabilen Lösung zu verhelfen, die so eng wie möglich mit den Ansichten und Interessen der direkt betroffenen Bevölkerung in Übereinstimmung stehe.

Die Presseberichterstattung über die tschecho-slowakische Entwicklung ist in den letzten Tagen wieder einmal sehr einseitig und gegenüber Deutschland recht unfreundlich gewesen. Aber heute besteht in London der Eindruck, daß eine Lösung der entstandenen Schwierigkeiten unmittelbar zu erwarten sei.

Die „Times“ schreibt ferner, die Annahme sei ganz natürlich, daß die Reichsregierung die Kräfte des Gesetzes und der Ordnung

in einem Staat, für dessen neue Form und Verfassung sie so weitgehend verantwortlich sei, zu unterstützen wünsche. Die Grenzen der Slowakei und der Karpatho-Ukraine seien, wirtschaftlich gesehen, absurd, so daß es nicht überrasche, daß nach allgemeiner Ansicht die neuen Grenzen nicht von Dauer hätten sein können. — Der „Daily Express“ (Beaverbrook) erklärt, es sei weder Pflicht der britischen Regierung, noch falle es unter ihre Verantwortlichkeit, die tschecho-slowakischen Länder zu verteidigen. Es werde keine „Septemberkrisenatmosphäre“ geben. Die Frage, ob Krieg oder nicht, sei in München erledigt worden. — Die „Daily Mail“ (Rothermere) ist ebenfalls der Meinung, daß die slowakische Krise die britische Politik nichts angehe. Die Entscheidung liege bei den Slowaken. Die augenblickliche Entwicklung sei nur eine weitere Stufe in der Zerschung eines künstlichen Staates, der von vornherein den Keim der Zerschung in sich getragen habe.

Monatshefte für Auswärtige Politik (Berlin)

Nr. 9 / 10

Polen – der letzte Einsatz für Versailles

Von Werner Hasselblatt

Wie verliefen die letzten entscheidenden Tage vor Kriegsausbruch? Es ist dieses die Frage, mit der das Ausland an die Beurteilung des seit dem 3. September zwischen dem Reich und den Westmächten eingetretenen Kriegszustandes und des Gegenschlages gegen die offenen Angriffe Polens auf Danzig und die deutsche Staatsgrenze herantritt. Das deutsche Volk ist hinsichtlich dieser Tage keineswegs in einer politischen Defensive. Die Beanstandung der Fragestellung ist trotzdem ein Gebot der Notwendigkeit, um in der schicksalsschweren europäischen Geschichtswende der Wahrheit zu dienen.

Es trifft in der Gesamtschau der Entwicklung bestimmt nicht zu, daß es die letzten Tage und Monate waren, denen der entscheidende Charakter zuzubilligen wäre. Es ist schon so und kann nicht geleugnet werden, daß die angebrochene Auseinandersetzung heute wie vor zwanzig Jahren die Überschrift „Versailles“ trägt.

Hierbei fällt es nicht ins Gewicht, daß man sehr wohl, bezogen auf die Außenpolitik der Westmächte, die Nachkriegszeit in zwei Abschnitte teilen könnte: bis 1933 hieß es „pacta sunt servanda“, zu deutsch „Versailles muß überdauern“. Mit dem Wiederaufstieg des Reiches wurde zusätzlich die englische Politik der Niederhaltung des auf dem Kontinent Erstarkenden angewandt, und die französische Doktrin, daß die Mitte Europas, daß das deutsche Volk einen jeden Fortschritt nur gegen oder mindestens trotz Frankreichs Widerstand anstreben dürfe. Die letzte Entwicklung ist eine rückläufige.

England, das sich in der „Friedens“konferenz gegenüber dem Hasser Clemenceau bezüglich unkluger Schädigungen des deutschen Volkes nicht durchzusetzen vermochte, übernahm zwanzig Jahre später unbedenklich all jene Argumente, mit denen Polen 1919 seine Ansprüche auf deutsches Gebiet vertrat. England sucht jetzt den Weg zurück zu Versailles, zu einem härteren Versailles. Den Anlaß bot die Unvermeidbarkeit einer Bereinigung der Korridor-Frage, der Einsatz heißt — Schicksal und Leben des polnischen Volkes, das in unsägliches Leid gestürzt worden ist.

Wann erfolgte dieser englische Einsatz? Am 1./2. September, als der Vermittlungsvorschlag Mussolinis an England scheiterte? Am 30. August, als die Lösung auf der umfassenden und großzügigen Grundlage der sechzehn Punkte des Führers mit der polnischen Generalmobilisation beantwortet wurde? Am 25. August mit der Unterzeichnung des englisch-polnischen Bündnisvertrages, dessen zweiter Artikel es Polen anheimstellt, allein zu beurteilen, ob seine

Unabhängigkeit mittelbar bedroht ist und ob es die englische Waffenhilfe auslösen will? Oder schon früher? Zumindest schon zu Beginn des Jahres, als Oberst Beck das englische Bündnis dem Vorschlag des Führers vorzog, dem Vorschlag, Danzig und eine extraterritoriale Durchfahrtszone durch den Weichsel-Korridor gegen eine Garantie von Polens Staatsgrenzen auf 25 Jahre freizugeben.

Der Entschluß Englands, seine politischen Interessen, seine Grenzen vom Rhein (Erklärung Baldwins 1934) bis zur Weichsel vorzuschieben und in die deutsche Kontinentalstellung einzubrechen, kann in der Chronik der diplomatischen Aktionen wohl mit dem Jahre 1939 datiert werden. Allein das Schicksal Polens, für die Aufrechterhaltung des Versailler Entrechtungszustandes einmal von den Westmächten eingesetzt zu werden, wurde schon 1919 vorausbestimmt. Darüber muß sich jeder klar sein, bevor er an die Lektüre der jüngsten Weißbücher herantritt.

Bei der Versailler Konferenz empfahlen sich zwei Völker als Gefangenenerwärter des zu entwaffnenden Deutschen Reiches: die Tschechen und die Polen. Man legte ihnen in die Wiege ihrer jungen Staatswesen ein Geschenk, dessen zähe Verteidigung sie unausweichlich — nach der Planung für immer — in Spannung zum Reich halten sollte. Diese Geschenke waren die 3,5 Millionen Sudetendeutsche, für Polen nahezu 3 Millionen*) Deutsche Danzigs, Westpreußens, Posens und Oberschlesiens nebst ihrem Siedelboden, altem deutschen Kulturland. Dazu wurde das Reich durch einen Korridor aufgespalten. Zu dessen Inhaber und Nutznießer setzte man Polen ein.

Damit ist aber die Funktion, die man in Versailles dem polnischen und dem tschechischen Volk zuwies, noch nicht erschöpft. Da bei einem Wiederaufstieg des nicht zuletzt im Weltkrieg zu Höchstleistungen erzogenen deutschen Volkes die Kräfte der beiden Staaten zur Verteidigung ihrer Danaergeschenke allein nicht ausreichen konnten, mußten sie zugleich einsatzbereite Vasallen der Westmächte werden, denen allein — wie Clemenceau in seinem Brief vom 24. Juni 1919 hart und lieblos erklärt — sie alles verdanken, — ihre Selbständigkeit, ihre Entwicklungsmöglichkeiten und nicht zuletzt den Millionenbesitz an Fremdvölkischen und deren Siedelboden. Die Form hierfür boten dann der französisch-tschecho-slowakische und der französisch-polnische Bündnisvertrag, ferner die Genfer Liga, wo Polen und die Tschecho-Slowakei die führende Rolle der Entente-Günstlinge übernehmen durften.

In den festgesetzten Grenzen waren dem tschechischen Volk über 50 v.H., Polen rund 40 v.H. Menschen anderen Volkstums als Staatsangehörige zugewiesen worden. Der Durchschnitt andersvölkischer Elemente in den europäischen Staaten (ungerechnet die Sowjetunion) sei vergleichsweise erwähnt, er ist mit nur 10 v.H. zu veranschlagen.

*) Ungerechnet die Deutschen des ehemaligen Kongreßpolens, Wolhyniens und Galiziens.

Die Tschecho-Slowakei ist als selbständiger Staat zerfallen. Sie mußte zusammenbrechen unter der Last der Versailler Danaergeschenke und der dem Staat als „Flugzeug-Mutterschiff der Entente“ (Pierre Cot) für Politik im Frieden und Kampf im Kriege zugewiesenen Aufgabe inmitten des Wohnraumes des deutschen Volkes.

Konnte Polen sich einem gleichen Schicksal rechtzeitig entziehen? Werden ihm auf dem unvermeidbaren Wege zu einem Ausgleich die Westmächte entgegentreten?

*

Tagespolitische Begebnisse und Überlegungen verdunkeln nur zu leicht den Blick für die Maßstäbe beim Abwägen von Recht und Unrecht, oder in diesem Fall zwischen tragbarem und untragbarem Unrecht. Das Unrecht des Korridors ist einzigartig und beispiellos, d. h. die Aufspaltung des Reiches zugunsten Polens und der Entente erzeugte einen politischen Tatbestand, für den ähnliche Regelungen in der europäischen Geschichte nicht zu finden sind. Ein gedachter Korridor durch Frankreich mit einer Freien Stadt Marseille hätte die gleiche Bedeutung nur unter vielen zusätzlichen Voraussetzungen: daß die Schweiz diesen Korridor aus der Hand des Reiches entgegennimmt, daß sie Verbündeter eines gegen Frankreich eingestellten Reiches und wie Polen ein 35 Millionen-Staat wäre, und daß Savoyen und die Provence wirtschaftlich und wehrpolitisch für Frankreich annähernd den gleichen Wert hätten wie Ostpreußen für das Reich.

Ungezählte Gutachter aus neutralen und gegnerischen Staaten haben vor und nach der deutschen Gebietsabtretung an Polen den verbrecherischen Widersinn des Korridors, das Unrecht und die Kriegsgefahr bezeugt. Dieses Schrifttum füllt Bände. Die Großmächte des Westens haben bei keiner politischen Konjunktur zu einer Lösung oder Milderung des untragbaren Korridor-Zustandes beigetragen: nicht in den Jahren des pazifistisch-demokratischen Deutschland, nicht nach Abschluß seiner völligen Abrüstung, nicht nach Wiedererringung der deutschen Wehrhoheit, nicht in den kritischen Monaten vom März bis September 1939, vor allem nicht in den 48 Stunden des 29. und 30. August d. J. Man hat die Wunde eitern lassen, obgleich man wußte, daß hier auch die Zeit nicht heilen kann.

Den Beweis hierfür erbringt auch das englische Weißbuch.

Eine Bereitschaft, an die Neuordnung der europäischen Völker- und Staatsbeziehungen nach unleugbaren Notwendigkeiten heranzugehen, hat nach den Versailler Verfehlungen erstmalig das Reich unter der Führung Adolf Hitlers gezeigt. Für die Lösung der Korridorfrage gab es nur zwei Wege: der Korridor wird beseitigt unter Sicherung eines polnischen Zuganges zum Meer und damit die Voraussetzung geschaffen, die ein gerechtes und ehrenvolles Zusammenleben der Nachbarvölker ermöglichen kann. Diesen Weg wollte aber keine polnische Regierung mitgehen. Es fehlten dazu Entschlußkraft und Rückhalt. Der andere Weg konnte nur so aussehen wie der im Januar 1934 vom Führer und dem Marschall Pilsudski beschrittene: nämlich Anstreben eines gutnachbarlichen Verhältnisses, Ausschalten

der politischen Gewinne Dritter aus der deutsch-polnischen Gegnerschaft und Vorbereitung von Beziehungen, die eine spätere Korridor-Lösung für beide Völker tragbar machen können.

Es wurde mit diesem Vertrage, der bezeichnenderweise die Abkühlung der Beziehungen Englands und Frankreichs zu Polen herbeiführte, zunächst eines erreicht, nämlich daß der unmögliche Korridor seinen Charakter als ententistisches Vasallengebiet verlor. Er gewann ihn aber in verstärktem Maße wieder mit dem Anschluß Polens an die Interventionspolitik, die Deutschlands Bestreben, das Versailler Diktat einer friedlichen Revision zu unterziehen, überall entgegentrat. Das war der „neue Kurs“, der in London gleich nach dem Münchner Abkommen einsetzte. Als dann der Führer seinen einmaligen Vorschlag der kleinsten Korridorlösung machte, lehnte Polen ab und ergriff anstatt dessen das ihm von England zugeworfene Schlepptau. Dieses wurde ihm zum Verhängnis.

*

Neben der Korridorfrage war in Versailles ein zweiter jederzeit entzündbarer Sprengstoff für die deutsch-polnischen Beziehungen geschaffen worden: die Überantwortung von nahezu drei Millionen deutscher Menschen an Polen, ungerechnet die Deutschen Kongreßpolens, Galiziens und Wolhyniens.

Die Unterzeichnung des Minderheitenschutzvertrages vom 28. Juni 1919 war Voraussetzung der erzwungenen Gebietsabtretung, seine Einhaltung sollte Voraussetzung für den Dauerbesitz dieser Gebiete sein. Von Anbeginn an bis in die Märztagte dieses Jahres, seit welchen die Deutschen in Polen vogelfrei jedem Terror ausgesetzt waren, hat Polen seine völkerrechtlichen Pflichten verletzt. Seine Politik zielte dahin, die Gebiete zu behalten, sich aber der deutschen Menschen zu entledigen. Schon bis 1930 betrug die Zahl der aus dem Lande Verdrängten über 800 000, zu Beginn dieses Jahres weit über eine Million. Auch bei diesem Tatbestand sucht man vergeblich nach vergleichbaren Vorgängen in der europäischen Geschichte.

Die in zähestem Abwehrkampf in der angestammten Heimat Verbliebenen hat man im Verlauf einer zwanzigjährigen Leidensgeschichte Schritt für Schritt entrechtet. Die Bilanz zeigt einen Verlust von über 50 v.H. des agrarischen, industriellen und städtischen Wirtschaftsbesitzes. Die Mordtage von Bromberg, von Posen, Graudenz und Hohensalza, die Verschleppung von vielen Hunderten führender volksdeutscher Männer aus allen deutsch besiedelten Städten, darunter auch Lodz, sind ein furchtbarer Abschluß der Entrechtung, die 1919 einsetzte und, ohne jemals unterbrochen zu werden, zu dieser Steigerung der Haß- und Verfolgungswelle führte.

Dadurch allein schon hat Polen seinen Anspruch darauf verwirkt — wie Clemenceau es 1919 in seiner Note an Paderewsky ausdrückte — „im Besitz der genannten Gebiete sichergestellt zu sein“.

Am 26. März 1919 überreichte Lloyd George seinem Kollegen und Konferenz-Präsidenten Clemenceau „Einige Betrachtungen für

die Friedenskonferenz vor dem endgültigen Entwurf ihrer Bedingungen“. Dieses „Dokument von Fontainebleau“ enthält die bekannte Feststellung:

„Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2 100 000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zur Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.“

Clemenceau antwortete in härtester Ablehnung:

„Die für Polen und Böhmen vorgeschlagenen verkürzten Grenzlinien würden eine unvollständige Lösung bedeuten. Das Frankreich angebotene Defensivabkommen zum Schutze seines Gebietes wäre nur eine vorübergehende Lösung.“

... 20 Millionen Deutsche zu viel in Europa ... Kein Verzicht auf die ententistischen Wüter des deutschen Gefangenen ... Lloyd George repliziert in einzigartiger Heftigkeit auf dieses Gegenmemorandum:

„Wenn man nach dem Memorandum urteilen darf, scheint Frankreich keinen Wert auf die reichen deutschen afrikanischen Kolonien, die es in Besitz genommen hat, zu legen. Es legt keinen Wert auf Syrien, es legt keinen Wert auf Indemnitäten und Kompensationen, es legt auch auf die Tatsache keinen Wert, daß es Elsaß-Lothringen mit der Mehrzahl der Eisenbergwerke und einen erheblichen Teil des deutschen Kali besitzt. Es legt keinen Wert darauf, einen Teil der deutschen Schiffe an Stelle der durch Unterseeboote versenkten französischen Schiffe zu erhalten oder einen Teil der deutschen Schlachtschiffe zu bekommen. Es legt keinen Wert auf Deutschlands Entwaffnung zu Lande und zur See. Es legt keinen Wert auf britische und amerikanische Garantie der Unverletzlichkeit seines Bodens. Worum Frankreich wirklich besorgt ist, das ist, daß die Deutschen Danzigs den Polen ausgeliefert werden ...“

Dieses Wort Lloyd Georges wurde an den Schluß unserer Betrachtungen nicht gesetzt zum Belege seiner prophetischen Zeugnenschaft, sondern weil es den Blick auf etwas anderes lenken soll, was jeder Europäer im Vergleich zum englischen Einsatz des polnischen Schicksals für Versailles sehen muß: den Einsatz des Führers für den europäischen Frieden. Nichts von dem, was Lloyd George als französischen Gewinn anführt, hat der Führer als Nah- oder Fernziel von Frankreich zurückgefordert. Die Kolonialfrage allein sollte einer einvernehmlichen Revision unterzogen werden. Der Führer hätte nicht Milliarden in den Westwall investiert, wenn seine Konzeption die einer Revanche wäre, und nie hätte er solchenfalls die für jeden Deutschen schwer zu tragenden Verzicht ausgesprochen, die den dauernden Frieden mit Frankreich — deutscherseits opfervoll — gewährleisten sollten.

Wenn das deutsche Volk seine Freiheit, seine Selbstbehauptung und seine Bewährung mit Verzichten gegenüber dem Westen durchführen wollte, und ihm derselbe Westen bei der friedlichen Beseitigung von Widersinn, Unrecht und Ehrlosigkeit im Osten entgegentrat, so bedeutet es das Erzwingen der Entscheidung: Freiheit Europas von Versailles oder Kampf, dessen englischer Einsatz Polen ist.

Kriegsrechtliche Probleme

Von M. Wagner

Zu den wenigen Gebieten des Völkerrechts, die einer eingehenden Normierung unterworfen sind, gehört das Kriegsrecht. Hier kann man allerdings sogar von einer gewissen Überproduktion sprechen. Freilich nur auf dem Gebiet des Land- und des Seekriegs. Für den Luftkrieg fehlt hingegen eine Regelung. Damit ist sogleich ein ernstes Problem aufgerollt.

Eine weitverbreitete Lehre meint, im Luftkrieg müsse, so lange für ihn nicht besondere eigene Vorschriften im Wege einer Vereinbarung unter den Kulturstaaten zustande gekommen sind, aus den Bestimmungen über den Land- oder Seekrieg das gerade auf den Einzelfall Passende herausgegriffen und „entsprechend“ angewendet werden. Eine andere Lehre verfißt den Standpunkt, ein moderner Luftkrieg sei gegenüber dem Land- oder Seekrieg etwas absolut Selbständiges, und deshalb verbiete sich grundsätzlich die Entleihung irgendwelcher Normen aus den Nachbargebieten. Im Ergebnis kann das schwerlich befriedigen. Denn dann stünde der Luftkrieg ja solange außerhalb völkerrechtlicher Regeln, als nicht ein internationales Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Luftkriegs zustande gekommen ist. Vom praktischen Standpunkt aus wird man sich daher mit dieser Auffassung nicht abfinden können. Vielmehr ist als Notbehelf das Zurückgreifen auf alle sinngemäß auf den Luftkrieg anwendbaren Vorschriften über den Land- oder Seekrieg der einzige gangbare Ausweg. Eine Lücke bleibt allerdings da, wo weder landkriegsrechtliche noch seekriegsrechtliche Bestimmungen zutreffen, oder wo solche einander widersprechen. Hier muß die Ergänzung aus dem innerstaatlich in Deutschland längst anerkannten Grundsatz gefunden werden, der sich zunächst in der Vertragslehre entwickelt hat: Haben zwei Vertragsschließende ein Ereignis, das sich nachher tatsächlich zugetragen hat, nicht in den Kreis ihrer Erwägung gezogen, so ist die Lücke in der Art auszufüllen, daß das Gericht ermittelt: Was würden anständig und gerecht denkende Partner im Rahmen von Treu und Glauben sowie der Verkehrssitte ausgemacht haben, wenn sie an jenes von ihnen tatsächlich nicht vorhergesehene Ereignis gedacht hätten.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 516

Die wahren Ziele der Westmächte.

Ein Artikel der „Iswestija“.

Moskau, 9. Oktober. (DWA.) Unter der Überschrift „Frieden oder Krieg“ bringt die „Iswestija“ heute einen Leitartikel, der sich mit dem Friedensprogramm des Führers befaßt und die Kriegspolitik der Westmächte brandmarkt. Das Blatt geht davon aus, daß der Krieg in Polen, wie niemand mehr bestreiten könne, jetzt zu Ende sei. „Die polnische Armee ist zerniert oder in Gefangenschaft; die Regierung Polens ist nach ihrem vollständigen Bankrott geflüchtet, und es gibt in Polen mit Ausnahme vielleicht einer dünnen feudalen Oberschicht auch keinen sozialen Faktor mehr, der das alte künstlich geschaffene Staatsgebilde zu erhalten wünsche, das auf der Rechtlosigkeit und Unterdrückung aller seiner Völker, darunter auch des polnischen Volkes, aufgebaut war. Die Regierungen Deutschlands und der Sowjetunion stehen nunmehr vor der Aufgabe, Frieden und Ordnung auf dem Gebiet des früheren Polens wiederherzustellen und der Bevölkerung eine friedliche, ihren nationalen Besonderheiten angemessene Existenz zu sichern.“

Der unerhörte rasche Zerfall Polens, der am besten beweise, daß dessen staatlicher Organismus nicht lebensfähig war, hebe auch die Gründe für eine Fortsetzung des Krieges in Westeuropa auf. „Sogar Blinde können jetzt sehen, daß der polnische Staat in seiner früheren Gestalt und auf dem früheren Territorium nicht mehr wiederhergestellt werden wird.“ Deshalb könne, so folgert das Blatt, eine Fortsetzung des Krieges in keiner Weise gerechtfertigt werden und sei nur als sinnloses Blutvergießen zu bezeichnen, während die Beendigung des Krieges den Interessen aller Völker entspräche. In diesem Zusammenhang komme dem Friedensprogramm, das der Führer in der Reichstagsrede vom 6. Oktober vorbrachte, eine hohe Bedeutung zu. Das Blatt schreibt darüber: „Die Vorschläge Hitlers können angenommen, abgelehnt oder der einen oder anderen Abänderung unterzogen werden. Aber es ist unmöglich, nicht anzuerkennen, daß sie auf jeden Fall eine reale und praktische Grundlage darstellen für Verhandlungen, die auf eine rascheste Beendigung des Krieges hinauslaufen würden.“

Die „Iswestija“ meint, das bisherige Echo, das die Rede des Führers in England und Frankreich hervorgerufen habe, lasse nicht darauf schließen, daß die Regierungen der Westmächte dem Friedensprogramm des Führers mit Verständnis begegnen wollten. Dort hätte man vielmehr ein neues Kriegsziel aufgebracht: die sogenannte „Vernichtung des Hitlerismus“. Diese Absicht werde sogar als hauptsächliches und einziges Ziel des gegenwärtigen Krieges angegeben, demgegenüber die ursprüngliche Forderung der Wiederherstellung Polens sogar „beiseideneweise in den Hintergrund gerückt“ worden sei. Es wäre aber, so fährt das Blatt fort, eine sinnlose und törichte Grausamkeit, Menschen deshalb zu vernichten, weil irgendjemand deren Weltanschauung nicht paßt. Nur im finsternen Mittelalter hätte man Häretiker und Andersgläubige deshalb ausgerottet, und selbst damals ohne Erfolg, denn „mit Feuer und Schwert lassen sich keine Ideologien und keine Weltanschauungen austrotten. Man kann den ‚Hitlerismus‘ lieben oder hassen, wie jedes andere politische System. Aber für die ‚Vernichtung des Hitlerismus‘ Krieg führen, das heißt in der Politik eine verbrecherische Dummheit begehen.“

Das Blatt folgert dann weiter, die Lösung von der „Vernichtung des Hitlerismus“ für die Demokratie in weitem Umfange könne nur als Maske für andere Ziele dienen. Die herrschenden Kreise Englands und Frankreichs hätten auch früher niemals besondere Begeisterung dafür gezeigt, für ideale Ziele Blut zu vergießen oder, was für sie noch wichtiger sei, Geld auszugeben. Diese Staaten würden vielmehr auch heute ein ideologisches Ziel, nämlich „die Vernichtung des Hitlerismus“ nur zum Vorwand nehmen, um die bisherige Form ihrer Welt Herrschaft aufrechtzuerhalten, um ihren Kolonialbesitz ungeteilt und ohne Berücksichtigung der deutschen Ansprüche im Interesse ihrer herrschenden Klasse auszubeuten. Hierin lägen die wahren Motive, welche die Regierungen Englands und Frankreichs für die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland beäßen. Die „Iswestija“ schließt ihren Artikel mit den Worten: „Der Versuch, das Friedensprogramm Deutschlands zu ignorieren, heißt die Verantwortung für die weitere Entfesselung des Krieges auf sich nehmen und infolgedessen auch die Verantwortung für die kolossalen Opfer und Zerstörungen, die mit dem Kriege verbunden sind.“

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 518

Erklärungen im Unterhaus.

Am die Formulierung der englisch-französischen „Kriegsziele“.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 10. Oktober. Auf die Frage des Labour-Abgeordneten Henderson, ob Chamberlain zu gegebener Zeit eine bestimmte Erklärung über die Kriegsziele abgeben werde, erklärte der Premierminister, die englische und die französische Regierung seien „vollständig einig über die Ziele, für die sie in den Krieg eingetreten“ seien. Diese Ziele seien mehr als einmal durch die beiden Regierungen verkündet worden. Zweifellos würden die beiden Regierungen erwägen, ob ihre Kriegsziele in einer bestimmten Form bekanntgegeben werden müßten. Henderson könne versichert sein, daß eine derartige Erklärung nur im Einvernehmen der beiden Regierungen abgegeben werde. Im Laufe der Sitzung kündigte Chamberlain an, die Einkaufsabteilungen der englischen Regierung stünden in enger Verbindung mit dem Wirtschaftskriegsministerium über die Frage des Einkaufs von Waren, deren Einfuhr nach Deutschland das Ministerium verhindern wolle. Die Verantwortung für diese Anläufe würde zwischen den Ministerien für Versorgung, Ernährung und Handel geteilt. Die unabhängige Abgeordnete Miss Rathbone fragte den Premierminister, ob er sich darüber klar sei, daß das Land mehr und mehr darauf bestehe, daß die Regierung eine bestimmtere Erklärung über ihre Kriegsziele abgebe. Der Premierminister hat auf diese Anfrage keine Antwort gegeben.

Chamberlain gab Einzelheiten über die Organisation des Kabinetts für eine Koordination der Anstrengungen um die Kriegsführung bekannt. Er kündigte die Bildung eines Ausschusses für die Wirtschafts- und Finanzpolitik an. Sir John Simon werde Vorsitzender dieses Ausschusses sein, der aus den interessierten Ministern bestehen werde. Die Aufgabe dieses Ausschusses sei die Beobachtung und Zusammenarbeit der Ministerien, die mit den wirtschaftlichen Maßnahmen des Landes betraut seien. Der Ausschuss sei außerdem mit der Prüfung der Maßnahmen beauftragt, die ergriffen worden seien im Hinblick auf eine französisch-englische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft. Der bekannte Wirtschaftler Lord Stamp, der Leiter einer Eisenbahngesellschaft, sei zum Berater für die wirtschaftliche Zusammenarbeit ernannt worden. Er werde den Vorsitz in einem interministeriellen Ausschuss führen, der aus den ständigen Leitern der betreffenden Ämter zusammengesetzt sei. Was die englisch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit angehe, so würden neue Maßnahmen geprüft, um die unbedingt nötige gegenseitige Beratung und die Mittel für eine gemeinschaftliche Tätigkeit sicherzustellen. Im großen und ganzen übernehme das Kriegskabinet die Verantwortung für die Zusammenarbeit aller Zweige der Kriegstätigkeit der Nation.

Nieuwe Rotterdamsche Courant

Nr. 535

v. h. Kon. Ned. Meteor. Inst. in d. Buit
VERWACHTING: Meest zwakke, later
waarschijnlijk toenemende wind uit Z.
richtingen. Nevelig tot gedeeltelijk be-
wolkt, in den nacht en morgen waar-
schijnlijk mist. Geen regen van betee-
kenis. Weinig verandering in temp.

FRANSCH EN BRITSCH ANTWOORD OP HET AANBOD VAN GOEDE DIENSTEN

Voorwaarden voor een duurzamen vrede

De antwoorden van den president der Fransche republiek en van den Britschen Koning op het aanbod van goede diensten van H.H. M.M. de Koningin der Nederlanden en den Koning der Belgen werden gisteren door de Koningin en den Koning ontvangen. Deze antwoorden zijn aan H.M. regering voorgelegd en worden thans nauwkeurig onderzocht.

Het antwoord van president Lebrun heeft den volgende inhoud:

De regering der republiek en het Fransche volk brengen eensgezind hulde aan de gevoelens, waardoor de boodschap, welke Uwe Majesteit tot mij richtte, is bezielde. Zij waardeeren er ten volle de hoogte en den adel van. Geen natie ter wereld is vreedzamer dan de Fransche. Geen enkele natie heeft meer offers voor den Europeeschen vrede gebracht. Frankrijk heeft reeds menigvuldig tot uitdrukking gebracht — en zij herinnert daaraan thans nogmaals — dat zij besloten is en blijft om alle mogelijkheden ter verzekering van een eervollen en duurzamen vrede tusschen de volken te verwelkomen. Een vrede, gegrondvest op recht, is inderdaad alleen duurzaam.

Frankrijk heeft de wapenen opgenomen om eens voor al een eind te maken aan daden van geweld en macht, welke sedert twee jaren ten spijt van alle plechtige verbintenissen en met schending van het gegeven woord reeds drie Europeesche naties tot dienstbaarheid heeft gebracht of vernietigd en welke thans de veiligheid van alle volkeren bedreigen.

Een duurzame vrede kan dus slechts tot stand worden gebracht door het herstel der onrechtvaardigheden, welke het geweld aan Oostenrijk, Tsjecho-Slowakije en Polen heeft aangedaan. Zij zal dit ook niet

„De deur niet gesloten”

Bij informatie naar den indruk in regeeringskringen van de antwoorden, welke de president der Fransche republiek en de Britsche koning op het aanbod van goede diensten van H.H. M.M. Koningin Wilhelmina en Koning Leopold hebben gezonden, bleek aan het Algemeen Nederlandsch Persbureau, dat de regering door de beide antwoorden de deur geenszins gesloten acht.

andere kunnen, dan naar mate deugdelijke waarborgen van politieke en economische aard voor de toekomst den eerbied voor de vrijheid van alle volken verzekeren.

De menschheid zal eerst van haar onrust en haar vrees bevrijd worden, wanneer zij de zekerheid zal hebben, dat nieuwe aanslagen op het recht voortaan uitgebannen zullen zijn. Elke oplossing, die de overwinning van het onrecht zou wettigen, zou aan Europa slechts een hachelijk bestand schenken, zonder eenig verband met den wettigen en bestendigen vrede, welks komst Uwe Majesteit beoogt.

Het staat thans aan Duitschland en niet aan Frankrijk zich uit te spreken voor of tegen dien vrede, waarnaar alle bedreigde landen haken, wier veiligheid en onafhankelijkheid door zijn toedoen bedreigd worden.

Het antwoord van Koning George

Het antwoord van den Engelschen Koning luidt:

Ik heb met mijn regeeringen van het Vereenigd Koninkrijk, Canada, het gemeenebest van Australië, Nieuw-Zeeland, de Unie van Zuid-Afrika het beroep, hetwelk Uwe Majesteit en Zijne Majesteit den Koning der Belgen op 7 November tot mij gericht hebben, aan een zorgvuldig onderzoek onderworpen. Ik breng in herinnering den oproep, door Z.M. den Koning der Belgen op 23 Augustus uit naam der staatshoofden van de Oslo-groep gedaan, waarin Zijne Majesteit gepleit heeft voor de onderwerping van geschillen en eischen aan open onderhandeling, ten uitvoer gelegd in een geest van broederlijke samenwerking. Zoowel mijn regeering van het Vereenigd Koninkrijk, als de Fransche regeering, hebben gunstige antwoorden op dezen oproep gezonden. Ik breng evenzeer in herinnering het gezamenlijk aanbod van goede diensten door Uwe Majesteit en Z. M. den Koning der Belgen aan mijn regeering van het Vereenigd Koninkrijk en de Fransche, Deutsche, Italiaansche en Poolsche regeeringen op 28 Augustus gedaan. Dit aanbod werd welkom geheeten door mijn regeering en door de Fransche, Italiaansche en Poolsche regeeringen. Enkele dagen later heeft de Deutsche regeering een niet-uitgelokten aanval op Polen gedaan, hetwelk op de meest ruwe wijze onder den voet is gelopen.

Mijn regeeringen waardeeren hoogelijk den geest van Uwer Majesteits aanbod en zij zullen altijd bereid zijn een redelijke en vasten grondslag voor een billijken vrede aan een onderzoek te onderwerpen. Het is en was steeds mijn wensch, dat de oorlog geen dag langer dure dan volstrekt noodzakelijk is.

Ik kan daarom aanstonds antwoorden op dat gedeelte van Uwer Majesteits beroep, waarin Uwe bereidheid tot uitdrukking brengt om het onderzoek naar factoren tot het bereiken van overeenstemming te vergemakkelijken.

De essentiële voorwaarden, waarop wij besloten zijn, dat een eervolle vrede ver-

zekerd zal moeten worden, zijn reeds duidelijk bekend gemaakt. De documenten, welke sedert het uitbreken van den oorlog openbaar zijn gemaakt, verklaren daarvan duidelijk den oorsprong en stellen de verantwoordelijkheid voor het uitbreken ervan vast. Mijn volkeren hebben de wapens eerst opgenomen, nadat alle pogingen, gedaan waren om den vrede te behouden.

De onmiddellijke aanleiding tot ons besluit om oorlog te voeren is Duitschlands aanval op Polen geweest. Doch deze aanval was slechts een nieuw voorbeeld van de Deutsche politiek tegenover zijn naburen. De ruimere doeleinden, waarvoor mijn volkeren thans strijden, zijn te waarborgen, dat Europa, om de woorden te bezigen van mijn eersten minister van het Vereenigd Koninkrijk, moge worden verlost van de altijd weer terugkerende vrees voor Deutsche aggressie, ten einde de volkeren van Europa in staat te stellen hun onafhankelijkheid en hun vrijheden te bewaren en voor den vervolge te behoeden het gebruik van geweld in stede van vreedzame middelen ter beslechting van internationale geschillen. Deze doeleinden zijn bij verschillende gelegenheden aangevuld en verruimd, in het bijzonder in de verklaringen door mijn eersten minister van het Vereenigd Koninkrijk afgelegd in het Lagerhuis op 12 October en door mijn minister van buitenlandsche zaken in het Hoogerhuis op 2 November. De factoren, welke naar het oordeel van mijn regeeringen van elke regeling deel behooren uit te maken, zijn uit deze verklaringen onzer politiek helder en duidelijk aan den dag getreden.

Mocht Uwe Majesteit in staat zijn mij mededeelingen te doen van eenigerlei voorstellen van Duitschland, van een zoodanigen aard, dat zij een werkelijk vooruitzicht bieden op verwezenlijking van het door mij boven omschreven doel, zoo kan ik reeds aanstonds verklaren, dat mijn regeeringen daaraan de meest ernstige aandacht zullen schenken.

Eerste Deutsche reactie op de antwoorden

Het Deutsche Nieuwsbureau meldt:

De Britsche Koning en de President der Fransche Republiek hebben op de boodschap van den Koning der Belgen en de Koningin der Nederlanden in twee nota's geantwoord.

In Deutsche politieke kringen verklaart men, dat deze nota's zich noch naar den geest, noch naar den inhoud onderscheiden van den toon, waarmede de Britsche regeering sedert maanden meent het Deutsche volk te kunnen provoceren.

Bij de vermelding van vroegere bemiddelingspogingen, bij de motiveering voor de oorlogsverklaring aan het rijk en bij de behandeling der z.g. Britsche „oorlogsdoeleinden" bedient Groot-Britannië zich hier weer van dezelfde argumenten en propagandathesen, welke reeds de redevoeringen van den Britschen minister-president van 12 October en van den Britschen minister van buitenlandsche zaken van 2 November, waarop de Britsche nota zich met nadruk beroept, kenmerken.

Men verklaart verder, dat de verwijzing naar de verklaringen van de Britsche regeering een provocatie van het Deutsche volk beteekenen, welke de vernietiging van Duitschland als oorlogsdoel openbaren. De nota's saboteeren daarmede bij voorbaat bewust de vredespoging. Zij moeten beschouwd worden als een verdere tactische manoeuvre, waardoor de absolute oorlogswil en de schuld van Groot-Britannië aan den oorlog moeten worden verdoezeld.

goede diensten van Koningin Wilhelmina en Koning Leopold, dat het nu Hitler's beurt is om te antwoorden maar dat niets het geloof rechtvaardigt, dat hij bereid zal zijn den buit der afgeloopen twee jaren prijs te geven. Intusschen, gaat de correspondent voort, geeft het nieuws uit Nederland den indruk, dat de ongerustheid daar wat verminderd is. Het is ongetwijfeld mogelijk, dat de Duitschers, naar zij verklaren, hun troepen nabij de Nederlandsche grens hebben verzameld, omdat zij deze reserve zoo weinig mogelijk bloot willen stellen aan luchtaanvallen.

Voor een rechtstreekschen aanval uit Engeland zouden de Britten de Noordzee moeten oversteken. De geallieerde luchtmacht krachten in Frankrijk zouden langs de grenzen van België en Nederland moeten scheren en gevaar loopen de neutraliteit der lage landen te schenden.

Toch meent deze correspondent, dat het hoofddoel van de Deutsche concentratie is, druk op Nederland te oefenen, teneinde het te bewegen zich meer te vereenigen met het Deutsche inzicht over de blokkade en de contrabande-controle.

De militaire medewerker van hetzelfde blad stelt ook vast, dat de toestand minder gespannen is.

Hij onderscheidt twee strategische mogelijkheden, welke Duitschland kan hebben overwogen. De eene is een invasie in Nederland alleen, met het doel dichter bij Engeland te kunnen komen met vliegtuigen en duikboten. De tweede is een invasie, zoowel van Nederland als van België, die alleen denkbaar is als deel van een algemeen offensief in het Westen. Zulk een offensief is militair gesproken thans, bij den bestaanden toestand van den grond, uitgesloten, hoewel politieke overwegingen het zouden kunnen voororschrijven. Als een aanval op Nederland alleen, door België zou worden opgevat als een schending van het wezen der Belgische neutraliteit dan, gaat deze schrijver voort, zouden de twee mogelijke situaties in elkaar vloeien en zou een invasie van Nederland direct een reeks groote veldslagen tengevolge hebben tusschen de Duitschers aan den eenen en de Nederlanders, Belgen en geallieerden aan den anderen kant.

Hij concludeert, dat de moreele veroordeeling, welke de wereld aan een schending van de Nederlandsche neutraliteit zou geven, Duitschland ook geen materiele voordeelen zou verschaffen, hetgeen Duitschland moet beseffen. Op het oogenblik profiteert Duitschland, ondanks de blokkade, van de omstandigheid, dat Nederland een groot handelsentrepot is. Het zou ophouden dit te zijn als de Deutsche troepen de grens overschreden. Nederland verdeelt op het oogenblik zijn surplus, in het bijzonder zijn landbouwproducten, in twee deelen en Duitschland krijgt tenminste de helft. Ook daar zou een einde aan komen, daar Nederland zijn vee-stapel in den winter niet kan onderhouden zonder het wintervoedsel, dat het uit de nieuwe wereld invoert, aldus de militaire

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 584

„Super-Versailles“.

Rom, 14. November.

Zu der Frage der Kriegsziele, über die in den letzten Tagen in London und Paris die extremsten Meinungen geäußert worden sind, schreibt die „Tribuna“, daß die Westmächte, die bisher immer feierlich Versailles als Richtschnur ihrer Politik bezeichnet hätten, jetzt in diesem Vertrag nur etwas Provisorisches sähen. Versailles müsse nach den Urhebern dieses Vertrages nun auf einmal überwunden werden. Ein Super-Versailles würde zweifellos das Ende des gegenwärtigen Krieges sein. Die „Times“ könne sich nicht klarer ausdrücken, als mit ihrer Zusicherung, daß die englisch-französischen Kriegsziele sich nicht auf eine bloße Rückkehr zu dem status quo ante beschränkten. Super-Versailles solle, wenn Worte überhaupt etwas bezeichnen könnten, bedeuten, daß die Irrtümer dieses berüchtigten Vertrages statt ausgemerzt oder korrigiert noch vervielfältigt und vergrößert werden sollten. Wenn Versailles noch nicht gelungen sei, der Welt den Frieden zu sichern, so würde, wie die „Tribuna“ fortfährt, das einem Super-Versailles unter viel größeren Schwierigkeiten möglich sein, oder man müsse voraussetzen, daß die Westmächte sich nicht vorgenommen hätten, ein ganzes Volk zu unterdrücken. Würde man aber von einer solchen Lösung absehen, so könnte dieses Super-Versailles, von dem man an den Ufern der Themse und der Seine träume, nichts anderes erreichen können, als einen neuen Waffenstillstand und einen unmittelbar darauffolgenden anderen großen Krieg.

Kriegsziel immer stärker den Ideen der englischen Zeitungen über eine europäische Föderation entgegen, für die der englisch-französische Wirtschaftsvertrag als Beispiel hingestellt wird.

In seinem Weihnachtsartikel unternimmt das „Ordre“ eine solche Definition der französischen Kriegsziele: „Dahier hat von einem voll garantierten Frieden gesprochen. Was bedeutet das? Viele antworten: Europäische Föderation. Aber eine europäische Föderation läßt sich, wie Lord Halifax gesagt hat, nicht nach Verlieben schaffen. Im besten Falle könnte sie erst aus dem Gelingen eines dauernden Friedens nach zwei oder drei Generationen hervorgehen. Der unerläßliche Ausgangspunkt ist die Organisation der Mächtegruppe, die den Sieg davongetragen hat.“ Der sozialistische „Populaire“ stimmt dem bei: „Die französische und britische Allianz, die als Organisationszentrum für den zukünftigen Völkerbund dient, das ist ein Gedanke, der festzuhalten ist. Man könnte dann wenigstens einem auf diese Weise gruppierten Völkerbund nicht seinen ideologischen Charakter vorwerfen.“ Die zuerst von der „Times“ in die Kriegszieldebatte geworfene Vorstellung von einem europäischen Staatenbund wird also bei diesen französischen Beurteilern zu einem Völkerbund unter französisch-englischer Führung. Gerade daran aber, sollte man sich erinnern, ist der Genfer Völkerbund gescheitert, daß er kein Bund gleichberechtigter Staaten war.

Was hat dieses französische Kriegsziel noch mit dem Programm des Papstes zu tun? Die französische öffentliche Meinung macht sich dieses Programm zwar in Bausch und Bogen zu eigen, beherzigt aber nicht seine einzelnen Punkte. Ein Punkt dieses Programms fordert zum Beispiel die allgemeine Abrüstung. Darüber geht man mit verlegenem Stillschweigen hinweg, denn das hat man selbst schon einmal in einem Friedensvertrag versprochen und nicht gehalten. Ein weiterer Punkt des päpstlichen Vorschlags verlangt, daß bei dem Wiederaufbau des internationalen Lebens den Erfahrungen der Vergangenheit Rechnung getragen werde, daß die berechtigten Bedürfnisse und gerechten Forderungen der Nationen und die Rechte der völkischen Minderheiten wohlwollend geprüft würden, das heißt periodische Revision der Verträge. Darauf antwortet das „Ordre“: „In jedem Falle wird sich keine Revisionsprozedur ohne Katastrophe in die internationale Ordnung eingliedern lassen, wenn es keine französisch-britische Exekutive von unbestreitbarer Autorität gibt, die auf einem militärischen Übergewicht beruht, um alle Neuerungs-süchtigen zu entmutigen.“ Auch das gab es schon einmal. Der Revisionsparagraf des Völkerbundsstatutes ist unter dem militärischen Übergewicht Frankreichs und Englands erdrückt worden. Den Papst nimmt das laizistische Frankreich gern für sich in Beschlag, die Erfahrungen der Vergangenheit will es aber nicht beherzigen, auch nicht wenn der Papst selbst es verlangt.

Von Widerspruch zu Widerspruch.

Die Weihnachtsansprache des Papstes und die Kriegsziele der Alliierten.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 27. Dezember. Die Weihnachtsansprache des Papstes wird, wie schon kurz berichtet wurde, von der öffentlichen Meinung Frankreichs beehende mit Beschlag belegt. Der „Temps“ behauptet sogar, es gebe nichts darin, was nicht den Kriegszielen Frankreichs und Englands entspräche. Welches aber sind diese Kriegsziele? Dahier hat sich in seiner Weihnachtsansprache mit der alten französischen Formel begnügt: „Endgültige Sicherheit, ein stark und materiell garantierter Friede“, und wenn man sich das ansieht, was zu Weihnachten in der französischen Presse als Kriegsziele verkündet wird, so ist das mit den Gedanken des Papstes über den Frieden kaum in Einklang zu bringen. Im „Petit Journal“ steht das folgendermaßen, aus: „Kein Gleichgewicht, welches nicht den Vorrang unserer Zivilisation bestätigt, wird das Ziel sein.“ Die meisten Blätter wollen sich in diese Vorherrschaft wenigstens mit England teilen. Dieser Gedanke einer französisch-englischen Vorherrschaft tritt als französisches

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 4

Die Kriegspläne der Westmächte.

Eine sowjetrussische Stellungnahme.

Moskau, 3. Januar. Die „Krasnaja Swesda“, das Blatt der sowjetrussischen Armee, schreibt zu der Aktivität der englischen und französischen Diplomatie in verschiedenen europäischen Hauptstädten unter anderem: „England und Frankreich sind nicht nur am Kriege interessiert, sondern wünschen vielmehr seine Dauer und Ausdehnung auf ein Maximum zu erweitern. Der Gedanke, in Osteuropa einen Krieg zu provozieren, macht den Angreifern dauernd Kopfschmerzen. Wenn sich das englische und das französische Kommando an der Westfront auf eine Verschleppungstaktik verlegt, so erklärt sich dies aus dem Wunsch, die eigenen Kräfte nicht zu schwächen, solange es den Diplomaten nicht gelungen ist, ganz Europa und schließlich die ganze Welt in den Krieg zu ziehen. Wenn das englisch-französische Kommando wenigstens ein Stückchen Siegeshoffnung hätte, so würde es nicht davor zurückschrecken, Millionen von Soldaten am Westwall zu opfern. Aber das englisch-französische Kommando hat diese Hoffnung nicht. Hieraus erklärt sich die Tatsache, daß alle Anstrengungen der Alliierten auf eine Ausdehnung des Krieges hinauslaufen. Die Alliierten haben die Finnen zum Angriff gegen die Sowjetunion veranlaßt in der Hoffnung, in Nordeuropa die Brandfackel zu entfachen. Sie wollen die skandinavischen und die Balkanländer in den Krieg treiben und schließlich die ganze Welt in den Kreis ihrer kriegslustigen Politik zerren.“

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 7

Allzu leicht zu durchschauen.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

• Berlin, 4. Januar.

Die politische Strategie der Westmächte entwickelt sich nach einem Plane, der mit jedem Teilstück, das unter öffentliche Beleuchtung rückt, immer das Ganze enthüllt und leicht durchschauen läßt. Man braucht sich nur den Ausgangspunkt klarzumachen, um den großen Zusammenhang und die Hintergründe aller hier und dort zu beobachtenden Vorstöße zu begreifen: Die Westmächte haben diesen Krieg begonnen, obwohl die zu seiner Vorbereitung unternommene Eintretungspolitik gescheitert ist. Der deutsch-russische Pakt, die auf eine Einschränkung der Konfliktzonen bedachte Haltung Italiens und nicht zuletzt der rasche und erfolgreiche Abschluß des polnischen Feldzuges haben die wichtigsten Voraussetzungen des englischen Kriegsplanes zerstört. Deutschland, das alle seine militärischen Kräfte an einer Front konzentrieren konnte, ist militärisch nicht anzupacken, und es scheint, daß man es auch im Ernst nicht einmal versuchen will. Auch der wirtschaftliche Krieg ist für die Westmächte aussichtslos geworden, weil Deutschland nicht nur selbst große Reserven angelegt und seine industrielle Kapazität in Oberschlesien erweitert hat, sondern auch die Handelswege zu den reichsten Rohstoffgebieten des Kontinents — in Rußland vor allem, in den nordischen Staaten, im europäischen Südosten und in vielen anderen neutralen Staaten — offenhalten konnte. Jeder Staat, der sich nicht in einen Konflikt mit Deutschland treiben läßt, jeder Schienenstrang und jeder Wasserweg, der frei aus Deutschland herausführt, ist eine empfindliche Lücke im englischen Kriegsplan.

Die Tendenz der politischen Kriegsführung der Westmächte ergibt sich aus solchen Voraussetzungen von selbst. Es muß den Westmächten darauf ankommen, die Lücken, die ihren ursprünglichen Kriegsplan durchlöchert haben, wenigstens nachträglich zu schließen. Das Stichwort ist nach wie vor die Einkreisung Deutschlands. Zu diesem Zwecke sollen die Neutralen zur Aufgabe ihrer Neutralität gepeht, die Kriegszonen ausgedehnt und überall, wo sich Ansatzpunkte bieten könnten, neue Konflikte hervorgerufen werden. Soweit das nicht möglich ist, soll wenigstens so viel Verwirrung geschaffen werden, daß vielleicht ein späterer Versuch aussichtsreicher erscheinen könnte. Im Südosten, im Donauraum, auf dem Balkan und am Schwarzen Meer waren solche Tendenzen in den letzten Wochen deutlich zu beobachten. Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, die Apparat der Genfer Völkerbundes gegen Deutschland in Bewegung zu setzen. Diese Versuche sind allerdings sofort mißlungen, weil der Völkerbund nun wirklich als politisches Instrument im alten Stile nicht mehr einzusetzen ist. Auch im Südosten weiß man zwischen den eigenen Interessen und den raumfremden Interessen der Westmächte sehr genau zu unterscheiden. Auf dieselbe Linie gehören die neuerdings sehr plump hervorgetretenen Bemühungen, die

Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien zu fördern — was freilich immer wieder an den eigenen Interessen Italiens, die auf eine neue und gerechte Ordnung Europas gerichtet sind und mit dem deutschen Kriegsziel zusammenstimmen, scheitern muß.

Nicht minder aussichtslos sind die Versuche, Sowjetrußland von Deutschland abzusprengen. Einleuchtende Argumente, die den russischen Interessen entgegenkämen, haben die Westmächte für diesen Versuch ohnehin nicht einzusetzen. Sie müssen sich deshalb darauf beschränken, durch Verdächtigungen Mißtrauen zu erwecken. Dazu muß jetzt der russisch-finnische Konflikt herhalten. In der internationalen Presse sind zu diesem Zwecke Meldungen untergebracht worden, die behaupten, daß Deutschland die Finnen mit Waffenlieferungen unterstütze. Man hätte keiner amtlichen Zurückweisung dieser Meldungen bedurft, um sofort zu durchschauen, mit welcher Tendenz hier falsche Nachrichten ausgestreut werden. Nach denselben Quellen nämlich soll Deutschland auch Rußland durch die Entsendung von Offizieren und Technikern und durch Lieferung von Kriegsmaterial unterstützen. Das ist freilich nur scheinbar ein Widerspruch. Denn mit der Verbreitung solcher Gerüchte sollen gar nicht Tatsachen festgestellt, sondern Verdacht und Mißtrauen genährt werden.

Was den russisch-finnischen Konflikt angeht, so berühren diese Gerüchte allerdings einen sehr empfindlichen Komplex. Die Westmächte haben in den letzten Tagen durchblicken lassen, daß sie unter Umständen bereit seien, den Finnen eine aktivere Hilfe als bisher zu gewähren. Ob das zutrifft, wird sich bald zeigen müssen. Vorerst scheint man in London und Paris zu hoffen, daß vielleicht auch Andeutungen und Versprechungen ihren Zweck erfüllen — den Zweck vor allem, den Krieg in Finnland zu verlängern und womöglich die skandinavischen Staaten zu ermuntern, in den Konflikt einzugreifen und selbst zu bekämpfen, was die Westmächte lebhaft versprechen. Die wirklichen Interessen Finnlands und seiner Nachbarn spielen dabei ebenso wenig eine entscheidende Rolle wie im letzten Herbst die wirklichen Interessen Polens. Für die Westmächte aber hätte sich auf alle Fälle die verlockende Aussicht, die Kriegszone auszuweiten, deutsche Handelswege abzuschnitten und von Norden her ein militärisches Aufmarschgebiet gegen Deutschland zu gewinnen. Der Plan ist freilich so durchsichtig, daß den nordischen Staaten die Aufgabe, die ihnen damit zugeschoben werden soll, kaum reizvoll erscheinen kann. Es besteht kein Grund, anzunehmen, daß die führenden Staatsmänner Schwedens, Norwegens und Dänemarks, die eben erst in ihren Neujahrskundgebungen den Willen zu unbedingter Neutralität stark betont haben, sich in einen Konflikt und in ein Abenteuer treiben ließen, dessen keine unübersehbaren Folgen sie selbst und ihre Länder zu tragen hätten.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 12 -

Die Suche nach neuen Kriegsschauplätzen.

Russische Warnungen an Skandinavien.

Moskau, 7. Januar. (DNB.) Das Blatt der russischen Armee „Krasnaja Swesda“ beschäftigt sich in einem Artikel mit den Hintergründen der von den Westmächten für die angebliche Unterstützung Finnlands entfachten Kampagne. Das Blatt geht davon aus, daß die englisch-französische Kriegspolitik schon Mitte Dezember bei einer Sitzung des Obersten Rates der Westmächte die diplomatische, die finanzielle und die militärische Unterstützung Finnlands auf die Tagesordnung gesetzt habe. Diese sogenannte Unterstützung sei jedoch, so schreibt die Zeitung, nur ein Deckmantel für viel weitergehende Absichten der Londoner und der Pariser Regierung, welche die skandinavischen Länder in den Krieg auf Seiten des englisch-französischen imperialistischen Blockes hineinziehen möchten.

In diesem Zusammenhang beruft sich „Krasnaja Swesda“ auf maßgebliche englisch-französische Pressestimmen. Vertinag habe noch unlängst geschrieben, daß Schweden und Norwegen, diese durch ihren Erreichum besonders wichtigen Länder, auf die Seite der Westmächte übertreten müßten. Vertinag habe offen eingestanden, daß England und Frankreich darauf ausgehen müßten, die skandinavischen Länder ganz ihrer Kontrolle zu unterwerfen, indem sie Schweden und Norwegen zur Unterstützung Finnlands aufforderten. Dieselbe Kombination habe der militärische Mitarbeiter des Pariser „Matin“, General Duval, verkündet. Dieser schreibe, das Vorhandensein der Maginotlinie erlaube es den Westmächten, den Krieg auch auf andere Schauplätze auszudehnen. Dabei weise er ausdrücklich auf die skandinavischen Länder hin, welche im Zusammenhang mit dem finnisch-sowjetrussischen Konflikt zu diesem Zweck ausgenutzt werden müßten.

Insonderheit gelte die Aufmerksamkeit der Westmächte, so fährt „Krasnaja Swesda“ fort, zurzeit Schweden, dem größten und reichsten skandinavischen Staat. Die Entsendung von schwedischen Freiwilligen nach Finnland und die Unterstützung der finnischen Armee mit Waffen und Munition genüge den weltlichen Kriegstreibern nicht mehr. Sie würden jetzt schon darauf hinarbeiten, Schweden zur Aufgabe seiner offiziellen Neutralitätspolitik und zum Abschluß eines Beistandspaktes mit England und Frankreich zu bewegen. Hierfür findet „Krasnaja Swesda“ einen Beweis in den Äußerungen des bekannten Londoner Korrespondenten der „New York Times“, Augur, welcher den britischen Regierungskreisen als Sprachrohr diene. Das Blatt sagt ferner, daß die britische Politik mit diesen Plänen eine „neue Front“ gegen Deutschland schaffen wolle.

Hamburger Tageblatt

Nr. 8

Ostsee oder Balkan?

Von unserem Korrespondenten

mue. Brüssel, 8. Januar. — Mit welchen Vänen trägt sich der französisch-englische Generalstab? Die Londoner und Pariser Blätter werden nicht müde, eine baldige Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf die europäischen Randgebiete, ja sogar auf außereuropäische Räume anzukündigen. Der Orientarmee der Alliierten hat man eine ganz besondere Bedeutung zugeschrieben, während andere wiederum der Auffassung sind, daß sich das Manöver in Nordeuropa entwickeln werde.

Ein Sonderberichterstatter des Brüsseler Blattes „Vingtème siècle“ hat schon zu wiederholten Malen aus Paris Berichte über die Auffassungen der dortigen politischen Kreise gegeben, die sich durch eine sehr gute Unterrichtung auszeichnen. Der belgische Journalist will jetzt auch darüber unterrichtet sein, wie man in der französischen Hauptstadt und vor allem in den dortigen militärischen Kreisen über die englisch-französischen Aktionsmöglichkeiten für das Jahr 1940 denkt. Die Hoffnung auf eine Einkreisung Deutschlands sei jählings durch die deutsch-russische Verständigung zerstört worden. Andererseits scheue der französische Generalstab auf Grund der blutigen und verlustreichen Erfahrungen des Weltkrieges die Wiederholung von Frontangriffen gegen die deutschen Linien. Man suche also nach Möglichkeiten eines Flankenmanövers. Dabei schienen aber die französischen und englischen Auffassungen auseinander zu gehen. Die Engländer seien Anhänger des Gedankens eines kombinierten See- und Luftangriffs in Nordeuropa in Richtung Ostsee.

Er habe — so erklärt der belgische Journalist — einige Monate vor Kriegsausbruch in London gewieilt. Schon damals habe man das Thema einer englischen Operation in der Ostsee studiert. Die Engländer zögen es vor, keine neuen strategischen Erfindungen zu machen, sondern auf den alten Wegen zu bleiben. Eine Seeoperation in Richtung Ostsee habe in den Augen der Lords der Admiralität den Vorzug, in der Linie eines Nelson und eines Fisher zu liegen. Man erinnere sich daran, daß schon 1908 Lord Fisher vorgeschlagen habe, die Engländer sollten sich mitten im Frieden durch Ueberraschung Dänemarks bemächtigen, um damit die deutsche Flotte lahmzulegen.

Während also ein Umgehungsmanöver in Nordeuropa und in der Ostsee völlig der britischen Auffassung entspräche, lehnten sich die Franzosen mehr für eine Wiederholung des Saloniki-Abenteuers ein. Man rechne dabei vor allem auf die türkische Hilfe, wie seinerzeit die Serben, sollten heute die Türken für die Alliierten den Stohtrup auf dem Balkan abgeben. Ein alliiertes Expeditionskorps, die sogenannte Orientarmee unter dem Befehl General Weygands, werde sie dabei unterstützen. Dieses Expeditionskorps verstärkte schon jetzt jeden Tag seine Effektivräfte und werde sie bis zum Frühjahr vervollständigt haben.

Das Mittelmeer — eine englische Bucht?

Italienische Nachrichten.

(Drahtbericht unseres Korrespondenten.)

Rom, 11. Januar.

Die italienischen Zeitungen berichten sehr ausführlich über die kritischen Äußerungen, die in Berlin zu der Rede Chamberlains getan worden sind, und über die Wirkung in den westeuropäischen Hauptstädten. „Popolo di Roma“ und „Messaggero“ wollen in der Äußerung Chamberlains, ein siegreicher Krieg dürfe nur mit der Gewissheit von Garantien darüber beendet werden, daß Deutschland nicht in absehbarer Zeit wieder den Versuch zur Beherrschung Europas mache, eine englische Konzession gegenüber dem französischen Standpunkt sehen und weisen darauf hin, daß den Franzosen bei dieser Äußerung Chamberlains ein Stein vom Herzen gefallen sei. Besondere Beachtung finde in Paris der Vorschlag Chamberlains, nach dem Kriege die englisch-französische Solidarität in politischer, militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht fortzusetzen und zu konsolidieren. Die italienischen Beobachter sehen hinter dem angeblichen Ziel einer solchen andauernden Allianz — dem „Neubau Europas“ — den Willen der Westmächte, ihre Vormachtstellung auch nach dem Kriege aufrechtzuerhalten. Bisher könne man noch nicht von einer wirklichen Bündnisorganisation, die alle Gebiete des nationalen Lebens der beiden Völker berühre, sprechen. Zu ihr würde die Abschaffung der Zölle oder dergleichen gehören müssen (nicht zu reden von der „alliierten Briefmarke“, deren Vorschlag aus französischen Kreisen in England sehr kühl aufgenommen worden sei). Währungsabkommen und Kooperation der Rüstungsindustrien stellten, wie die italienischen Berichte sagen, höchstens den Anfang zu einer engeren Zusammenarbeit dar. Die tiefere Begründung dafür, weshalb man in Frankreich so lebhaft und freudig auf Chamberlains Äußerung reagiere, erkennen die italienischen Beobachter in folgendem: England und Frankreich würden auch nach einem siegreich beendeten Kriege nicht in der Lage sein, jedes für sich die Hegemonie in Europa zu behaupten. Nicht nur die neutralen Länder hätten dann etwas mitzureden, auch

andere Mächte hätten zwischen den beiden großen Kriegen einen unaufhaltbaren Aufstieg genommen. Deutschland und Italien würden immer Millionenvölker bleiben, denen gegenüber England und Frankreich wegen der ungünstigen Auswirkung des Geburtenrückgangs bei ihnen nur vereint bestehen könnten. Ein Projekt zur allgemeinen Kooperation zwischen den Westmächten und der Glaube an ihre Verwirklichung ist nach den italienischen Berichten zweierlei. Nicht etwa, weil es allein fraglich sein müßte, wer die privilegierte Hegemonie in Europa dirigieren solle, sondern mehr noch, wer von den beiden Partnern innerhalb der Länder das „Rohr“ und wer der „Reiter“ sein solle. Bei allem Vorbehalt gegenüber diesen englisch-französischen Ideen scheinen sie den italienischen Beobachtern doch zur Erkenntnis der gegenwärtigen Mentalität der beiden Westmächte dienlich zu sein. Auch habe, wie der „Messaggero“ schreibt, nach der Entlassung Hore-Belisha wohl nichts die Besorgnis in Frankreich deutlicher machen können als die freudige Zustimmung zu Chamberlains Ausführungen.

Der Ost-Express (Berlin)

Nr. 13

Der Weltkrieg und der Krieg von heute.

Ein Vergleich in einem Moskauer Blatt.

O.E. Moskau, 16. Januar (Ost-Express).
Schon wiederholt hat sich die Sowjetpresse mit den mehr oder weniger deutlich erkennbaren Bemühungen der Westmächte befasst, die auf eine Erweiterung des Kriegstheaters bzw. auf die Schaffung neuer Kriegsschauplätze hinstielen. Das Moskauer Armeeblatt "Krasnaja Swesda" sagt in diesem Zusammenhang, dass es heute immerhin schwieriger sei, einen Krieg zu entfesseln als vor 25 Jahren. England und Frankreich müssten erkennen, dass die Völker infolge ihrer Weltkriegserfahrungen sich jetzt schwerer in kriegerische Unternehmungen verwickeln lassen, als damals. An Handlangern und Helfershelfern fehle es den westeuropäischen Kriegstreibern zwar nicht, aber diese Hilfskräfte wären auch danach! Sie rekrutieren sich aus "Abendteuerern mit erlauchtem Titel, Präsidenten ohne Republiken, Generälen ohne Armeen, Thronanwärtern gestürzter Dynastien, exotischen Fürsten und dergleichen Leuten." Diese wären gern bereit, sich gegen Entlohnung irgend welcher Art als Kriegsschürer in beliebigen Teilen der Welt zu betätigen, aber selbst den weitaus mächtigeren französischen und englischen Politikern werde es nicht leicht, die gewünschten neuen Kriegsebenen jetzt vor der Tatsache, dass ihre imperialistische Koalition einen Krieg begonnen hätte, den sie allein zu führen nicht imstande ist, den sie aber andererseits unter keinen Umständen aufgeben will. Hier kann sich das Moskauer Blatt auch einen Ausfall gegen die im Wirbel der Ereignisse ratlos und untätig verbleibende Genfer Liga nicht versagen: "Kein Völkerbund, so gefügig er auch immer sein möge, ist imstande, die-ser Koalition das Kraftgefühl zu geben, welches notwendig wäre, um den Plan einer Vorherrschaft des englisch-französischen Kapitals in Europa zu verwirklichen. Und was auch immer die Schreibleuge dieses Kapitals behaupten mögen, für die Völker unseres Kontinents und der ganzen Welt muss es ganz klar sein, dass eben dieses englisch-französische Kapital die Schuld an dem Ausbruch des Orkans trägt, der jetzt dem Erdball erschüttert." Das Moskauer Armeeblatt vertritt dann weiter die Meinung, dass sowohl die englischen wie die französischen massgebenden Generälistähler so eifrig auf eine Ausdehnung des Kriegsbrandes auf möglichst viele Länder hinarbeiten, wie beispielsweise in Vorderasien, weil sie die Hoffnung auf einen englisch-französischen Sieg in Europa nicht mehr hegten, obgleich dies offiziell natürlich nicht zugegeben werde.

Hamburger Fremdenblatt

Nr.

18

A 2

Immer die gleiche Methode

Meldung unseres Vertreters

b-d. Oslo, 18. Januar

Die rücksichtslose Agitation, mit der die westeuropäische Politik die kleinen neutralen Länder einzuschüchtern versucht, erfährt eine scharfe Zurückweisung in der neuen Nummer der norwegischen Wochenschrift „ABC“. Klar nennt die Zeitschrift das Ziel der britisch-französischen Stimmungsmache gegenüber den neutralen Mächten und erklärt: „Die Westmächte sind darauf aus, so viele neutrale Staaten wie möglich in eine Front gegen Deutschland zu treiben.“

Ironisch stellt das Blatt dann fest, daß die Agitation der Westmächte dabei plump und ungeschickt vorgehe. „Es scheint“, heißt es weiter, „daß man vorher einen Kursus durchmachen muß. In jedem Falle aber hätte man doch lernen sollen, daß man die Methode ändern muß. Für jeden neuen Staat, der bearbeitet werden soll, bleibt das Mittel das gleiche: man erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Deutschland im Begriff ist, einen Angriff gegen diesen oder jenen kleinen Staat zu starten, daß so und so viele deutsche Divisionen zum Überfall bereitstehen. Diese Methode bleibt auf die Dauer langweilig. Man muß schon etwas Variation hineinbringen, denn Propaganda muß mit Umsicht und Nachdenken getrieben werden.“

„ABC“ schließt seinen Aufsatz zur Weltlage mit der Erinnerung an die Beschließung Kopenhagens im Jahre 1807 durch die britische Flotte. Damals habe die britische Flottenführung erklärt, sie komme nicht als ein Feind, sondern als Freund. Diese Freundschaft habe Norwegen Hunderte von gefallenen Matrosen gekostet. Es besteht kein Anlaß, daß das norwegische Volk die Ereignisse des Jahres 1807 vergesse.

Wendung in der Kriegstatistik der Westmächte

ches
ts-Archiv

Erpresserischer Druck auf die Neutralen

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 25

Berlin, 26. Januar

A. H. Die Entwicklung der letzten Tage hat aufs deutlichste ergeben, daß Churchill's Drohrede gegen die Neutralen keineswegs, wie man in London glauben machen wollte, der persönliche Ausfall eines leicht erhitzen Einzelgängers war. Vielmehr hat es sich bei dieser programmatiscen Erklärung um den sichtbaren Ausdruck einer wichtigen taktischen Änderung der Kriegsführung bei den Westmächten gehandelt. Die ersten fünf Monate des Konfliktes bieten nämlich für Paris und London eine äußerst mageren Bilanz. Es hat sich über alle Maßen klar herausgestellt, daß der Krieg, der von den Westmächten diplomatisch vorbereitet und auch ausgelöst wurde, von ihnen nicht aus eigener Kraft gewonnen werden kann. Die Isolierung, in der sich England und Frankreich heute befinden, ist eher noch fühlbarer geworden, und es werden keinerlei Anzeichen erkennbar, aus denen die Westmächte auf eine Erweiterung ihrer politischen, moralischen, militärischen und wirtschaftlichen Front schließen könnten.

Das ist die unbequeme Lage, die schließlich eine Wende in der Taktik der feindlichen Kriegsführung notwendig gemacht hat. Was Churchill ankündigt, das hat inzwischen in verschiednen Aktionen der Westmächte konkrete Gestalt gewonnen. Eine Überprüfung der letzten Geschehnisse ergibt eine konsequent durchgeführte Linie, die durch die folgenden Etappen gekennzeichnet ist:

1. In der sinnlichen Frage wurde der verrostete Apparat des Völkerbundes bemüht, um den Westmächten eine fragwürdige Rechtsgrundlage für ihre skandinavischen Kriegsausweitungspläne zu verschaffen. Es zeigte sich gerade an diesem Beispiel, wie groß die außenpolitischen Gefahren sind, denen die neutralen Staaten Europas fortbauernd durch ihre Mitgliedschaft im Völkerbunde ausgesetzt werden.

Mitgliedschaft im Völkerbunde ist nahezu identisch mit einem Bundesverhältnis zu den Westmächten geworden, die der Genfer Einrichtung auch im jetzigen Kriege lediglich die Rolle einer Interessenvertretung für ihren eigenen Bedarf zuerkennen.

2. England und Frankreich haben den amtlichen Beschluß gefaßt, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Entwicklung des beiderseitigen Handels und zur Brückung der wirtschaftlichen Beziehungen zu dritten Mächten ergriffen werden müssen. In dieser bemerkenswerten Entscheidung liegt ein wertvolles Eingeständnis.

Die Blockade Englands ist in ihrer bisherigen Gestalt nicht wirksam, weil die Tore Deutschlands nach dem Norden, Osten und Süden weit geöffnet stehen. Aus diesem Grunde wird die wirtschaftliche Pressung auf die neutralen Nachbarstaaten Deutschlands als neue Waffe angelegt. Diese sollen vor die Wahl gestellt werden, ihren Handel mit dem Reich einzuschränken und auf diese Weise zu Werkzeugen der britischen Blockade herabgewürdigt werden.

3. Es werden ferner die altbewährten Bedrohungen des Völkerbundes gegen die Neutralen in Anwendung gebracht. Gerücht und Lüge wirken im Bunde miteinander. Vor kurzem wurden falsche Nachrichten über eine bevorstehende Invasion deutscher Truppen in Holland und Belgien ausgestreut. Skandinavien liegt ohnehin beständig unter dem Trommelfeuer dieser Londoner Propaganda. Vor allem aber ist Rumänien während der letzten Tage in den Vordergrund der Szene gerückt worden. Es wurde viel von einem deutschen Einvernehmen mit Rußland über die militärische Erledigung Rumäniens und über eine deutsche Besetzung des Rußland zugehörigen Ostgalizien erzählt. In der Treibhausatmosphäre solcher Gerüchte pflegen bekanntlich die Interventionspläne der Londoner Einkreisungsstrategen zu reifen.

4. Die letzten beiden Tage sollten endlich zeigen, daß Rumäniens Öl die Ursache des Presseturses ist. Die rumänischen Quellen befinden sich bekanntlich zu 52,4 Prozent im Besitz der Kapitalisten Englands und Frankreichs. Nun hat die rumänische Regierung kürzlich den Erlaß einer Ordnung beschlossen, die eine staatliche Kontrolle der Erdölindustrie im Rahmen eines rohen wirtschaftlichen Gesamtplanes vorsieht. Die Öffentlichkeit der Westmächte antwortete mit wüsten Drohungen, indem sie auf den Umstand hinwies, daß die Maßnahme zu einer Steigerung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Rumänien führen würde.

Es wurden — unqualifizierbarerweise sogar an König Carol persönlich — großartige Warnungen ausgesprochen, die von wirtschaftlichen und möglicherweise militärischen Repressalien wissen wollten.

Damit ist ein neuer Höhepunkt des weißen Kriegen der Westmächte gegen die neutralen Staaten Europas erreicht.

Rumänien hat mit einer energischen Stellungnahme deutlich gemacht, daß die Maßnahmen

wenden.

allein von den internen Bedürfnissen des Landes diktiert sind. Wie es seine Wirtschaft lenken will, wohin es insbesondere seinen Handel zu dirigieren gedenkt, das ist wohl eine Frage, deren Beantwortung sich ausschließlich nach den Interessen des rumänischen Staates beantwortet. Das Unbehagen der Westmächte hat ohne Zweifel seine sehr realen Gründe. Es ist eine Tatsache, daß der Anteil des großdeutschen Marktes an der Gesamtausfuhr Rumäniens 1938 bereits 35,8 Prozent, und der entsprechende Anteil an der Gesamteinfuhr 48,3 Prozent betragen hat. Des weiteren ist es richtig, daß die Handelspolitik des Reiches im Kriege, die jeder Unterbrechung der früheren Handelsbeziehungen entgegenzuwirken sucht, gerade im Verhältnis zu Rumänien ihre Früchte getragen hat. Es ist kein Geheimnis, daß der Wirtschaftsaustausch beider Staaten nach dem Ausbruch des Konfliktes einen sehr bedeutenden Umfang angenommen hat, und daß die aufsteigende Tendenz sich unaufhaltsam fortsetzt.

Alles in allem ist also eine Entwicklung zu verzeichnen, die den britischen Botschaftsminister schwerlich eine Genugtuung sein kann.

Es muß aber als erstaunlich bezeichnet werden, daß die innerwirtschaftlichen Maßnahmen Rumäniens, über die es niemandem Rechenschaft abzulegen braucht, von den Westmächten als Verrat an irgendeinem abstrakten Krieg für irgendwelche abstrakten Parolen gewertet werden. Und damit gelangt man zu dem eigentlichen Kernstück der neuen taktischen Phase im Krieg Englands und Frankreichs. Die beiden isolierten Mächte behaupten, ihren Kampf beileibe nicht für ihre eigenen Interessen zu führen, sondern predigen einen Kreuzzug, bei dem es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit neutraler Staaten sein soll, blinde Gefolgschaft zu leisten.

Das ist die Linie der Churchill-Rede, die in ganz Europa als ein sehr gefährliches Kanak aufgefaßt wurde.

Die sophistische Selbstlosigkeit, die in London und Paris zur Schau getragen wird, ist jetzt von Léon Blum in einem Artikel bis zur letzten Folgerichtigkeit gesteigert worden: „die Fragen, die Churchill aufgeworfen hat, sind durch die eigentümlichen Bedingungen des Krieges selbst entstanden. Es hat stets Neutrale gegeben, aber es steht in der modernen Geschichte sicherlich einzig da, daß die Neutralen gleichzeitig diejenigen sind, die keinen Krieg führen und für die man Krieg führt. Es ist noch nie vorgekommen, daß die Zuschauer eines Krieges gleichzeitig der Einsatz dieses Krieges sind. Ich beschäftige mich schon seit langem mit diesem fast unerträglichen Widerspruch. Man muß sich fragen, ob das Gewissen der neutralen Staaten nicht endlich aufgeweckt wird, und ob sie diese falsche und verletzende Haltung nicht aufgeben wollen.“

So verwandeln sich die Angreifer in die beleidigte Unschuld. Nachdem sie zusehends erkennen müssen, daß für den Sieg ihrer Sache sämtliche Voraussetzungen fehlen, mit denen sie vor Beginn des Konfliktes gerechnet hatten. Nachdem die großen Mächte des Erdballs diesem Krieg im Gegensatz zu 1914 fernbleiben, suchen die Westmächte eine Verantwortung loszuwerden, die schwer auf ihren Schultern lastet. Wenn man der Logik ihrer Propaganda folgt, dann sind es schließlich die neutralen Staaten, die mit ihrer Existenz die Schuld am Ausbruch des Konfliktes tragen und infolgedessen in die Arena treten müssen. Es ist eine allzu billige Methode. Sie wird hierzulande durchschaut. Demokratische Parolen locken keine Völker mehr in das Verderben.

Von der diplomatischen Front.

RR Je weniger die Westmächte ihre Hoffnungen auf die militärische und wirtschaftliche Kriegsführung erfüllt sehen (diesen Themen war der Aufsatz „Englische Fragen — deutsche Antworten“ in unserer letzten Sonntagsausgabe gewidmet), desto eifriger arbeiten sie an der diplomatischen Front. Zwei Kampfmittel stehen ihnen dort zur Verfügung: ihre Außenpolitik und ihre Propaganda. Diese beiden Kampfmittel, die sehr sorgfältig aufeinander abgestimmt sein müssen, wenn sie erfolgreich sein sollen, sind bei ihnen miteinander in unausslöschliche Widersprüche geraten. Die Gegner Deutschlands wollen nach zwei Seiten wirken: auf das deutsche Volk, das zur Uneinigkeit und damit zur Niederlage verführt werden soll, und auf diejenigen Staaten, die den Engländern und Franzosen als Helfer und Bundesgenossen willkommen wären. Ueber den ersten Punkt brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren: Selbstmord wird Deutschland nicht begehen. Aber wie steht es mit den außenpolitischen und propagandistischen Erfolgen unserer Gegner? Mit dem besten Gewissen können wir sagen: Für uns Deutsche hätten die Dinge auch in dieser Beziehung kaum besser laufen können, als sie gelaufen sind. Wir sind unseren Gegnern geradezu großen Dank schuldig, ihren Staatsführern wie ihren Propagandisten. Sie haben geniale Dummheiten begangen, und wir scheuen uns nicht, ihnen das einzugestehen, denn sie liegen auf ihrer Linie so fest, daß sie davon nicht mehr loskommen können. Die Westmächte haben sich vor allem dadurch kompromittiert, daß sie der Sowjetunion so aufdringlich nachliefen, um sie zum offenen Kampfe gegen Deutschland zu bestimmen, — während sie nun uns Deutsche beschimpfen, obwohl wir kein Militärbündnis und keinen Hilfeleistungsvertrag, sondern nur einen Nichtangriffs-pakt (also etwas, was uns in normalen Zeiten das höchste Lob hätte einbringen müssen) mit den Russen abgeschlossen und wirtschaftliche Verträge unterzeichnet haben, die uns einiges sichern, was wir gerne haben. Selbst wenn wir die Russen eingeladen hätten, an unserer Seite gegen England und Frankreich zu kämpfen, hätten wir nur Gleiches mit Gleichem vergolten. Aber wir taten es nicht; denn wir brauchen überhaupt keinerlei Waffenhilfe, — unsere große Stärke ist unsere Unabhängigkeit. Uns fehlt es weder an Soldaten noch an Kanonen und Flugzeugen; um so erwünschter aber sind uns jene Lieferungen aus Rußland — und um so größer ist der englische Aerger.

Moral mit doppeltem Boden.

Es war Mussolini, der als erster Staatsmann die Westmächte auf ihre bemerkenswerte Inkonsistenz Rußland gegenüber aufmerksam machte und ihnen zu versichern gab, daß sie eine Politik mit doppeltem moralischem Boden betrieben. Das geschah, als die Engländer sich weigerten, den Russen den Einmarsch in einen Teil des bisherigen polnischen Staatsgebietes gebührend übelzunehmen. Der Duce konnte damals noch gar nicht voraussehen, daß die Engländer gekommen seien, auch in der finnischen Frage ein Auge zuzudrücken. Die britische Propaganda versucht, sich aus ihrer Verlegenheit durch allerhand Kniffe herauszuwinden, aber sie verstreicht sich immer tiefer in das Netz ihrer eigenen Intrigen. Während sie auf der einen Seite keinen Tag verstreichen läßt, ohne die neutralen Staaten des Nordens und des Südens vor den Gefahren zu warnen, die ihnen nach englisch-französischer Behauptung drohen, entschuldigt sie die moralische Inkonsistenz der englischen Politik damit, daß sie durchblicken läßt, es könne ihr vielleicht doch noch gelingen, einen Keil zwischen Deutschland und Rußland zu treiben, — wobei sich dann allerdings die gleichen Staaten, die heute von den englischen Propagandisten vor der Gefahrlich-

keit Rußlands gewarnt werden, morgen darüber belehren lassen müßten, daß und warum die Russen doch die geeignetsten Freunde und Bundesgenossen gerade der demokratischen Westmächte seien. Die Zweigleisigkeit der englischen Moral hat, wie die Engländer bereits zu spüren beginnen, ihr Ansehen in mehreren Ländern erheblich geschädigt.

Ein schweres Mißverständnis.

Am wenigsten glücklich hat England den Italienern gegenüber operiert. Es war nicht nur ein schweres Mißverständnis, sondern ein sehr schwerer taktischer Fehler der Engländer, gewisse italienische Äußerungen über Sowjetrußland oder über die Möglichkeit einer bolschewistischen Expansionspolitik so auszulegen, als ließen solche Stimmen auch nur einen Schluß zu auf die Haltung Italiens gegenüber Deutschland oder gar in bezug auf den Wert, den die englische Politik der italienisch-deutschen Freundschaft und Bundesgenossenschaft beimißt. Gewiß ist der Faschismus im Kampfe gegen bolschewistische Tendenzen groß geworden; gewiß lehnt die faschistische Idee alles Bolschewistische genau so ab, wie sie alles Demokratische und alles, was man Bourgeoisie nennt, ablehnt; gewiß findet diese Tatsache in allen italienischen Äußerungen, so zuletzt in der Rundgebung des neuen Parteisekretärs Muti, offen Ausdruck; gewiß haben die italienischen Legionäre in Spanien vor gar nicht langer Zeit gegen eine bolschewistische Bewegung, deren sich Frankreich bediente, um Spanien in die Hand zu bekommen, gelämpft und geblutet; gewiß ist Italien entschlossen, sich durch niemand in seinen vitalen Interessen im Balkanraum oder sonstwo gefährden zu lassen, gewiß gibt es also einige Punkte, bezüglich deren Italien ähnlich denkt und urteilt, wie die Propagandisten der Westmächte heute zu urteilen für gut befinden, weil ihnen die russischen Trauben zu hoch hängen, aber es war ein gewaltiger Trugschluß der Engländer und Franzosen, sich einzubilden, diese scheinbare Übereinstimmung in einem Teilprobleme lasse sich als Basis für eine gemeinsame Politik zwischen Italien und den Westmächten ausbauen, vollends einer Politik, die sich gegenüber Deutschland auspielen ließe.

Kein einziger Italiener hat bisher Deutschland und Rußland für identisch gehalten, und alle haben die Worte Adolf Hitlers gehört: Deutschland wird nationalsozialistisch und Rußland bolschewistisch sein. Jeder Italiener weiß, daß das faschistische Italien nicht nur durch papierene Verträge, sondern durch überaus tiefgreifende gemeinsame Interessen, ja geradezu durch die wichtigsten Lebensinteressen mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbunden ist, bleibt und bleiben wird. Italien, so hat der neue Parteisekretär des Faschismus kürzlich ebenfalls festgestellt, vermag die traurigen Erfahrungen seiner Vergangenheit nicht zu vergessen und läßt sich von plötzlichen Sympathieerklärungen nicht täuschen. Noch weniger läßt es sich durch eine intriglerische Propaganda aus seiner Bahn werfen. In der Tat, wer die italienische Haltung aus der Nähe zu beobachten Gelegenheit hat, kann leicht feststellen, wie töricht die Londoner und Pariser Vorstellung ist, daß die italienische Politik nicht gleichzeitig ihre Reserve gegenüber Rußland beizubehalten und ihre Freundschaft und Treue gegenüber dem verbündeten Deutschland zu wahren vermöchte.

Für einen französischen oder britischen Kopf, der nur in Militärbündnissen zu denken vermag, mögen solche Zusammenhänge vielleicht etwas kompliziert sein, aber wenigstens hätten die dreimalflügeligen Propagandisten Englands unterlassen sollen, sich vor aller Öffentlichkeit Italien gegenüber in Spekulationen zu erganzen, die von den Italienern als ebenso taktlos wie lächerlich empfunden wurden. Es wäre gar nicht erst nötig gewesen, diese Torkelungen durch die Aufforderung Churchills an die Neutralen, sich auf die englische Seite zu stellen, noch zu überbieten, um Wirkungen hervorzubringen, die in mehreren Ländern so ungünstig sind, daß sie von der englisch-französischen Propaganda schwer oder gar nicht wieder gutgemacht werden können. Die Zumutung an die Nichtkriegführenden, zugunsten Englands „ihre Pflicht“ (vollends ihre Völkerverbundspflicht) zu tun, gehört ebenso wie die offene Enthüllung der maßlosen alliierten Kriegsziele zu den bisher unerreichten Meisterleistungen einer über-

wenden.

eifrigen und deshalb gegen das eigene Land zurückwirkenden Propaganda. Es gibt zu viele Länder, deren tiefste und ehrlichste Ueberzeugung es ist, daß der Wahnsinn von Versailles die eigentliche Kriegsursache ist — vor wenigen Tagen hat auch der japanische Außenminister wieder daran erinnert —, daß die Proklamierung eines Uebervailles, zu dessen Gelingen vollends die Neutralen beitragen sollen, die englische Kriegspolitik für immer kompromittiert hat. Und es gibt viele Länder, die ihre Einschätzung anderer Staaten in erster Linie danach vornehmen, ob diese (wie England und Frankreich) sie in einen Krieg, mit dem sie nichts zu tun haben wollen, hineinzerren wollen oder ob sie (wie Italien und Deutschland) ihnen das Beiseitestehen erleichtern; die Einladung Churchills, die obendrein in der Form einer Beleidigung erteilt wurde, hat zur Klärung der Meinungen in der Welt, besonders im Südosten, sehr viel beigetragen.

Der Prüffstein.

Diesem Auszug aus dem propagandistischen Sündenregister Englands und Frankreichs vermögen unsere Gegner nicht viel Positives gegenüberzustellen. Die englische Geschichte strotzt bis in die neueste Zeit so sehr von Gewalttaten und Rechtsbrüchen gegenüber schwächeren Nationen, daß der „allgemeine Teil“ der englischen Propaganda als Hypokrisie erkannt wird, während der besondere Teil, nämlich die polnische Frage, mit dem Makel belastet ist, daß England einen Machtkampf mit Deutschland einer maßvollen Regelung der polnischen Frage vorgezogen hat. Die ewige Wiederholung der Angriffe gegen den „Hitlerismus“ und gegen den Waffengang mit Polen, der ja Deutschland durch die Politik der Westmächte aufgezwungen wurde, vermag der englischen Außenpolitik keine praktischen Erfolge zu verschaffen. Das eine, nämlich das nationalsozialistische Regierungssystem, ist eine rein deutsche Angelegenheit, das andere war eine harte, aber leider unvermeidbar gewordene Eregution, die zwar in keinem Land vergessen werden wird, die aber für die Nichtkriegführenden auf die Dauer nicht so wichtig ist wie ihr dringender Wunsch, nicht gegen ihren Willen in die deutsch-englische Auseinandersetzung hineingezwungen und zum Kriegführenden im Interesse anderer verpflichtet zu werden. Das ist für einen sehr großen Teil der Welt der eigentliche Prüffstein. Und es bedeutet, daß dieser Teil der Welt die englische These, die Westmächte kämpften wieder einmal für ein Menschheitsideal, keineswegs gelten läßt. Je weiter der Krieg

fortschreitet, desto weniger wird man von Polen und dem Skandinavien, und um so mehr wird man von dem englisch-französischen Verlangen sprechen, neue Bundesgenossen und neue Kriegsschauplätze zu besitzen. Das wird gerade die Länder, die für uns die wichtigsten sind, das wird vor allem auch die Balkanländer immer mehr in ihrem Bestreben festigen, gegen die englisch-französischen Intrigen wachsam zu sein und sich eine erpresserische Politik nachdrücklich zu verbitten. Das Ergebnis der Belgrader Konferenz des Balkanbundes bestätigt diese Auffassung.

Bedenkt man, daß es für England und Frankreich nach ihrem eigenen Eingeständnis kein anderes diplomatisches Ziel gibt und geben kann als die möglichst vollständige Schließung des Blockaderrings und als die Gewinnung neuer Bundesgenossen, so versteht sich von selbst, daß die Kriegspolitik von London und Paris mit dem oben geschilderten tatsächlichen Verlauf höchst unzufrieden sein muß. Durch die Zielsetzung selbst und durch die krummen Wege, die Großbritannien gegangen ist und die von seiner eigenen Propaganda aufgedeckt wurden, haben sich die englischen Diplomaten und Propagandisten als Ergebnis der ersten Kriegssphase eine unbestreitbare moralische und politische Niederlage zugezogen. Diese Entwicklung ist natürlich auch weit außerhalb Europas bemerkt worden, unter anderem in dem Land, das die Engländer heute zu ihrem besonderen Kummer abseits sehen sehen: in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die englischen Mißgriffe sind den amerikanischen Augen nicht entgangen. Man kann zwar vom Präsidenten Roosevelt nicht erwarten, daß er mehr tut als vorgeben, er habe nicht „sour play“ bemerkt, aber wer in Amerika Präsident bleiben oder werden will, der muß angesichts der heutigen Stimmung die Vereinigten Staaten aus dem europäischen Getümmel fernhalten. Trotz „Athenia“ und anderen Unwahrheiten sieht auch dies nicht gerade nach einem englischen Triumph im Felde der Diplomatie aus. Die Erfahrungen, die England in der neuesten Zeit gemacht hat, und die heftiger werdende Gegenwehr der Nichtkriegführenden gegen die englischen Rechtsverletzungen und Uebergriffe, die stärkere Betonung des Rechts zur Neutralität, wie sie etwa bei der Tagung des Balkanbundes zum Ausdruck kam, vor allem aber auch die Erfahrung, die England mit Japan („Mama Maru“) machen mußte, bieten aufschlußreiche und zuverlässige Wertmesser für die Erfolge und Mißerfolge der englisch-französischen Diplomatie und Propaganda.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 67

Eine Sitzung des „Obersten Alliierten Rates“.

Die französische Presse fordert stärkere Unterstützung Finnlands.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 6. Februar. Der „Oberste Alliierte Rat“ ist am Montagvormittag in Paris zusammengetreten. Aus London waren dazu eingetroffen: Neville Chamberlain, Lord Halifax, Winston Churchill, Sir Kingsley Wood, Sir Oliver Stanley, Sir Alexander Cadogan, Sir Dudley Pound, Sir Esmond Romilly und Generalmajor Jmay. Außerdem nahm der britische Botschafter in Paris, Sir Ronald Campbell, an den Beratungen teil. Frankreich war durch den Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister Daladier, den Marineminister Campinchi, den Luftfahrtminister Guy la Chambre, den Unterstaatssekretär des Äußeren Champetier de Ribes, den Generalsekretär des Quai d'Oran, Alexander Leger, den Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte, General Gamelin, den Admiralschefs Darlan, den Generalstabschef der Luftwaffe, Guillemin, und General Decamp vertreten. Nach einem Frühstück fand im Kriegsministerium eine Sonderberatung der Generalstäbe der beiden Länder statt, die über zwei Stunden dauerte. Daran schloß sich eine zweite Sitzung des Obersten Rates an, die durch ein gemeinsames Abendessen abgeschlossen wurde. An diesem Essen nahmen der Vizepräsident der französischen Regierung, Chautemps, der Direktor des Kabinetts der Ministerpräsidenten, Clavier, der Botschafter Coufandre und andere Persönlichkeiten teil.

Die über die Sitzungen ausgegebenen Mitteilungen belegen wenig über die Gegenstände der Beratungen, außer daß die Frage der Verpflegung geprüft worden ist, in der eine völlige Einigung erzielt worden sei. Man darf wohl annehmen, daß außer dem jüngsten französisch-japanischen Zwischenfall im Gefolge der Bombardierung der Dünkirchen-Eisenbahn auch die Lage auf dem Balkan und in Finnland erörtert worden ist, und zwar weniger unter dem diplomatischen als unter dem militärischen Gesichtspunkt, worauf die Sonderberatung der beiden Generalstäbe hindeutet. Es ist noch nicht zu erkennen, ob neue Beschlüsse über die Hilfe für Finnland gefaßt worden sind. In der öffentlichen Meinung der beiden Länder macht sich seit einigen Tagen angesichts der Meldungen von sowjetrussischen Fortschritten auf der Kareliischen Landenge wieder eine

stärkere Strömung für eine tatkräftigere Unterstützung Finnlands geltend. Es ist davon die Rede, daß ein polnisches Expeditionskorps gebildet werden solle, doch ist diese Nachricht noch nicht zu kontrollieren. Es steht lediglich fest, daß sich in Paris eine Abordnung finnischer Offiziere aufhält.

Vor einigen Tagen hat der militärische Berichterstatter des „Temps“ zum zweiten Male eine regelrechte Intervention der Westmächte in Finnland gefordert, die seiner Meinung nach leicht und mit geringen Streitkräften möglich wäre. Er begründet diese Forderung folgendermaßen: „Der Prestigeverlust, der sich für die Entente aus dem Triumph des sowjetrussischen Angriffs ergeben würde, wäre geeignet, die Haltung gewisser Neutraler ernsthaft zu ändern. Dadurch, daß die Alliierten ihre Absicht verkündet haben, Finnland zu unterstützen, haben sie, ob man es nun will oder nicht, bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Sache mit ihm gemacht.“ Am selben Tage haben das „Journal“, der „Figaro“, der „Jour“, das „Journal des Debats“, der „Matin“ und der „Populaire“ die gleiche Meinung vertreten. Im „Jour“ hieß es: „Man hat aller Grund anzunehmen, daß die Russen ihre Fehler berichtigen und daß die Aufgabe der Finnen täglich schwieriger wird. Das muß uns dazu antreiben, die tapferen Verteidiger von Helsinki anders zu unterstützen als mit Verbandsgewand und Sanitätsmaterial.“ Das „Journal des Debats“ schreibt: „Es ist unerlässlich, daß in der Lieferung von Flugzeugmaterial, Waffen und Munition jeder Art keine Unterbrechung eintritt. Es ist aber auch wesentlich, daß den Finnen Leute zur Verfügung gestellt werden, die all diese Kampfmittel unverzüglich benutzen können.“

Der „Matin“ befürchtet ebenso wie der „Temps“ die Rückwirkungen einer finnischen Niederlage auf das Ansehen der Westmächte. „Als wir öffentlich erklärt haben, wir würden Finnland unterstützen, ist sein Sieg der unsrige geworden, und seine Niederlage wäre unsere Niederlage. Bildet man sich etwa ein, daß Stalin nachgeben werde? Niemand kann das annehmen. Infolgedessen muß man unverzüglich eine klare Stellung einnehmen. Eine wenn

auch nur anscheinend schwankende Haltung hat noch nie etwas getaugt.“ Der sozialistische „Populaire“ hofft, die Labour Party werde nach der Rückkehr ihrer Delegation aus Finnland ihren Einfluß auf die Londoner Regierung geltend machen und ein offizielles Eingreifen durchsetzen. Bemerkenswert ist, daß die früher von der französischen Presse mit der Unterstützung Finnlands verbundene Forderung nach dem Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion nirgendwo mehr auftaucht. Es herrscht heute die Auffassung, daß selbst die Entsendung eines Expeditionskorps aus sogenannten Freiwilligen oder aus polnischen Emigranten nach Finnland mit der Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zu Moskau vereinbar sei, da Rußland Finnland nicht den Krieg erklärt habe. Wie weit sich der „Oberste Alliierte Rat“ diese Auffassung zu eigen gemacht hat, bleibt noch dahingestellt.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 69

Wachsamkeit geboten.

Nach der Balkankonferenz.

✠ Berlin, 7. Februar.

Im Zusammenhang mit der Pariser Tagung des Obersten Kriegsrats der Westmächte werden in der englischen und französischen Presse die Möglichkeiten einer Ausdehnung der Kriegszonen erörtert. Nach Andeutungen, die in der „Times“ zu finden sind, scheint man an eine Erweiterung des finnisch-russischen Konflikts zu denken. In der französischen Presse wird die Aufmerksamkeit auf den europäischen Südosten gelenkt. In beiden Fällen treten politische Tendenzen hervor, die auch durch die Enttäuschung, die die Kriegserweiterungspolitik der Westmächte auf der Belgrader Balkankonferenz erleben mußte, nicht entmutigt worden sind. Die Westmächte sind offenbar nicht bereit, sich mit der Absage, die sie in Belgrad erhalten haben, abzufinden. Sie wollen nicht auf die einzige Chance verzichten, die ihnen nach ihrem eigenen Eingeständnis geblieben ist, aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie durch den bisherigen Verlauf der Ereignisse geraten sind.

In diesem Zusammenhang rückt heute auch die „Deutsche Diplomatisch-politische Korrespondenz“, die im übrigen das Ergebnis der Belgrader Konferenz als einen Beitrag zur Bewahrung des Friedens im Südosten würdigt, die neuesten Erörterungen der französischen und englischen Presse. Schon jetzt, unmittelbar nach dem Abschluß der Belgrader Konferenz, werde in Paris ganz offen auf Vermicklungen im Schwarzen Meere spekuliert. Es fehle dabei nicht an Hinweisen auf die Rolle der Orientarmee des Generals Weygand, die den angeblich von Deutschland und Rußland bedrohten Völkern rasche Hilfe zu bringen vermöchte. (Das Beispiel der „raschen Hilfe“, die die Westmächte den Polen versprochen hatten, scheint dabei nicht abzuschrecken.) Auch in London, so fährt die Korrespondenz fort, empfehle man den Abschluß eines „Schwarzen- Meer-Paktes“ zwischen der Türkei, Bulgarien und Rumänien, der sich ausschließlich gegen Rußland zu richten hätte. Die „Deutsche Diplomatisch-politische Korrespondenz“ widmet diesen Erörterungen volle Aufmerksamkeit und bemerkt dazu abschließend: „Gegenüber dieser unentwegten Tendenz der Westmächte, die Balkanstaaten durch Einschüchterung, durch Kompromittierung oder durch sonstige Mittel doch noch für ihre Zwecke einzuspannen, ist zweifellos Wachsamkeit geboten. Die Entschleßungen von Belgrad ergeben, daß — bisher jedenfalls — die Balkanstaaten die Zeichen der Zeit erkannt haben.“

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 8.4

Um die Ausweitung des Krieges.

Die Westmächte im Vorderen Orient.

(Privattelegramme der „Frankfurter Zeitung“.)

■ Moskau, 15. Februar. Die englisch-französischen Verrückungen im Nahen Osten betrachtet man in Moskau nicht als einen Versuch, die deutsche Wirtschaftsstellung zu beeinträchtigen, sondern ebenso sehr auch als Maßnahmen, die sich direkt gegen die Sowjetunion richten. Die „Iswestija“ erinnert heute wieder an die Besetzung des Kaukasus und Turkestan durch die Engländer im Jahre 1919. Wenn auch die englischen Interventionen damals wieder gezwungen worden seien, heimzukehren, so hätten sie aus diesen Erfahrungen doch nichts gelernt. Die Schaffung der Armee Wehagand, die Verstärkung der englischen Truppen im Irak und die übrigen strategischen Vorbereitungen im Nahen Osten zeigten, daß man die Aufstellung einer starken englisch-französisch-türkischen Armee beabsichtige.

Mit dieser Maßnahme gehe eine diplomatische Aktion zur Herstellung eines Bündnisses der vorderasiatischen Staaten Hand in Hand, die für die englisch-französischen Imperialisten die Asien aus dem Feuer holen sollten. Gestützt auf die Türkei und auf den Irak veruche jetzt die englisch-französische Diplomatie, die Entente des Nahen Ostens in ein Kriegsinstrument zu verwandeln, das sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen die Sowjetunion richte. Die „Iswestija“ ist jedoch überzeugt, daß die Völker, die als Kanonensfutter in den Krieg hineingetrieben werden sollen, eine solche Politik nicht unterstützen würden. Das türkische Volk wisse genau, daß es seine Unabhängigkeit mit Hilfe der Sowjetunion erlangt habe. Der Versuch, mit einem Schloß das Gebäude zum Einsturz zu bringen, das sich auf die türkische Unabhängigkeit und die Freundschaft mit der Sowjetunion gründe, werde dem Widerstand der Volksmassen begegnen. Ebenso wüßten die Völker Afghanistans und des Iraks, daß sie im Kampf gegen den englischen Imperialismus ihre Unabhängigkeit nur mit Hilfe der Sowjetunion erlangt hätten.

Die militärischen Leistungen Englands und Frankreichs haben in Moskau bisher nicht recht imponiert. „In den fünfzehn Monaten des Krieges“, heißt es in der gleichen Darstellung der „Iswestija“, „hat die englisch-französische Strategie ihr Versagen gezeigt; das Heer der Alliierten wagt nicht, irgendwelche Angriffe gegen die deutsche Kampflinie zu unternehmen. Die englisch-französische Luftwaffe traut sich nicht trotz allen Bravourstücken, irgendwelche Aktionen gegen die Front und das deutsche Hinterland zu machen. Was aber den Seekrieg betrifft, so haben trotz ihrer quantitativen Überlegenheit die Westmächte auch hier nur ihre Unzulänglichkeit bewiesen.“ Der Nervenkrieg habe sich gegen die englisch-französische Entente ausgewirkt. Die Hoffnungen, die England auf seine Blockade gesetzt hat, hätten sich nicht erfüllt.

Englands Hilfsvölker.

■ Berlin, 15. Februar.

Die Truppen aus Neuseeland, die kürzlich in Ägypten eingesetzt und dort von dem englischen Minister Eden mit einer Ansprache begrüßt worden sind, haben die englische und französische Presse zu neuen Erörterungen über die Ausweitung der Kriegszonen angeregt. Die Frage, wo diese Truppen eingesetzt werden sollten, wird dabei, wie die „Deutsche Diplomatisch-politische Korrespondenz“ ausführt, eindeutig beantwortet:

„In seiner gewohnten Tatkraftigkeit hat zunächst Minister Eden ausgerechnet auf ägyptischem Boden den aus der Ferne herbeigeeilten Truppen versichert, daß es England bei seinem Kriege in erster Linie um die Freiheit der Nationen gehe; eine Behauptung, die in der ägyptischen Umwelt, von einem Engländer ausgesprochen, besonders herausfordernd wirken mußte. Die Aufgabe, die diesen Truppen einmal zu stellen wäre, wurde ihnen und auch der sonstigen Öffentlichkeit bei dieser Gelegenheit in keiner Weise vorenthalten. Schon die Verwendung der Neuseeländer im Weltkrieg sollte die Stoßrichtung anzeigen: den europäischen Südoften. In den Kommentaren der Presse spielen denn auch, wie nicht anders zu erwarten, neben dem Bündnis mit der Türkei die Garantien an Griechenland und Rumänien ihre besondere Rolle. Dabei wird nicht einmal mehr das „defensive“ Moment besonders unterstrichen, dafür mit Mikmut auf eine angebliche „prodeutsche“ Orientierung der Balkanländer hingewiesen und darüber hinaus sogar der Vorteil für England hervorgehoben,

wenn es gelänge, vom Nahen Osten her eine zweite Front gegen Deutschland auf die Beine zu stellen. Um immerhin irgendwie etwas von deutscher Bedrohung verlauten zu lassen, müssen die albernsten Märchen wieder aufgetischt werden von deutschen Truppenkonzentrationen bei Lemberg und in den Erdölgebieten von Galizien, von deutschen Pionieren und Ingenieuren, die die russischen Eisenbahnbesetzungen am Schwarzen Meer, bei Odessa und den Dniester entlang zu organisieren hätten: kurzum das selbe Spiel wie unmittelbar vor der Balkankonferenz.

Die Engländer werden wohl selbst kaum glauben, daß ihr „buntes“ zusammengewürfeltes Heer, das sie im Orient — größtenteils übrigens vertragswidrig in den für friedliche Zwecke reservierten Mandatsgebieten — unterhalten, auf wen auch immer sonderlich furcht- und schreckenerregend zu wirken vermöchte. Das ganze Spiel im Zusammenhang mit diesen Truppenkonzentrationen hat immerhin den Vorteil, daß die Staaten, die es angeht, stets wieder daran erinnert werden, von welcher Seite her die Gefahr droht, daß ihr Land einmal in einen Kriegsschauplatz verwandelt werden könne. Was den Norden anlangt, so vergeht bekanntlich kein Tag, an dem nicht von den Westmächten neue Versuche gemacht würden, um zu einer Verschärfung des Krieges beizutragen und bisher unbeteiligte so zu kompromittieren, daß auch dort die gewünschte Kriegsausweitung möglichst automatisch herbeigeführt wird.

Je länger der Krieg dauert, den die Westmächte gegen das Reich führen, um so mehr stellt sich nun einmal heraus, daß Deutschland die Zeit nicht ungenutzt vorübergehen ließ, daß es vielmehr verstanden hat, alles Notwendige für die Bereitschaft seiner Heere und für die Existenz des Volksganges vorzubereiten und zu organisieren. Offenbar wollen aber die Westmächte sich nicht in das unvermeidliche Fügen, ohne vorher, wie einst Polen, noch einige andere Völker auf dem Altar des französischen und englischen Vaterlandes geopfert zu haben.“

Der Ost-Express (Berlin)

Nr. 43

Die Druckmittel der Westmächte gegen die neutralen Staaten.

Eine Darstellung des Moskauer Armeeblasses.

O.E. Moskau, 20. Februar (Ost-Express)

Die Moskauer Presse beschäftigt sich immer wieder mit dem Druck, den die Westmächte auf die neutralen Staaten ausüben, um sie dem englisch-französischen Kriegsblock gefügig zu machen. Die "Krasnaja Swesda", das Organ des Kriegskommissariats erklärt in diesem Zusammenhang, dass nach der Enttäuschung, welche die Belgrader Konferenz der Balkanstaaten den Londoner und Pariser Staatsmännern bereitet hat, nunmehr die skandinavischen Staaten von den Westmächten besonders aufs Korn genommen würden: "Die neue in Gang gebrachte Kampagne muss man vom Gesichtspunkt beobachten, dass der englisch-französische Plan auf eine Kontrolle über die skandinavischen Staaten hinausläuft. Eine solche zu verwirklichen, ist bisher nicht gelungen. Diese Pläne der Kriegshetzer werden übrigens auch von seiten der Massen der Arbeiter zurückgewiesen, die keineswegs dem englisch-französischen Block als Kanonenfutter dienen wollen." Das Moskauer Blatt sagt dann weiter, dass die Minister in London wie in Paris sehr gern behaupteten, dass die Zeit für England und Frankreich arbeite. Tatsächlich aber entwickle sich der Krieg im Laufe der Zeit keineswegs so, wie die Westmächte es gehofft haben. Der englisch-französische Block "tritt auf der Stelle, da er es nicht wagt, an Deutschlands Westfront ernste Operationen zu unternehmen und dafür bemüht ist, weniger schwierige Kriegsschauplätze zu suchen, von denen aus Deutschland mit Hilfe fremder Hände bekämpft werden könnte. Schon vor dem Beginn des Krieges in Westeuropa hatten die englischen Imperialisten die skandinavischen Länder als einen solchen Kriegsschauplatz ins Auge gefasst. Die "Times" haben seinerzeit erklärt, dass Grossbritannien gezwungen sein könnte, auch die unerbetene Verteidigung eines der skandinavischen Staaten zu übernehmen, soviel auch die Skandinavier von ihrer strikten Neutralität reden mögen. In diesem Programm ist der ganze Sinn der sogenannten Garantien enthalten, welche England den skandinavischen Ländern aufnötigen will. Da diese aber das Schicksal Polens vor Augen haben, so zeigen sie natürlich keine Neigung zum Abschluss von Pakten mit dem englisch-französischen Block." Das Moskauer Blatt kommt zu dem Schluss, dass auch der skandinavische Raum von den Westmächten als Aufmarschgelände gewünscht werde. Das stimme mit dem ganzen Kriegsplan der Westmächte überein, der eben auf eine Erweiterung des Kriegsschauplatzes auf Kosten anderer Völker hinauslaufe.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 51

Neutrale als Hilfsvölker

Berlin, 21. Februar

A. H. In welchem Ausmaß der Überfall im Försingfjord das wohlbedachte Teilstück eines sehr aktiven Feldzuges der ~~Westmächte~~ ~~gegen die neutralen Staaten Europas~~ darstellt, das hat Premierminister Chamberlain in seiner gestrigen Erklärung vor dem Unterhaus mit schonungsloser Offenheit enthüllt. Es erübrigt sich für unsere Zwecke, auf die Lobgefänge einzugehen, die der britische Regierungschef der „wundervoll durchgeführten Operation“ seiner Flotte in Norwegen gewidmet hat. Es kommt uns auf den politischen Kern dieser Rede an, die über alle Maßen klar zum Ausdruck bringt, daß Britannien den europäischen Konflikt um neue Fronten zu bereichern gedenkt, nachdem es ihn am 3. September 1939 vom Baune brach und am 12. Oktober seine Verlängerung unvermeidlich machte.

Von diesem Standpunkt aus gesehen, enthält die Erklärung wichtigste Aufschlüsse über die verborgene Absicht Englands:

1. Die norwegischen Behörden haben laut Chamberlain eine vollständige Gleichgültigkeit gegenüber dem Gebrauch gezeigt, den die deutsche Flotte von ihren Territorialgewässern machen konnte.

2. Norwegens Haltung ist unvereinbar mit einer aktiven und unparteiischen Ausübung der Pflichten eines neutralen Landes gegen die kriegführenden Westmächte.

3. Der Standpunkt des norwegischen Außenministers legalisiert nach englischer Ansicht den Mißbrauch der neutralen Gewässer durch deutsche Kriegsschiffe und schafft eine Lage, die die britische Regierung unter keinen Umständen akzeptieren kann.

Hier wird die offenkundig schiefe Auslegung der geltenden Normen des Völkerrechts mit einer neuen Drohung an den kleinen Staat verbunden, der soeben erst das Opfer einer einzigartigen Gewalttat gewesen ist. Weit entfernt davon, daß London es bei seinem einmaligen Verbrechen bewenden läßt, denkt es bereits an neue Übergriffe gegen europäische Neutralitätsrechte, und es ist eifrig bemüht, seine brutale Strategie mit diplomatischen und juristischen Kniffen vorzubereiten und zu untermauern. Es wird uns damit auch von amtlicher englischer Seite die Vermutung bestätigt, die bereits am Sonnabend geäußert werden durfte, daß nämlich der Überfall auf die „Altmark“ auf das sorgfältigste als

ein Probefall angelegt wurde, der Gewohnheitsrecht nach englischem Piratengeschmack schaffen, also mit dem Mittel der Gewalt die Flotte Großbritanniens zum Polizisten der neutralen Gewässer machen sollte.

Was dies bedeutet, mag ein analoges Ereignis zeigen, das sich kürzlich im diplomatischen Bereich abspielte. Wir meinen die englische Note an die 21 amerikanischen Republiken, die das panamerikanische Verlangen einer Sicherheitszone ausschlug und die Gegenforderung enthielt, daß in dieser panamerikanischen Sicherheitszone deutschen Kriegsschiffen der Aufenthalt und deutschen Handelsschiffen ihre legitime Tätigkeit untersagt werden müsse. Selbstverständlich wollten alle britischen Fahrzeugen nach wie vor als unumschränkte Herren in diesen Gewässern schalten und walten dürfen. Das ist die Freiheit der Meere, wie sie Großbritannien seit den Tagen Drafes verstanden hat. Was man für den panamerikanischen Raum wohl schwerlich wird durchsetzen können, das soll vom kleinen Norwegen mit einer zünftigen Ansamie erzwungen werden.

Der Mißerfolg der britischen Blockade hat die Engländer ohne Frage auf die Strafe eines völkerrechtlichen Verbrechens gewiesen.

Insofern könnte das Ereignis im Försingfjord als eine Spezialbegehung im Ringen um die Herrschaft in der Nordsee erscheinen, die Deutschland seit Beginn des Krieges durch die Selbsttaten seiner Luftwaffe und seiner Seestreitkräfte unumstritten an sich zu reißen mußte. Das aber wäre eine allzu enge Auslegung, die der sehr viel größeren Planung der Westmächte keineswegs gerecht würde. Der Konflikt, den England mit dem norwegischen Staate provozierte, ist nur ein Ausschnitt aus dem diplomatischen Kampfe, den es seit Beginn seiner Einkreisungspolitik und

vollends nach Kriegsausbruch mit zunehmender Schärfe gegen die neutralen Staaten Europas geführt hat. So ist die Forderung nach einer „aktiven“ Ausübung der Neutralität zu verstehen, die Chamberlain zum ersten Male in amtlicher Form erhoben hat.

Dieser Aktivismus, der den neutralen Völkern zugemutet wird, bedeutet in seiner Substanz die politische und militärische Einkreisung friedliebender Nationen in die Front der Westmächte.

Skandinavien und der Südoften sind die beiden Brennpunkte des ganzen Projektes, dessen Verwirklichung den totalen Krieg in ganz Europa bedeuten würde. Schon träumen die französischen Rassehausherrn von einer riesigen Jangenhewegung, die Deutschland und Rußland gleichzeitig von Skandinavien und von der Türkei her umfassen würde. Schweden aber, dessen König eben erst die Neutralität seines Landes in der reinsten Prägung proklamiert hat, wird ein sehr bekannter und im übeln Geruch stehender Körper hingeworfen:

Das Angebot einer Garantie der Westmächte für den Fall, daß es sich durch militärische Unterstützung Finnlands gegen Rußland ver-

wicklungen mit anderen Mächten zugleich würde.

Solche Garantien haben sich zum mindesten in einem Falle bereits als lebensgefährlich für den Garantierten erwiesen. Was aber kann das die Westmächte berühren, solange sie darauf hoffen können, daß sich andere Völker für sie in die Schlacht begeben?

Wir sind durchaus der englischen Auffassung: Mehr denn je gibt es heute die Verpflichtung zu einer aktiven Neutralität. Wir glauben sogar, daß der Aktivismus der Neutralen gegen alle Zumutungen, die ihnen eine Teilnahme am Kriege nahelegen, das Gebot der Stunde ist. Ideelle Beteuerungen einer friedlichen Politik sind nach dem Fall im Försingfjord wohl kaum noch ausreichend. Kleine Staaten bedeuten, wie sich zeigte, wenig, wenn sie nicht nach englischer Pfeife tanzen. Sie sind indessen eine Macht von allererstem Range, wenn sich ihre Unparteilichkeit für die Zukunft darin äußern wird, daß sie denen die Zähne zeigen, die sie in den Krieg heben wollen. Das muß die praktische Auswirkung des ideellen Zusammenschlusses sein, den der englische Piratenstreich zum ersten Male in diesem Konflikt bewirkte.

Die Kriegsausweitungspläne der Westmächte

Finnland und die Türkei im Mittelpunkt der Diskussion in London und Paris — Weggands Mission im Nahen Osten

Nachdem man sich in Paris und London in einer geradezu widerlichen Weise an dem Schurkenreich der „Cossak“-Banditen berauscht hat und neue „Selbstentaten“ nach diesem schändlichen Verbrechen an wehrlosen deutschen Seelenten nicht zu verzeichnen sind, gaukelt man nunmehr der Weltöffentlichkeit eine erhöhte diplomatische und „vorbereitende militärische“ Tätigkeit vor, die, den Behauptungen der Westmächte nach, selbstverständlich in absehbarer Zeit zum völligen Erliegen des Reiches führen muß. Kriegsausweitung heißt die Zauberformel, mit der alle Mühen und Jaghaften in England und Frankreich zu neuer Begeisterung hingerissen werden sollen. Eigentlich unnötig zu erwähnen, daß die Pariser und die Londoner Blätter auf höhere Weisung denn auch gewaltig ins Horn stoßen und das Problem der Kriegsausweitung in seinen groben Zügen als gelöst betrachten.

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß sich die Strategie der Kriegsausweitung von seitens der Westmächte im wesentlichen auf zwei Staaten konzentriert, und zwar auf Finnland und auf die Türkei. Diese beiden Länder scheinen den Verantwortlichen in London und Paris die geeigneten Anknüpfungspunkte für das Entfachen eines Weltkrieges zu sein. Die politischen Folgeerscheinungen, die sich zwangsläufig bei der Erörterung der brutalen Neutralitätsverletzung im Fall „Altmark“ ergeben mußten, haben Gott sei Dank die trüben englischen Absichten in den nordischen Staaten im hellsten Lichte erscheinen lassen.

Welche Bilanz ziehen nun die Engländer für den Norden? Die Londoner Presse aller Schattierungen gibt sehr darüber erschöpfend Auskunft. Man betrachtet danach den „Altmark“-Zwischenfall als wertvollen Beitrag, den Norden zur Aktion gebracht und ihm den „unmöglichen Neutralitätsstandpunkt“ klargemacht zu haben.

Ganz im Sinne der Kriegsausweitungspläne greift man dann die Frage der schwedischen Neutralität besonders auf und versteigt sich zu der Behauptung, wie das zum Beispiel gestern der Unterstaatssekretär Buttler vor dem Unterhaus machte, daß nunmehr gewisse Voraussetzungen nicht mehr gegeben seien, von der der schwedische König kürzlich in seiner bedeutsamen Neutralitätserklärung ausging. Wenn Schweden, so sagte dieser eigenartige Unterstaatssekretär Seiner Majestät, sich nicht an den Artikel 16 der Völkerbundscharta gebunden fühle (der Artikel besagt, daß Völkerbundsmitglieder Hilfstruppen im Auftrage der Genfer Liga Durchmarsch gewähren müssen) so werde man sehr dazu übergehen, die Hilfstruppen für Finnland nicht mit der Genfer Oberhoheit zu belasten. Entsprechende Verhandlungen zwischen Paris und London seien schon im Gange. Im übrigen werde man weiter alle Hebel in Bewegung setzen, im Norden eine wirksame Blockade gegen Deutschland aufzurichten. Die Neutralen bemerken mit Recht dazu, daß man also in nächster Zeit mit neuen britischen Banditentaten rechnen könne.

Bei diesen „gewaltigen Erfolgen im Sinne der Kriegsausweitung“, die angeblich England jetzt im

Norden erzielt hat, ist natürlich Paris nicht untätig gewesen. Voller Stolz berichten die französischen Blätter, daß schon seit einigen Tagen ein Vertrauter des Generalissimus Gamelin, der Oberstleutnant Gantvoard, in Helsinki die Möglichkeiten einer militärischen Hilfeleistung für Finnland in allen Einzelheiten ausarbeitete. Wichtiger aber noch sei die Tatsache, so schreiben heute die Franzosen in größter Aufmachung, daß sich im Schatten der nordischen Neutralitätsdebatten im Orient geradezu alarmierende Vorgänge ereignet hätten, die ebenfalls in den Bereich der Kriegsausweitung gehören.

Der Name Weggand füllt ganz plötzlich wieder sämtliche französischen Zeitungsspalten. Man spricht von einer Orient-Armee, die gerade jetzt Verstärkungen erhalten habe. Der Pariser Korrespondent der „Times“ steht im Eifer des Gefechts schon die Russen vom Kaukasus aus nach Moskau und Persien vorstößen. Zur Abwehr müßten viele Teile der Weggand-Armee eingesetzt werden, einer Armee, die nach „Popolo di Roma“ nur als Geisterarmee besteht und statt der sagenhaft modernen Ausrüstung und Bewaffnung lediglich über ein Hauptquartier in Beirut verfügt.

Eines haben die Franzosen mit dieser lächerlichen Weggand-Propaganda allerdings schon erreicht. Sie haben die Aufmerksamkeit der Türkei merklich erhöht. Abgesehen von dem Bündnisvertrag zwischen Ankara und den Westmächten hat jetzt die Türkei einen gewünschten Schritt weiter getan und das Landesverteidigungsgezet in Kraft treten lassen. Damit hat die türkische Regierung die Handhabe erhalten, die gesamte türkische Wirtschaft den militärischen Erfordernissen anzupassen und die Ein- und Ausfuhr völlig zu kontrollieren. In welcher Richtung diese ganzen Maßnahmen in der Türkei zu verstehen sind, besagen verschiedene Meldungen aus Paris, daß eine starke Gruppe von

französischen und englischen Ingenieuren, Festungsbauachverständigen und Offizieren, die alle dem Stabe der Armee Weggand angehören, ebenfalls zu Verteidigungsarbeiten in der Türkei eingesetzt worden sind.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 54 - A -

Hilfeschrei an die Neutralen

Meldung unseres Vertreters

bg. Genf, 23. Februar

Es erregt Verwunderung in der französischen Öffentlichkeit, zu hören, daß neutrale Staaten von den Westmächten aufgefordert werden, ihre „gefällige Haltung“ gegenüber Deutschland einzustellen, weil sonst die Westmächte in ihrer Kriegsführung entscheidend behindert würden. Die französische Propaganda hatte doch bisher immer erklärt, daß „Deutschland von der Welt abgeschnitten sei und daß es infolgedessen untergehen müsse angesichts der gewaltigen Reserven, über die die Westmächte verfügen.“ Statt dessen hört die französische Öffentlichkeit die seltsamsten Klageöne und Drohungen aus Paris und London an die Adresse der Neutralen, die sich so anhören, als ob die Westmächte ohne die Mitarbeit der Neutralen keine Aussicht mehr auf Erfolg sähen. Diese Aufforderungen nehmen nicht nur drohenden Ton, sondern häufig auch geradezu den Charakter schwächlicher Hilferufe an, wie beispielsweise der an die Neutralen gerichtete Artikel des „Matin“, in dem es heißt: „Frankreich und England sind zwar entschlossen, die Fenster Europas zu vernichten, aber die Neutralen müßten sich untereinander helfen, vor allem aber denen helfen, die die Neutralen retten wollen.“ Die Überschrift in fetten Lettern des groß aufgemachten Artikels im „Matin“ lautet: „Daß doch die Neutralen endlich diejenigen unterstützten, die die Neutralen retten wollen!“

In der Kampagne um die Haltung der Neutralen wird in Paris besonders auf die Lage im Nahen und Fernen Orient hingewiesen. Schon seit mehreren Tagen wird immer deutlicher von der Möglichkeit „neuer Entwicklungen“ in dieser Gegend gesprochen, und man stellt immer stärker in den Vordergrund die militärischen Maßnahmen, die die Türkei mit Unterstützung der Westmächte durchführt. Von Zeit zu Zeit werden alarmierende Gerüchte über russische Absichten im Orient verbreitet. Gleichzeitig heißt es, daß „General Weingand mit seiner Armee nur noch auf das Zeichen zum Einsatz warte.“ Es ist auffällig, daß diese Orient-Kombinationen die Aufmerksamkeit von den Vorgängen im nördlichen Raum und im Finnland-Konflikt zeitweilig ablenken.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 104

Französische Wünsche.

**Hilfe für Finnland — Erweiterung der
Kriegsschauplätze.**

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 26. Februar. Der Kampf der Westmächte um die skandinavischen Länder, der seit dem 17. Februar, als der britische Zerstörer „Cossack“ norwegische Hoheitsgewässer verlegte, in ein verschärftes Stadium getreten ist, erfährt durch die Konferenz von Kopenhagen nur scheinbar eine Unterbrechung. Der moralische und propagandistische Druck verstärkt sich noch, mit dem man auf die Beschlüsse dieser Konferenz einzuwirken sucht. Schon seit dem vorigen Donnerstag verbreitet der französische Rundfunk in seinen ausländischen Sendungen eine offiziöse Note des Inhalts, Norwegen habe seit der Angelegenheit der „Altmark“ sein Vorrrecht, selbst über die Verteidigung seiner Hoheitsgewässer zu wachen,

eingebüßt. Die Alliierten könnten nicht länger dulden, daß die norwegischen Gewässer den Interessen Deutschlands dienen. Die Note fügt ganz unverhohlen hinzu, daß es sich im Grunde um die Frage des Eisenerzes handele. In ähnlicher Weise wird gegen Schweden vorgegangen. Das zeigt eine Havas-Meldung über die Schwierigkeiten, auf welche die Hilfsaktion der Alliierten für Finnland stößt. „Diese Schwierigkeiten“, so heißt es in der Meldung, „betreffen kaum die Materialsendungen, die übrigens ständig im Wachsen sind, wohl aber den Transport der Freiwilligen. Ihre Zahl scheint nämlich im umgekehrten Verhältnis zu der Schnelligkeit zu steigen, mit der die Durchgangskontrolle in den nordischen Ländern vorgenommen wird. Die skandinavischen Staaten zeigen sich in der Tat aus offenkundiger Ueberlegung der Vorsicht, die ihnen auferlegt worden ist, wenig geneigt, mehr als eine bestimmte Anzahl Freiwilliger aufzunehmen. Diese Anzahl geht, wie man annimmt, gegenwärtig nicht über hundert Mann je Tag hinaus.“ Havas gibt zu, daß die Regierungen von London und Paris

sich darum bemühten, eine Lockerung dieser Freiwilligenkontrolle von Schweden und Norwegen zu erreichen, und fügt die Versicherung bei, daß sie ihren Einfluß darüber hinaus nicht ausnützen würden. Das klingt wenig glaubwürdig, wenn man die Begleitmusik der französischen Presse zu der Kopenhagener Konferenz hört. So sagt die Zeitung „Ordre“, die skandinavischen Außenminister hätten sich darüber zu entscheiden, welche Haltung sie einnehmen sollen im Falle, daß Frankreich und England ihre Hilfe für Finnland ausdehnen und versuchen würden, sie unmittelbarer zu gestalten. Ähnliche Töne kommen aus England. Eine Belga-Meldung aus London spricht von mehr oder minder nahen militärischen Ereignissen, sei es im äußersten Norden, sei es in der Gegend des Schwarzen Meeres. „Biemlich allgemein, wenn auch noch unbestimmt, verbreitet sich das Gefühl, daß die Kriegführung der Alliierten binnen kurzem in eine aktivere und entschlossenerere Phase treten werde. Diese Entschlossenheit wird sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet ausdrücken, und es erscheint schon jetzt als sicher, daß eine strengere Kontrolle über die deutsche Ein- und Ausfuhr, welches auch immer ihr Ursprung und ihr Bestimmungsort ist, ausgeübt wird.“ Das alles bedeutet eine neue Verstärkung des Wunsches, den Krieg in noch mehr Länder als bisher zu tragen.

Il Popolo d'Italia (Mailand)

Nr. *61*

Londra e Parigi non rinunziano alla speranza di aggiogare i Paesi neutri al proprio carro

I vantati voli degli aviatori britannici su Berlino non sarebbero altro che frutto di un'allucinazione

Berlino 29 febbraio

I gerarchi del regime nazional-socialista continuano a svolgere la loro instancabile attività. Ieri il ministro della Propaganda ha pronunciato un discorso a Münster, capitale della Vestfalia, ed oggi i giornali pubblicano il testo della interessantissima esposizione, nella quale Goebbels fra l'altro ha reso di pubblica ragione l'imponente partecipazione di gerarchi e di gregari nazisti alle operazioni belliche, e ha comunicato le cifre dei gerarchi caduti durante la campagna di Polonia. Ha quindi riaffermato la indefettibile volontà di vittoria che anima il popolo tedesco, proprio nello stesso salone del Municipio di Münster dove nel 1648 veniva sanzionato il servaggio della Germania con quel Trattato di pace di Vestfalia che, spesso, la stampa occidentale vorrebbe far rivivere in edizione riveduta, corretta e aggravata.

Il capo dell'Ufficio Stampa del Reich, sottosegretario Dietrich, pronunciando un discorso a Wiesbaden in occasione di un'adunata della stampa germanica, ha riaffermato che l'unione e la volontà sono le colonne che sostengono il destino della Germania. L'oratore ha detto che compito della stampa germanica è oggi la difesa e il rafforzamento di queste basi. In seguito, dopo avere illustrato le fasi della guerra a base di menzogne che gli avversari conducono contro il Reich, ha affermato che alle parole dei nemici la Germania oppone la spada impugnata con mano ferrea, e ha concluso ribadendo che la realtà è una sola, e cioè la decisione incrollabile della Nazione di gettare sul piatto della bilancia la sua solidarietà e la sua volontà sino alla vittoriosa conclusione, a onta di tutta la propaganda di menzogne e di odio dell'avversario.

Commentando un articolo dello *Yorkshire Post*, noto organo di Eden (il «bellocchio», «l'indimenticabile sanzionista», come viene comunemente chiamato in Germania), articolo che reclama, a guerra finita, la costituzione di un tribunale che dovrebbe giudicare gli aviatori e gli equipaggi dei sommer-

gibili germanici, la stampa tedesca scrive che purtroppo il giornale inglese non si diffonde sulle caratteristiche di tale tribunale; tuttavia si ha ragione di credere che si dovrebbe trattare di un perfetto tribunale inglese, sul tipo di quelli che ora si esercitano a condannare i patrioti irlandesi.

«Quale sarebbe il destino dei valorosi combattenti tedeschi? — scrive la *Börsen Zeitung am Mittag*. Si può sin d'ora immaginare la loro fine, ove si pensi al destino di Barnes e di Richard».

Una nota ufficiale della *Corrispondenza diplomatica e politica* fa constatare ancora una volta che tanto Londra quanto Parigi non hanno messo da parte la speranza di estendere ad altri teatri la guerra contro il Reich. Alla delusione di Belgrado si è ora aggiunta quella di Copenaghen. Che le Potenze occidentali rimangano tenacemente ancorate al disegno di aizzare le Nazioni nordiche approfittando delle possibilità che può offrire il conflitto finno-sovietico, lo dimostrano i colpi di spillo con i quali specialmente la stampa francese punzecchia gli Stati scandinavi.

La *Corrispondenza* fa rilevare che, in assenza di possibilità nel sud-est europeo, la reazione dell'avversario aumenta di attività nel vicino Oriente. Mentre nel nord viene prospettata ai neutrali la necessità di coalizzarsi in tempo contro il grande pericolo russo, nel vicino Oriente si prospetta a quei popoli l'impotenza russa, e si diffonde la leggenda di istruttori tedeschi inviati in fretta e furia per riparare alle deficienze dell'Armata sovietica del Caucaso.

A nord si vuol suscitare il timore, a sud l'appetito: in tal modo si tenta di guadagnare alla propria causa altri popoli che possano versare il loro sangue per la grande causa della demoputocrazia.

«Ciò dimostra — continua l'articolo — che la politica delle Potenze occidentali, iniziata con il tradimento ai punti di wilsoniana memoria e continuata sino ai nostri giorni attraverso la commedia ginevrina, altro non è che la politica del più arido egoismo. Svuotati di con-

tenuto i luoghi comuni della «santità dei trattati» della «difesa dei deboli», ecc., i neutrali dovrebbero finalmente comprendere che le Potenze occidentali ad altro non mirano che ad aggiogarli al loro carro».

Mentre fervono le polemiche degli opposti servizi di propaganda, e mentre scorrono fiumi d'inchiostro, i comandanti dei sommergibili tedeschi non stanno con le mani in mano: un comunicato straordinario diramato nelle prime ore del pomeriggio informa infatti che il capitano di corvetta Werner Hartmann, rientrato da una crociera, la seconda compiuta con il suo sommergibile, ha fatto rapporto di avere affondato 45 mila tonnellate di navi da carico avversarie. Calcolando anche il tonnellaggio affondato durante una precedente crociera, questo sommergibile ha affondato complessivamente ben 80 mila tonnellate di naviglio mercantile avversario.

I giornali tedeschi dedicano ironici commenti alle dichiarazioni britanniche secondo le quali apparecchi inglesi avrebbero ripetutamente sorvolato la scorsa notte Berlino, lanciando manifestini e scendendo a bassa quota senza che la difesa antiaerea sia entrata in azione. Si citano, a questo proposito, le informazioni diramate alla stampa belga dall'ambasciatore inglese a Brusselle nelle quali è detto, tra l'altro, che volando ad altissima quota, gli aviatori britannici nelle loro incursioni notturne sul Reich, soffrono fortemente per la mancanza di ossigeno, mancanza che provoca una grande stanchezza e altera persino le funzioni del cervello. «Ecco, dunque, la spiegazione, scrivono i fogli berlinesi, di questi famosi voli britannici sulla capitale del Reich. Essi non sono altro che frutto di allucinazioni».

I giornali mettono poi in rilievo che nell'odierno bollettino tedesco si constata come apparecchi inglesi siano penetrati in territorio tedesco violando nuovamente la sovranità aerea dell'Olanda. La «*Börsen Zeitung*» afferma non esservi dubbio che gli aviatori britannici operano secondo le precise istruzioni dei loro comandi.

Filippo Bojano

1. März 1940

Il Sole (Mailand) 52

Nr.

Fra politica e storia

Documenti di una responsabilità

La stampa franco-inglese, sulla falsariga dei discorsi e degli scritti degli uomini responsabili dei loro Paesi, affetta in questi tempi di dimenticare venti anni di storia, per allontanare da sé la responsabilità della storia inesorabile. Vana fatica, in un mondo in cui persino i popoli vanno acquistando la virtù della memoria. E se la memoria dovesse fallire, non mancano dei documenti che sono altrettanti atti di accusa.

Basta, ad esempio, scorrere i volumi degli « Scritti e discorsi » del Duce, per vedere come, sin dal primo momento, egli abbia rilevato, con l'acuta sensibilità politica che lo distingue, dove fosse errore e dove colpa e tutto abbia con aperta parola denunciato, presagendo, punto per punto, lo svolgersi degli avvenimenti che assumevano, nella sua mente profetica, certezza fatale. L'ingiustizia di Versaglia e la trista, non ancor conclusa, commedia di Ginevra, la necessità improrogabile di cancellare l'una e l'altra vergogna dalla storia europea, per impedire una più vasta tragedia, sono stati dal 1919 ad oggi i punti orizzontali della politica estera di un Uomo che, nel pensiero della grandezza del suo Paese, non ha dimenticato mai l'Europa, come, in una politica dinamica e rivoluzionaria, non ha mai deviato dalla grande via maestra del buon senso e della realtà.

Il 5 maggio 1919, quando ancora si stava discutendo il Trattato di Ginevra era in gestazione, Benito Mussolini, avendo sentito parlare di un'alleanza, che si stava trattando fra le tre democrazie plutocratiche, Francia, Inghilterra e Stati Uniti (considerate che l'Italia era tuttora una democrazia, la sola che non fosse plutocratica e misurerebbe tutto il valore politico e morale dell'azione alleata) constatava sul suo giornale che la Società delle Nazioni, in tal modo, prima di nascere « è completamente liquidata »; e aggiungeva: « L'umiliazione morale inflitta all'Italia è atroce. La Francia si affida all'aiuto americano e dimentica quello che potrebbe venire dall'Italia. L'aiuto americano è lontano e non sarebbe efficiente prima di quattro o cinque mesi; mentre l'aiuto italiano potrebbe pesare sui campi di battaglia entro tre settimane ». E concludeva che, poiché l'alleanza plutocratica e borghese ci ignorava, da quel punto la politica estera dell'Italia doveva volgersi altrove. Al tradimento si risponde dunque con la serena constatazione di uno stato di fatto: non noi lo abbiamo voluto. Sin da questo primo documento appariva quanto ipocrisia sia la meraviglia di certa gente di fronte al mutamento di rotta dell'Italia, avvenuto soltanto dopo un altro decennio di paziente attesa e di triste esperienza.

Il Trattato fu fatto tra compari e imposto ai vinti e, dopo quello di Versaglia, i minori di San Germaino, del Trianon, di Neuilly, di Sevres. Un tessuto di ignoranza e di errori da far spavento a chi li esamini non diciamo alla luce della politica, ma a quella della geografia, della storia e del più elementare buon senso. Le piccole Nazioni, incantate al miraggio della difesa collettiva, acconsentono a costituire la maggioranza « parlamentare » di Ginevra, in tutto simile a quella po-

litica dei parlamenti democratici, legata cioè dai ricatti economici e dalle clientele. Ma Mussolini, l'11 novembre del 1920, commentando gli orientamenti teorici e postulati pratici del Fasci Italiani di Comunità, che sentono da cima a battimento, che sentono da cima a fondo l'unguita del leone, proclama che il « Trattato di Versaglia deve esser riveduto e modificato in quelle parti che si appalesano inapplicabili o la cui applicazione può essere fonte di odi formidabili o di nuove guerre ». Il capo del Fascismo non crede alla vitalità dei principi su cui i « vincitori » intendono di fondare la nuova Europa (è semmai « nuova » questa vecchia Europa politica e smaschera arditamente il velo) e lo sfruttamento della massima parte del mondo. Nessuno può legare la Storia al proprio destino, senza offendere Dio e la Natura. Si può rispettare, anche se non ci si rispetta, l'idea del « disarmo » sin che è professata in buona fede; essa diventa un delitto, il giorno che se ne impongono gli effetti ai « vinti », ne assumono solenne impegno — e tradendolo — di applicarlo a sé e pretendere in tali condizioni di presentarsi all'Assemblea di Ginevra come un Parlamento di eguali. Qui la falsità dei principi democratici raggiunge il colmo dell'impudenza e dell'ipocrisia.

Da allora Versaglia è il suo « delenda Carthago »; su Ginevra egli tira come su un pupazzo dei racconti da fiera. « I Trattati di pace devono essere riveduti » (6 febbraio 1921, a Trieste); e, dopo l'ascesa al potere: « Nessun Trattato ha mai resistito a nuove condizioni di fatto, maturatesi nel corso del tempo » (16 febbraio del 1923).

Gli Alleati erano abituati a considerare come prescritti i diritti non rivendicati in tempo e, a rivendicarli, essi sapevano che l'Italia, sino all'Ottobre del 1922, non aveva avuto né la forza, né la dignità necessarie; nei nostri riguardi, quindi, anche dopo quell'epoca, ebbero di per programma di rifugiarsi in un ostinato silenzio o, appena la nostra azione diplomatica accennava a stanarli dal comodo rifugio, essi opponevano un aprioristico rifiuto: credevano in tal modo di sfuggire nei nostri riguardi, come in quelli delle altre vittime, alle loro nette e precise responsabilità.

Nella « Risposta al discorso della Corona » dopo le elezioni del 1924, il Capo del Governo così si esprime: « Bisogna vigilare perché vi siano Trattati che furono fatti con uno spirito che non può essere il nostro; perché i Trattati si fanno con la spada in pugno o secondo giustizia e non si è fatta né l'una né l'altra cosa ». Questo è stato forse il colpo più duro, non accusato se il colpo più duro, non accusato ma avvertito, dell'inesorabile campagna mussoliniana; quello per cui si rinfacciava la vittoria non conseguita e quindi il diritto mancato a una pace imposta; e l'incapacità morale di fare giustizia, che è il « fundamentum regni », cioè il pri-

mo segno di attitudine a governare i popoli secondo la legge di Dio. « Siete fuori questa legge: rientrateci », ammoniva la franca parola del Veggente.

Nel 1928, dopo un periodo di raccoglimento, tutto dedicato alla struttura interna del Regime, riprende l'espansione politica mondiale dell'Italia. La politica revisionista, che porta con sé la necessità di cancellare tutta l'ignominiosa politica di egoismo economico instaurata dalle tre Nazioni plutocratiche (ora che ne vedono l'effetto di ritorsione stirlano contro l'autarchia e invocano la libertà degli scambi!), è messa esemplarmente in pratica dall'Italia verso l'Ungheria. Dal banco di de-

putato Mussolini aveva pronunciato la famosa frase: « I Trattati non sono eterni », ed ora riafferma il principio che va contro la pretesa mostruosa di cristallizzare a proprio vantaggio la storia (« L'umanità avrebbe subito un processo di mummificazione, in altre parole sarebbe morta ») e offre all'avvillimento e all'esasperazione del nobile popolo di Santo Stefano, la vittima più « mortificata » della guerra mondiale, una speranza e una ragione di vita. Che cosa importava a Francia e Inghilterra che un popolo visse o morisse, quando le vie della terra, le materie prime e la produzione erano controllate e Ginevra, ammirata, applaudiva?

Proprio in quel discorso parlamentare, il Duce lanciava sull'Europa la sua profezia: tra il 1935 e il 1940 l'Europa si troverà a un punto interessante e delicato della sua storia. « In quel periodo di tempo da me individuato, verranno, in seguito allo svolgimento stesso dei Trattati di pace, a maturare talune condizioni le quali determineranno una nuova fase importante nella situazione tra i diversi Stati d'Europa. Sorgeranno particolari problemi che potranno essere risolti dai Governi in linea pacifica, come lo sinceramente mi auguro. Complicazioni gravi saranno evitate se, rivedendo i Trattati, si darà nuovo e più ampio respiro alla pace ».

Questa chiara concezione revisionista e « pacifica » mussoliniana era completata dalle parole pronunciate dinanzi al popolo napoletano: « Nell'apparato economico del mondo contemporaneo c'è qualcosa che do contemplare e forse spezzato ». Ma a Ginevra, a Parigi e a Londra non si pensava così; trionfavano gli uomini che seminavano la discordia e preparavano la guerra, quelli stessi che sembravano avere l'incarico di attraversare la strada dell'Italia ad ogni passo, gli uomini della Piccola Intesa, che faceva capo a Praga e preparava malanni a sé e all'Europa.

Malgrado ciò, alcuni saggi sorgevano qua e là anche nelle Nazioni plutocratiche ad ammonire: « L'idea revisionista è in marcia e non sarà il fragile baluardo di un protocollo ad arrestarla », diceva serenamente il Duce, all'indomani di un allarmato ordine del giorno della Piccola Intesa ispirato da Benes. Col Patto a Quattro sembra aprirsi uno spiraglio nel muro della negazione dogmatica; i « nuovi ricchi » ritengono opportuno esser più prudenti; Ginevra si tace e a Praga, a denti stretti, si ammette il concetto della revisione a determinate condizioni.

Ma non è che un'illusione; all'indomani della conclusione del Patto, si apre una furibonda campagna di stampa tanto a Parigi quanto a Londra con lo scopo di giustificare il tradimento dei Governi (anche questi giochi sono possibili in regime democratico!) i clienti riassumono l'antica baldanza e a Ginevra si riprende la commedia, dopo aver tirato un gran respiro. Infatti, per tutta questa gente sarebbe stata la fine!

wenden.

Col tradimento del « Patto a Quattro », conclusione di una serie di azioni simili che costituiscono un vero rosario — Londra, San Giovanni di Moriana, Versaglia, ecc. — Parigi e Londra hanno deciso definitivamente per la guerra; la storia dirà se avendone o no coscienza. Quanto è avvenuto dopo è storia di ieri. I franco-inglesi rifiutavano così di costruire l'Europa sulla sola base possibile di convivenza e dichiaravano di volere mantenere il sopruso, carpito a Versaglia; nei riguardi dell'Italia in particolare dichiaravano esplicitamente il loro rifiuto a una politica di accordo. Eppure l'Italia diede prova ancora di pazienza nella primavera del 1935; dinanzi all'evidenza si decise ad agire, pur senza toccare gli interessi dei suoi ex-alleati. Questi le misero alle calcagna i loro piccoli vetri affamati, tenuti alla catena di Ginevra.

Non si tratta qui di affermare, ora che l'irreparabile è avvenuto, e che quanto segue da allora ci ha fatto piacere; si tratta soltanto di stabilire che di tutto essi hanno intera e tremenda la responsabilità.

LEO POLLINI

Seidlitz
9.3.40

Der Streit um die Neutralen geht weiter.
(Le lautte autour les neutres continue.)

Europe nouvelle, Paris. No.1 151 v. 2.3.40 (Pertinax)

Die "Altmark"-Affäre ist noch nicht abgeschlossen. Hoffen wir, dass unsere englischen Freunde sie bis zu ihrem logischen Ende führen: der Kontrolle der norwegischen Hoheitsgewässer. Verschiedene Kreise glaubten in der Rede Chamberlains vom 24.2. ein Zurückweichen feststellen zu können, das der Premierminister gesagt hat, dass Grossbritannien "nur einen einfachen technischen Bruch der Neutralität" begangen habe. Trotzdem braucht man, wie man uns versichert, in diesem Ausdruck keine Tendenz zur Verkleinerung der Frage zu erblicken.

Die Zeit des Entgegenkommens, das den Neutralen im Dezember, als Frankreich und England sich entschlossen, gegen die Anwendung magnetischer Vergeltungsmassregeln zu ergreifen und ein Embargo über die deutschen Ausfuhren zu verhängen, eben auf Drängen der Neutralen gewährt wurde, geht ihrem Ende entgegen. Aber selbst wenn wir die Seekriegsführung ändern würden, würden wir zu keinem erfolgreichen Ergebnis kommen. Auf Grund unserer Zugeständnisse wurde jeder Neutrale eine andere Behandlung erfahren, je nach den besonderen Umständen jedes einen oder anderen Landes. Wir würden der Anklage, unser eigenes Gleichgewicht nicht halten zu können, nicht entgehen. Schon beklagen sich die Vereinigten Staaten, dass Italien sich im Vergleich zu ihnen einer bevorzugten Behandlung erfreue. Nur die Inkraftsetzung einer allgemeinen Regel wird Meinungsverschiedenheiten dieser Art ein Ende bereiten. Die augenblickliche Regelung der englisch-französische Kontrolle stellt sich im Vergleich mit unseren Absichten als ungenügend heraus. Z.B. haben die Deutschland benachbarten Staaten in der Zeit von September 1939 bis Januar 1940, d.h. die "wirtschaftlichen Schwärme unter dem starken Druck Deutschlands von den Vereinigten Staaten waren bezogen, die ihre Ankäufe in den 4 entsprechenden Monaten des Jahres 1938 um 4 Milliarden francs übersteigen. Das erstaunt uns nicht. Wir haben noch nicht den Mut gehabt, die Methode der Kontingente, die im letzten Krieg erfunden wurde, an-

zuwenden: Die Begrenzung dessen, was die Neutralen einzuführen berechtigt sind, nach den Zahlen des "normalen Handels", d.h. vor Beginn der Feindseligkeiten. Wir geben uns in jedem Falle damit zufrieden, festzustellen, wohin die Ware geht. Diese Grosszügigkeit ist ein Fehler. Wir können das Ziel nur erreichen, wenn wir es im grossen anfassen und nicht im Kleinen.

„Gallipoli“-Politik in anderen Formen.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

✱ Berlin, 8. März. Bei den Bemühungen der Westmächte, die Kriegszonen zu erweitern und mit einem neuen politisch-strategischen Plan an der nördlichen oder südöstlichen Flanke Deutschlands durchzubrechen, spielt der Versuch, die Türkei in einen Konflikt mit Sowjetrußland zu verwickeln, eine besondere Rolle. Die türkische Regierung hat freilich in der letzten Zeit deutlich erkennen lassen, daß sie nicht geneigt ist, diesen Versuch zu unterstützen und sich im Interesse der Westmächte in ein politisches Abenteuer zu stürzen. Mit den Fragen, die sich dabei aufdrängen, beschäftigt sich heute die „Deutsche Diplomatisch-politische Korrespondenz“. Sie verweist dabei zunächst auf die letzten Mißerfolge, die die hartnäckige Einkreisungspolitik der Westmächte auf der Balkankonferenz in Belgrad und später auch bei den skandinavischen Staaten erleben mußte. Sie fährt dann fort:

„Es kann gewiß nicht geleugnet werden, daß gegenüber den übrigen Staaten, die samt und sonders keine Lust verspüren, sich für England aufzuopfern, die Lage der Türkei eine schwierigere ist. Die Türkei ist nun einmal die Verbündete der Westmächte, und aus diesem Verhältnis ergeben sich naturgemäß zum mindesten gewisse Rücksichten. Gewiß ist im Pakt von Ankara der Bündnisfall selbst genau umschrieben und umgrenzt; ja, es sind darin Sicherungen vorgeesehen, damit die Türkei keinesfalls in die Lage gebracht werden kann, namentlich mit Rußland in einen Streit zu geraten. Aber selbst dieser Pakt scheint England und Frankreich wegen seiner einschränkenden Bestimmungen nicht zu genügen; sie sehen darin offenbar nur den Ausgangspunkt für weitere Bemühungen diplomatischer und anderer Natur, mit denen die Türkei, über den Rahmen des ausdrücklich Vorgezeichneten hinaus, jenseits der türkischen Lebensinteressen in den Dienst der franko-britischen Kriegsführung gestellt werden soll. Man sucht im Südosten nicht nur nach Möglichkeiten, die Türkei irgendwo, nicht etwa defensiv, sondern aktiv, gegen das Reich einzuschieben.

Mangels direkter Verührungsmöglichkeiten mit Deutschland sucht man — als ob es selbstverständlich wäre — auf indirektem Wege, und zwar über die Sowjetunion, Deutschland zu treffen. Während die Meerengen für die Flotte der Westmächte einen günstigen Stützpunkt abgeben sollen, muß Ost-Anatolien zur Verfügung stehen, um die russische Erdölzufuhr nach Deutschland zu unterbinden — Pläne, die ohne die Unterstellung eines türkischen Angriffs gegen Sowjetrußland nicht zu verwirklichen wären.

Es ist kein Wunder, wenn solche Stimmen, die sich auch in der englischen Presse mit immer härterer Eindringlichkeit in diesem Sinne erhoben haben, allmählich auch in der Türkei gewisse Bedenken auslösten. Bemühungen der Westmächte, über die Dardanellen zur Durchfahrt nach dem Schwarzen Meer verfügen zu dürfen, um den völkerrechtswidrigen Blockadefrieg auch dort hineinzutragen, sind begreiflicherweise in der Türkei, unter Hinweis auf die einschlägigen Vertragsbestimmungen, nicht auf Verständnis gestoßen. Da ferner die einstimmig angenommene Friedentschließung in Belgrad, was die Türkei anlangt, im Westen offenbar nicht verstanden werden wollte, hielt es der türkische Ministerpräsident für angemessen, „angesichts einer gewissen ausländischen Stimmungsmache“ sich dagegen zu verwahren, daß die Türkei Angriffsabsichten gegen Rußland hege. Ihre Verpflichtungen nach außen hin seien durch die Verträge genau umrissen.

Der unheilige Eifer, mit dem die Westmächte sich heute mehr denn je nach neuen Kriegsschauplätzen umsehen, und die Tatsache, daß sie durch brüskes Provokieren Italiens die Beunruhigung bewußt auch in den Mittelmeerraum hineintragen, muß die Türkei nachdenklich stimmen. Bestünde nicht die Absicht der Westmächte, die „Gallipoli“-Politik in anderen Formen wieder zu beleben, so könnte gewiß die Türkei mit Befriedigung feststellen, daß im Laufe des vergangenen Jahres zahlreiche ihrer Befürchtungen sich als unbegründet erwießen und damals akut erscheinende Spannungsmomente sich inzwischen längst aufgelöst haben.“

Der Ost-Express (Berlin)

Nr. 61 - -

Lehren des Krimkrieges.

(O.E.) Die Anstrengungen des englisch-französischen Kriegsblocks zur Geöffnung neuer Kriegsschauplätze in Nordeuropa, auf der Balkanhalbinsel und in Vorderasien werden in der Moskauer Presse mit ähnlichen, wenn auch nicht so weit ausholenden Machenschaften Englands und Frankreichs im Krimkriege verglichen. Auch damals hätten diese Mächte versucht, Schweden gegen Russland aufzuhetzen, auch damals musste die Türkei für ihre Pläne herhalten. Ein genaues Studium des Krimkrieges und seiner Begleiterscheinungen sollte aber den Westmächten klarmachen, dass trotz der damaligen Eroberung von Sebastopol Russland keineswegs wirklich niedergewungen werden konnte. Obgleich die englischen Diplomaten damals viel bedeutendere Köpfe in ihren Reihen zählten, als heute, so hätten sie doch Schweden nicht in das englische Netz einspannen können und der formale Sieg über Russland, der auch nur dank der Beteiligung Napoleons III. am Kriege errungen werden konnte, habe England keinen wirklichen Gewinn gebracht.

Nieuwe Rotterdamse Courant

Nr. 135

Aansporingen van Chamberlain en Daladier

Chamberlain heeft gisteren met gemak zijn pleit in het Lagerhuis gewonnen. Dit zal wel aan drie factoren zijn toe te schrijven. In de eerste plaats heeft de premier zich ditmaal niet bepaald tot min of meer vage algemeenheden, maar een uitvoerige uiteenzetting gegeven van alles, wat Engeland tot steun van Finland heeft gedaan en dat waarschijnlijk meer is, dan velen vermoed hadden. Daarbij heeft hij ook nog verklaard, dat de regering bereid was geweest het zeer groote risico, verbonden aan een interventie, op zich te nemen, mits Finland zulks gewenscht zou hebben. De tweede factor was, dat hij de juistheid erkende van de critiek der oppositie inzake de steenkoolproductie en het transportwezen, waarbij hij beloofde zoo noodig veranderingen te zullen aanbrengen in de regeeringsinstellingen. De derde en verreweg belangrijkste factor was echter zijn verzekering aan het slot, dat men niet bevreesd behoeft te zijn, dat de regering gereedelijk vredesvoorstellen zal aannemen, welke niet in overeenstemming zijn met de vredesidealen, waarvoor Engeland den oorlog is ingegaan. Met deze slotwoorden nam hij de vrees voor wat men in Engeland en Frankrijk als een „Duitschen vrede" heeft betiteld, weg.

Daladier moet het in de geheime zitting van de Fransche kamer heel wat moeilijker gehad hebben dan Chamberlain in het Lagerhuis. Wel heeft hij aan het slot een motie van vertrouwen gekregen met slechts een stem tegen, maar het aantal onthoudingen was zoo groot, dat het gevoegd bij het aantal afwezigen de meerderheid van de Kamer uitmaakte.

Uit de stemming in den Senaat was al gebleken, dat de meerderheid van de Fransche volksvertegenwoordiging een krachtiger beleid wenscht en van oordeel is, dat dit beleid alleen kan worden verkregen door een herziening van het ministerie. De Kamer heeft zich bij deze opvatting aangesloten en het resultaat is het aftreden van het kabinet. Deze loop van zaken was te voorzien en men zou zich kunnen afvragen, waarom Daladier niet voor de Kamerzitting zijn ministerie hervormd heeft. Het antwoord zal wel zijn, dat hij zijn ministers de gelegenheid tot verantwoording heeft willen laten en niet den schijn heeft willen wekken op den loop te gaan, voordat de slag geleverd was.

Het aftreden van het kabinet na de Kamerzitting biedt den formateur van het nieuwe kabinet de gelegenheid met de wenschen, welke in de volksvertegenwoordiging tot uiting zijn gekomen, rekening te houden. Dat die formateur opnieuw Daladier zal zijn, schijnt wel vast te staan, evenals dat Reynaud, die zich een vertrouwd behoeder der financiën betoond heeft, met hem zal aanblijven.

De overwinning van Chamberlain en de nederlaag van Daladier hebben tenslotte de zelfde strekking; zij leggen beide getuigenis

af van den wil der geallieerde volken, om den oorlog met kracht voort te zetten en niet te wijken, voordat de voornaamste oorlogsdoel-einden, welke zij zich gesteld hebben, verwezenlijkt zijn.

Volgens onzen Berlijnschen correspondent, zou er in de Duitsche hoofdstad een niet minder vastberaden stemming heerschen dan in de geallieerde landen. Of die stemming ook heerscht onder het Duitsche volk, en of dat, net als het Fransche en Engelsche volk, ontvreden is, dat zijn regeerders den strijd niet krachtig genoeg voeren, weten wij niet. Duitschland heeft nu eenmaal geen parlement, dat een vertegenwoordiging is van den volkswil en ook geen vrije pers, welke weer kan geven, wat er onder het volk leeft.

Dat het Duitsche volk volgzzaam is en zonder morren de ontberingen draagt, welke de oorlog het oplegt, dat het ten volste vertrouwen heeft in de kracht van leger en luchtmacht, mag men veilig aannemen, doch dat zegt nog niets nopens de ware stemming onder het volk. Uit hetgeen onze correspondent gisteravond telefoneerde zou men geneigd zijn op te maken, dat het Duitsche volk wel naar een snel einde van den oorlog verlangt en dat het aan de ontmoeting op den Brenner de verwachting vastknoopt, dat Italië spoedig Duitschland zal komen bijstaan om het einde te bespoedigen. Overigens hopen uiteraard ook het Engelsche en het Fransche volk door een krachtiger actie den duur van den oorlog te verkorten.

Ook volgens een meer bevoegd oordeel, aldus onze correspondent te Berlijn, verwacht men dat nog in den loop van dit jaar ook voor Italië de „onherroepelijke beslissing" zal vallen. De tijd zal leeren, wat hiervan waar zij. Voor Italië zijn aan het deelnemen aan den oorlog geweldige risico's verbonden, welke men te Rome heel goed inzielt. Tot dusver is daar de neiging tot een militair ingrijpen niet groot geweest en had het er allen schijn van, dat een dergelijk ingrijpen uit zou blijven, zoolang de toestand bleef als thans, dat wil zeggen dat twee ongebroken militaire machten tegenover elkaar liggen, die hun sterkte nog niet gemeten hebben, zoodat de uitslag van den strijd nog niet te voorzien is, terwijl de oeconomische omstandigheden van dien aard zijn, dat de geallieerden met hun beheersching der zeeën nog altijd de beste kansen hebben.

In deze potentieele machtsverhouding zou Italië's ingrijpen waarschijnlijk weinig verandering brengen. Het zou ongetwijfeld den strijd op militair gebied voor Frankrijk en Engeland verzwaren, doch daar staat tegenover, dat het den geallieerden betere kansen tot aanval zou bieden, en vooral dat het in oeconomisch opzicht de positie van Duitschland ongunstiger zou maken.

Na den Poolschen veldtocht heeft Duitschland tegenover zijn vijanden in het Westen zoo min trouwens als dezen op militair gebied geen enkel succes van beteekenis behaald, en de successen op diplomatiek gebied, hoe belangrijk ook in psychologisch opzicht, zijn ten

mendend

slotte toch meer van afwerenden aard. Zij hebben voorkomen, dat Rusland de zijde van de geallieerden zou kiezen; zij hebben voorkomen, dat de geallieerden in het Noorden een nieuw aanvalsfront vestigden — of dit voor hen een voordeel ware geweest laten wij in het midden —; zij hebben voorkomen, dat de toevoeren over land uit Zuidoost-Europa ophielden, doch behoudens eenigen, en dan nog geringen materieelen steun van Rusland, is de algemeene positie van Duitschland er niet op verbeterd. De geallieerden mogen met de handen in het haar zitten over de vraag, hoe zij Duitschland moeten aanvallen, zij zijn sinds September wat de militaire verhouding tot Duitschland betreft, ongetwijfeld sterker geworden, wat van Duitschland ten aanzien van de oeconomische verhouding waarschijnlijk niet gezegd kan worden. Dat het daarom thans voor Italië aantrekkelijker zou zijn om aan Duitschland's zijde aan den oorlog deel te nemen dan in September, valt niet aan te nemen.

Van Duitsche zijde ontkent men het bestaan van een vredesoffensief. Als men Duitschland's houding van thans niet met een dergelijk offensief in verband moet brengen, zal men haar toch zeker moeten beschouwen als een poging om indruk op den vijand en de neutrale buitenwereld te maken, in dien zin, dat men aan de geallieerde volken hoopt duidelijk te maken, dat zij geen kans zullen hebben hun doel te bereiken.

Blijkens de stemming in het Britsche Lagerhuis en die in de Fransche Kamer schijnt een dergelijke opzet weinig kans van slagen te hebben. In hoeverre geruchten in diplomatieke kringen, als zou de vrede binnenkort desniettemin een kans hebben, gegrond zijn, valt moeilijk na te gaan. Men moet echter steeds voor oogen houden, dat voor een vrede dusdanige materiele voorwaarden aanwezig moeten zijn, dat een vergelijk voor beide partijen een „eervol” karakter draagt. Of de jongste ontwikkeling van zaken de vredeskansen zal bevorderen, valt met recht te betwijfelen.

Hamburger Tageblatt
Nr. 81

blatt

Verwaltung der Hansestadt Hamburg

Hauptkassens 46 von Breite, Kassenkassette; im Sept. RM 2.4;
Anzahl und die Ausgaben a, b und c sowie Nachlässe:
Hauptkassens Hamburg-Hamburg, Lindenstraße 19, Fernruf 37 07
Hauptkassens W. d. Friedrichstraße 68, II., Fernruf 11 23 22
Hauptkassens Hamburger Tageblatt G. m. b. H., Hamburg, Breitenburg

Einzelpreis 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

Osterrassit des Krieges

M. B. Berlin, 23. März. — Mit verbissenem
Eifer versuchen die Westmächte, eine gewisse
diplomatisch-politische Initiative zu entfalten, durch
die sie die Aufmerksamkeit der internationalen
Öffentlichkeit von den schweren Schlägen ab-
lenken wollen, die sie in der letzten Zeit fast Tag
für Tag erlitten. In militärischer Hinsicht han-
delt es sich dabei vor allem um die Beeinträch-
tigung des Ansehens, über das die Royal Air
Force zu verfügen glaubte, durch die deutschen
Erfolge beim Angriff auf Scapa Flow und auf
britische Geleitzüge. Vor allem aber durch den
Mißerfolg des Angriffes gegen Gilt. Alle Agi-
tationsmanöver haben nichts genützt, sondern durch
neutrale Beobachter ist nunmehr an Ort und
Stelle einwandfrei festgestellt worden, daß der
Hindenburgdamm an keiner Stelle beschädigt wurde
und daß die britischen Bomben kaum irgendwelchen
Schaden anrichteten. Nicht minder schwer wiegt die
moralische und politische Niederlage
Englands durch die Erfolge der deutschen
Außenpolitik in der letzten Zeit. Der russisch-
finnische Friede entzog England nicht nur die Mög-
lichkeit der Kriegsausweitung im Norden, sondern
wurde zugleich in der Welt als deutlicher diplo-
matischer Mißerfolg Londons gewertet. Dann
folgte als zweiter Schlag die Begegnung zwischen
Führer und Duce am Brenner, bei der in Be-
sprechungen die aktive Einheit der Achse gerade
hinsichtlich der kommenden Ereignisse festgelegt
wurde, und schließlich muß man sich auch damit ab-
finden, daß die Versuche zum Eindringen in den
Balkan vorläufig keinerlei Aussicht auf Verwirk-
lichung haben.

Als Alpdruck liegt dabei auf den Westmächten
die Befürchtung einer weiteren Verschlechterung
ihrer diplomatischen Lage, wie sie sich in verchie-
denen Gerüchten ankündigt, unter denen das von
einer bevorstehenden engeren Zusammen-
arbeit zwischen Moskau und Rom und
damit zugleich der Schaffung eines Blocks Deutsch-
land-Rußland-Italien immer noch an erster Stelle
genannt wird. In manchen politischen Kreisen sind
diese Bejurteilungen besonders lebendig, und man
befürchtet unmittelbar bevorstehende diplomatische
Begegnungen, die der Verwirklichung dieses Ge-
dankens dienen. Zugleich sieht man, welche Rück-
wirkungen von einer solchen Wandlung auf den
ganzen Balkan, ja auch auf die Türkei ausgehen
würden, welche letztere ohnehin nicht mehr jener
Faktor in der westeuropäischen Rechnung ist, der sie
vorher war. Auch schon die im gegenwärtigen
Augenblick gegebene, für Deutschland günstige poli-
tische Konstellation hat solche Rückwirkungen und
fordert daher westeuropäische Gegenzüge, zu denen
man jedoch leider keine konkrete Handhabe besitzt.
Im einzelnen heben wir aus der gegenwärtigen
Situation die folgenden Punkte heraus:

1. Die Initiative der Plutokratie entfaltete sich
hinsichtlich Rumäniens wieder einmal durch die
Verbreitung der Lüge von einer angeblichen schar-
fen deutschen Note an Butarest, über deren Inhalt
Reuter wissen wollte, Berlin habe mitgeteilt, daß
es „die fortwährenden Änderungen in den rumä-
nischen Verordnungen für den Außen-
handel und sein System der Behandlung der
Devisenfrage nicht zulassen könne“. Wir sind abso-
lut zuverlässig darüber unterrichtet, daß an dieser
Behauptung kein wahres Wort ist. Auch von zustän-
digen rumänischen Stellen ist erklärt worden, daß
die Reutermeldung eine freie Erfindung darstellt.
Es ist nicht zu erkennen, wie Westeuropa durch der-
artige primitive Aktionen Erfolge erringen will.

2. Zu den Behauptungen, daß die Sowjetunion
einen Angriff gegen Afghanistan plane
und daß Kabul entsprechende militärische Maß-
nahmen beschloßen habe, gibt die rätebündische
Agentur „Tas“ ein ausdrückliches Dementi, in
dem die Unwahrheit der Meldung mitgeteilt wird
und das Erstaunen zum Ausdruck kommt, daß
ägyptische Zeitungen derartige Gerüchte für ver-
breitenswert halten. Wir dürfen annehmen, daß die
britische Agitation sich hier der hiesigen Presse
Ägyptens bediente, um im mittleren Osten die
erwünschte Unruhe anzujagen. Aus Moskau muß
man sich jetzt aber sagen lassen, daß Rußland und

vorhanden sei. Daran ist auch nicht zu zweifeln,
wenn man sich vor Augen führt, daß während
der letzten Zeit Daladier immer stärker zum
bloßen ausführenden Organ für die Pläne der mit
den Hintermännern des Kabinetts in engem
Kontakt stehenden Herren Reynaud und Mandel
wurde, daß weiterhin Reynaud schon während der
Tschschen-Krise ein entschiedener Gegner jeder
friedlichen und versöhnlichen Politik war.

7. Besteht an der Fortsetzung des Krie-
ges und an dem entschlossenen Willen dazu also
kein Zweifel, so dürfte die britischen und französi-
schen Politiker um so mehr die Frage beschäftigen,
was Hitler nun tun werde, von dessen Initiative
sie selbst schon stillschweigend überzeugt sind. Der
„Temps“ hat kürzlich diese Frage in 30 Unter-
fragen zerlegt, woraus sich nur ergab, daß es zahl-
lose Möglichkeiten für die weitere Entwicklung
gibt, und daß man in Frankreich beim besten
Willen nicht wissen kann, was Hitler tun wird.

Wenn die Lords und Parlamentarier Englands
sich in den nächsten Tagen auf Schloßern und bei
allerlei Treffen über diese Fragen unterhalten,
dann werden sie ebenfalls Stoff für zahllose Ver-
mutungen haben, ergiebigen Stoff zum Nachdenken
für die Ostertage. Dennoch schwebt über ihnen wahr-
scheinlich die Furcht, daß dieser Krieg sich auch
weiterhin völlig anders entwickeln wird, als von
Großbritannien vorhergesehen war. Mögen sie sich vor
den drohenden Überraschungen und vor den deut-
schen Schlägen hüten!

Angaben durch freundschaftliche Beziehungen aus weiterhin miteinander verbunden sein.

3. In den nordischen Staaten war in der letzten Zeit, nach dem russisch-finnischen Frieden, wiederholt von dem Plan eines nordischen Verteidigungsbündnisses die Rede, mit dem Rußland angeblich einverstanden sein sollte. Naturgemäß erhobte man sich von diesem Plan in Westeuropa neue Vorbehalte, denn wenn er auch von skandinavischer Seite keineswegs so gemeint war, so gedachte man in London und Paris doch wohl auf diesem Wege noch einmal die Kriegsausweitungspläne zu versuchen. Jetzt klärt die „Lak“ die Stellung der Sowjetregierung zu diesem Plan. Die vom Präsidenten des norwegischen Storting, Hambro, zu diesen Plänen am 11. März gehaltenen Rede, heißt es darin, zeige, daß das Bündnis gegen die Sowjetunion gerichtet sein solle. Es würde daher zweifellos zu dem sowjetrussisch-finnischen Friedensvertrag in hartem Widerspruch stehen. Damit dürfte dieser Plan praktisch-politisch erledigt sein, da er seinen Ausgang ja gerade von Finnland nahm, das sich jetzt an einer etwaigen Verwirklichung nicht mehr beteiligen kann.

4. Die Lage im Südostraum beleuchtet der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Tósti in Rom. Von diesem Besuch kann zwar, wie „Giornale d'Italia“ ausführt, keine Wendung in der Beziehung der beiden Staaten erwartet werden, da sie schon durch eine feste Freundschaft miteinander verbunden sind; es steht aber außer Zweifel, daß der Besuch, der im Rahmen der regelmäßigen Besuche innerhalb der befreundeten jungen Nationen Europas gesehen werden muß, ausreichende Gelegenheit bietet, die aktuellen Fragen der europäischen Politik vor allem hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Südosten zu besprechen. Die Pläne zu einem den Plutokratien hörigen Bloß der Neutralen im Südosten sind schon gescheitert, und Ungarn übt eine Politik, die sich an der engen Freundschaft zu Italien und Deutschland orientiert. Man darf annehmen, daß als Ergebnis des jetzigen Besuchs eine noch stärkere Übereinstimmung der ungarischen Außenpolitik mit der deutschen und italienischen hergekehrt werden wird, so daß keine Ausweitung des Konflikts auf diesen Teil Europas befürchtet werden muß.

5. Die Bedeutung der Achse Berlin-Rom wird anlässlich einer Würdigung des Brenner-Treffens noch einmal von „Relazioni Internazionali“ unterstrichen. Die angeführte Zeitschrift stellt fest, daß die Zusammenkunft am Brenner nichts zu tun hatte mit den angeblichen Friedensplänen anderer Mächte. Es sei offenkundig, daß überhaupt keine Friedenspläne ausgearbeitet werden konnten, da sie zum Mißerfolg verurteilt gewesen wären. Deutschland werde keine Friedensoffensive in Angriff nehmen. Die westeuropäischen Lügennachrichten, die etwas derartiges behaupteten, dürften heute als endgültig zusammengebrochen gelten. Es ist völlig klar, daß der Krieg konsequent und entschieden geführt werden wird.

6. Frankreichs neuer Ministerpräsident Reynaud stellt das selbst mit der Geißel des „starken Mannes“, als den er sich gebildet, in seiner Rede vor der Kammer fest: „Es ist unser Wunsch nach Krieg, der uns gestatten wird, in kür-

zester Zeit den einzig möglichen Frieden, einen dauerhaften Frieden zu erzwingen“. Wir können dazu nur sagen, dem Manne kann geholfen werden; es wird nicht schwer halten, seinen Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen. Schon heute aber muß man bezweifeln, daß der von Reynaud erwünschte Erfolg dadurch zu erreichen ist. Das neue Kabinett Frankreichs, dem Daladier, wie wir ankündigten, wieder angehört, und zwar als Verteidigungsminister, hat in der Kammer ja nur die erstaunliche Mehrheit von einer Stimme bekommen. Typisch demokratisch hat man daraufhin beschlossen, im Amt zu bleiben.

Auf der entscheidenden Kabinettsitzung dürfte es allerdings hart hergegangen sein, denn zwei Minister und einige der zahlreichen Staatssekretäre wollten noch während der Sitzung von ihrem Amt zurücktreten. Ratschützig wurde diese Spaltung jedoch gefittet, und Reynaud vergewaltigte die Meinung seiner Ministerkollegen strupellos in dem feststehenden Kommuniqué, das über diese Besprechung herausgegeben wurde und in dem es heißt, sämtliche Minister hätten dem Ministerpräsidenten ihre totale Mitarbeit versichert.

Herrn Reynaud war es auch offensichtlich wichtiger, die enge Zusammenarbeit mit England zu erhalten, zu welchem Zweck er eine Reihe von Telefongesprächen mit London führte, wobei er wahrscheinlich versichert hat, daß jede Garantie für eine Fortsetzung des bisherigen kriegstreibenden Kurses den britischen Wünschen entsprechend

vorhanden sei. Daran ist auch nicht zu zweifeln, wenn man sich vor Augen führt, daß während der letzten Zeit Daladier immer stärker zum bloßen ausführenden Organ für die Pläne der mit den Hintermännern des Kabinetts in engem Kontakt stehenden Herren Reynaud und Mandel wurde, daß weiterhin Reynaud schon während der Tscheden-Krise ein entschiedener Gegner jeder friedlichen und versöhnlichen Politik war.

7. Besteht an der Fortsetzung des Krieges und an dem entschlossenen Willen dazu also kein Zweifel, so dürfte die britischen und französischen Politiker um so mehr die Frage beschäftigen, was Hitler nun tun werde, von dessen Initiative sie selbst schon stillschweigend überzeugt sind. Der „Temps“ hat kürzlich diese Frage in 30 Unterfragen zerlegt, woraus sich nur ergab, daß es zahllose Möglichkeiten für die weitere Entwicklung gibt, und daß man in Frankreich beim besten Willen nicht wissen kann, was Hitler tun wird.

Wenn die Lords und Parlamentarier Englands sich in den nächsten Tagen auf Schloßern und bei allerlei Treffen über diese Fragen unterhalten, dann werden sie ebenfalls Stoff für zahllose Vermutungen haben, ergiebigen Stoff zum Nachdenken für die Ostertage. Dennoch schwebt über ihnen wahrscheinlich die Furcht, daß dieser Krieg sich auch weiterhin völlig anders entwickeln wird, als von Großbritannien vorgesehen war. Mögen sie sich vor den drohenden Überraschungen und vor den deutschen Schlägen hüten!

Reynaud — de

Nur eine Stimme Mehrheit in der

Tageblatt-Auslandsdienst

Brüssel, 23. März. — Die auffallend schwache Kammermehrheit von nur einer Stimme, mit der sich die neue Regierung Reynaud behaupten konnte, hat in der französischen Öffentlichkeit Enttäusungen und verstärkte Nervosität ausgelöst. Das Ergebnis zum Vertrauensvotum mit 268 gegen 156 Stimmen bei 111 Stimmenthaltungen ist denn auch beim besten Willen nicht dazu geeignet, eine neue Stabilität der Verhältnisse vorzutäuschen.

Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Auswärtiges: Reynaud, Nationale Verteidigung: Daladier, Vizepräsident des Kabinetts: Chautemps, Kriegsmarine: Campanini, Luftfahrt: Laurent-Eynac, Rüstungen: Dautin, Justiz: Serot, Finanzen: Lamoureux, Inneres: Henry Roy, Handel: Louis Rollin, Kolonien: Mandel, Erziehung: Sarraut oder Delbos, Landwirtschaft: Quenille, Blotade: Monnet, Öffentliche Arbeiten: de Monzie, Arbeitsministerium: Pomaret, Informationsministerium: Frossard, Handelsmarine: Rio, Öffentliche Gesundheit: Bernad.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Reynaud war äußerst kurz und allgemein gehalten. Auffallend ist in ihr, daß sie sich mit großer Schroffheit gegen Rußland wendet, dem noch einmal „Verrat“ vorgeworfen wird. Reynaud kündigte dann in der Regierungserklärung noch an, daß er den „Verrat“, von welcher Seite er auch kommen möge, bekämpfen werde. Unter „Verrätern“ und „Staatsfeinden“ versteht man im Lager der französischen Kriegsheer alle jenen Teile der Bevölkerung, die mit der Regierung unzufrieden sind und an ihrer Politik Kritik zu üben wagen.

Die Regierung Reynaud hat Freitagabend nach Beendigung der Kammer Sitzung sofort einen zweiten Ministerrat abgehalten und beschlossen, trotz des Abstimmungsergebnisses — eine Stimme Mehrheit — im Amt zu bleiben. Wie jedoch eine Meldung des „Temps“ besagt, ist Unterstaatssekretär Grandmaison, Minister der Marine, dem Kabinett

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 159

Die Umtriebe der „Kriegserweiterer“.

Italienische Nachrichten.

Rom, 28. März.

In der italienischen Presse wird die Nachricht sehr ernst genommen, daß Großbritannien die Neutralität der norwegischen Gewässer nicht mehr respektieren wolle, da sie „unausgesetzt durch deutsche Schiffe verlegt“ werde, wenn auch dahingestellt bleibt, wie man sich in London ein englisches Polizeirecht in den norwegischen Hoheitsgewässern und die unübersehbaren praktischen Folgen einer so flagranten Verletzung der norwegischen Neutralität vorstellt (daß sich Deutschland dergleichen nicht gefallen ließe, versteht sich für die italienischen Beobachter von selbst), wenn auch die offiziöse Pariser Ankündigung dieses Verfahrens mit einer aus London gemeldeten Einschränkung versehen wird, daß die Entscheidung erst gemeinsam getroffen werden müsse, und wenn auch die Agentur Havas die erste Information des „Temps“ jetzt als falsch bezeichnet, weil sie auf einen möglichen Beschluß Bezug genommen habe, der noch gar nicht gefaßt worden sei. Auf alle Fälle scheint zum mindesten eine Absicht ausgeplaudert worden zu sein, mit der sich gewisse Kreise ernsthaft tragen.

Die englische Absicht in dieser Beziehung steht, wie man hier feststellt, in diametralem Gegensatz zu der unter so starker Beteiligung Italiens erreichten Befriedung im Ballangebiet, doch erwartet man, daß die englisch-französische Diplomatie einen neuen Vorstoß auch in dieser südöstlichen Richtung beginnt. Man liest dies aus den in London und Paris erschienenen Leitartikeln heraus, wobei ein Artikel der „Times“ an erster Stelle genannt wird, in dem das Blatt von der Notwendigkeit spricht, auch am Balkan wieder die Initiative, „sei es politisch, sei es wirtschaftlich“, zu ergreifen, um dort eine antideutsche Front zustande zu bringen.

Glaubt man hier auch keineswegs an den Erfolg einer solchen neuen Bemühung im Südosten, so sieht man doch — im Norden wie im Südosten —, daß die englisch-französische „Kriegserweiterer“ sich durch ihre bisherigen Mißerfolge nicht abbrechen lassen und daß sie alles daran setzen, neue Unruhe zu stiften.

Es ist ein Rätsel, wie dieses englisch-französische Programm

mit dem von den Blättern, die dem Ministerpräsidenten Reynaud nahestehen, so eifrig befürworteten Wunsch vereinbart werden soll, sich Italien anzunähern. Wie groß dieser Eifer ist, sieht man daran, daß in einem Pariser Blatt sogar bereits der Name eines nach Rom zu entsendenden Sondervollmachtigten genannt wird: nämlich der Name Lavals. Wir verzeichnen dies nur der Kuriosität halber. Denn außer dem glühenden Wunsch nach verstärkter Initiative zeigen sich nach den italienischen Feststellungen bisher in der westländischen Presse nur wirre und widerspruchsvolle Stimmen.

Ganz besonders gilt dies für die Behandlung der russischen Frage in der französischen Presse. Während der „Temps“ (der, wie die italienischen Korrespondenten sagen, keineswegs mehr als regierungsaffizios anzusehen sei) erklärt, Rußland sei sozusagen die gleiche Firma wie Deutschland und sei und bleibe darum ein Feind Frankreichs, setzt sich die journalistische Gefolgschaft Reynauds weiter dafür ein, man müsse Rußland von Deutschland zu trennen versuchen, indem man sich Rußland nähere und jedenfalls den Krieg mit der Sowjetunion vermeide. Auch eine offiziöse Pariser Notiz betont, Frankreich habe immer (trotz dem deutsch-russischen Vertrag) normale Beziehungen mit Rußland zu unterhalten versucht, doch, so fügt die Notiz hinzu, wolle sich die französische Regierung nicht von Vertretern Stalins an der Nase herumführen lassen. Im Pariser Bericht des „Messaggero“, aus dem wir dies zitieren, sind, wie das Blatt bemerkt, die auf diese Worte folgenden fünfzig Zeilen vom französischen Zensor weggestrichen worden. Es folgen dann einige Sätze, in denen über jene divergierenden Meinungen berichtet wird, die in Paris im Anschluß an die Abberufung des bisherigen russischen Botschafters in Paris, der durch einen anderen Vertreter der Sowjetregierung ersetzt werden wird, besonders lebhaft geäußert werden.

Was die französischen Bemühungen um Rußland angeht, steht dem Pariser Wunsch die Tatsache gegenüber, daß im englisch-russischen Verhältnis ein neuer Zwischenfall gemeldet wird: nämlich ein Protestschritt, den der russische Botschafter in London

unternommen hat, nachdem ein russischer Dampfer, der mit einer Kupferladung aus Amerika nach Vladivostok unterwegs war, im nördlichen Pazifischen Ozean von den Engländern angehalten und zur Fahrt nach Hongkong gezwungen worden ist.

Da im englisch-französischen Spiel auch immer wieder der Türkei eine wichtige Rolle zugewiesen wird, ist erwähnenswert, daß der türkische Abgeordnete Yunus Nadi ausdrücklich im Hinblick auf die gesteigerte englisch-französische Aktivität im Südosten in einer türkischen Zeitung noch einmal erklärt hat, daß die Türkei die Verträge mit England und Frankreich lediglich zu defensivem Zweck abgeschlossen und daß sie zur Bedingung gemacht hat, daß keinerlei englisch-französische militärische Unternehmung die Türkei in einen Konflikt mit Sowjetrußland bringen dürfe. Nur wenn die Türkei innerhalb ihrer „Sicherheitszone“ angegriffen würde, würde sie zu den Waffen greifen. Mit dieser letztgenannten Möglichkeit rechnet die türkische Regierung bekanntlich nicht.

Sehr bemerkenswert ist heute eine aus Afghanistan vorliegende Meldung (über die wir in anderem Zusammenhang schon berichtet haben. Die Schriftleitung.), wonach das halbaffiziose Blatt „Nisak“ in Kabul vor den Gerüchten warnt, daß Afghanistan von der russischen Seite her bedroht sei. Das sei nicht der Fall, im Gegenteil lebe Afghanistan mit allen seinen Nachbarn in freundschaftlichen Beziehungen und befürchte keinerlei Angriff von keinerlei ausländischer Macht.

Datum 29. März 1940

The Times (London)
Nr. 48 576

ANGLO-FRENCH UNITY

Many causes contributed to make yesterday's meeting of the Supreme War Council of the Allies even more important than such meetings are bound in any case to be. The change of Government in France made it urgent that British and French statesmen should review the situation as it stands to-day, after more than six months of war, and take whatever fresh decisions are called for by that situation. Nor can M. REYNAUD have been left in any doubt that the desire for a more active conduct of the war, which has been expressed so unequivocally in France, is shared to the full on this side of the Channel. In the broadcast address in which he presented the new Cabinet to the French people he defined its duty as being "to wage war—to wage it in every possible field." Referring to the Inner Cabinet of nine members which he had set up within the Government, he said it was

enough for deliberation, not too many for action. Our decisions will be thoroughly considered, our actions will be prompt. We have created the necessary instrument: we shall use it.

As an example of the need for action he pointed to the Balkans. Everything, he said, is being prepared by HITLER for an attack upon the economic independence of the Balkan States, which it is vital for the Allies to defeat. The strong defences of France have enabled the Army leaders to protect the country while sparing the blood of the soldiers. But this, he declared, is not enough to win the war. For that a great national effort is required, demanding work and sacrifice from every one, from those who serve in the factories or on the land as well as from the soldiers in the field.

In this spirit the War Council decided in the first place to make it clear to the whole world that the unity of the Allies is now so firmly established that nothing can shake it; that it is not merely a contribution towards winning the war, but will constitute, after the war has been won, the sure and stable foundation of a lasting peace. In the *communiqué* issued last night the Council declares that the two Governments desire to extend to "all spheres" affecting the interests and security of the two "nations" the scope of the agreement concluded last December; that they will neither negotiate nor conclude an armistice or treaty of peace except by mutual agreement; that they will not discuss peace terms before reaching complete agreement on "the conditions

"necessary to ensure to each of them an effective" and lasting guarantee of their security"; and finally that

they undertake to maintain, after the conclusion of peace, a community of action in all spheres for so long as may be necessary to safeguard their security and to effect the reconstruction, with the assistance of other nations, of an international order which will ensure the liberty of peoples, respect for law, and the maintenance of peace in Europe.

It is in this atmosphere of assured and confident unity that the Supreme War Council must have discussed the questions which have been made urgent by recent developments—such as the position created by the setback in Finland; the Allies' relations with Russia and with Italy and with the other neutrals; the need for a more effective application of the blockade in order to prevent Germany from continuing to draw supplies through neutral countries; and, as a particular case of this, the necessity of checking what seems to be the illegitimate use of Norwegian territorial waters by German shipping. On all these matters the decisions of the Supreme War Council are likely to reflect the popular conviction that the time has come to wage war with the utmost energy and determination.

The recent political crisis in France was an outcome of this conviction. Fortunately it has passed without the disintegrating effects upon which Germany had counted. M. REYNAUD's position has grown much stronger since the Chamber of Deputies gave his Government such a discouraging reception last Friday. The disfavour which was manifested on that occasion seems to have been due to three causes. There was a general feeling that the Cabinet, with its twenty-two members, was too large, and not at all the small, compact governing body needed for the swift decisions and energetic action which are essential for victory. M. REYNAUD's reply was that, even as it was, Ministers were overburdened; that a smaller number would mean leaving important departments to be run by their permanent officials, who, with all their admirable qualities, were not the right people to decide questions of policy; and that he had appointed a small inner or War Cabinet of nine members which would meet every other day and would be able to act promptly and decisively. It was still feared, however, that even this smaller number might not be able to provide the necessary drive or be sufficiently alert to seize and to make opportunities for vigorous action, since the Ministers composing it would find their energy absorbed in administering the great Departments of which they were the responsible heads. This was reasonable, even if mistaken, criticism, which cannot be said of the other two grounds of complaint. On the Right there was much anger that Socialists had been included in the Cabinet. This deplorable display of party rancour should not have survived M. REYNAUD's reminder that the

wenden

Socialists are the largest party in the Chamber and that the war, calling as it does for the most intense use of all the resources of the country, could hardly be won without the active cooperation of the urban workers represented by the Socialist Deputies. Among the Radicals, on the other hand, there was obvious resentment that this Cabinet was not, like its predecessor, manned almost exclusively by members of their party, though as a matter of fact they hold half the posts, including the Ministries of War, of Marine, of Air, of Finance, and of the Interior. M. REYNAUD himself does not belong to any of the great party organizations; but with that exception all the key positions in the Cabinet have been given to well-known Radical leaders, including M. DALADIER himself, and they hold its fate in their hands.

At a meeting held immediately after the debate in the Chamber, the Radical Ministers assured M. REYNAUD of their loyal support, to which he has every claim in view of the loyalty with which he supported M. DALADIER in the last Government; and the Cabinet decided to carry on in spite of its small majority in the Chamber. The newspapers, representing public opinion on this occasion better than the Deputies, did not disguise their disappointment over the Chamber's relapse into its worst habits of party warfare. Since then there have been encouraging signs that the relapse was merely temporary, and that a solid majority will resolve to give the new Government a real chance of showing what they can do. There may be a critical day on April 9 when foreign affairs are to be discussed in the Senate; for there is likely to be even stronger objection there than in the Chamber to the inclusion of Socialists in the Cabinet. Much may depend upon whether, between now and then, M. REYNAUD can convince the country that the change of Government means a real change in the conduct of war, more foresight and energy, and less waiting upon the German initiative. All doubts upon this head are likely to be removed when yesterday's decisions of the Supreme War Council are made known, and still more when they are put into effect.

The Times (London)

Nr. 48576

PARTNERS IN WAR AND PEACE

THE UNITY OF THE ALLIES

A FARTHER VISION

From a Correspondent

The second German war of this century is primarily a war between Germany and the two great democracies of Western Europe. So far the battlefields have been in Poland and Finland. But if the Allies have not yet had to engage their full forces against the enemy and are at present unable to convince the propaganda-ridden people of Germany that they cannot escape the results of Hitler's aggression, the situation in Great Britain and France has undergone profound changes since the war began. These changes may be of far-reaching significance to European history.

Anglo-French unity has already reached a more advanced point than at any period during the last War, and, what is more, it is realized in both countries that this point is but the first step towards a closer and more lasting association. In the last War the words on every Frenchman's lips, used to brace the national resistance to the onslaughts of the enemy, were "Ils ne passeront pas." To-day, while the enemy are showing little inclination to fling themselves against the steel line of French defences, the motto of France is still grimmer and more determined, "Il faut en finir."

THE MEANING FOR FRANCE

This aim, the substance of all French war aims, is not merely negative. It does not mean merely the elimination of a menace from Germany. It means for the French peasant ability to look forward to the peaceful cultivation of his fields, not for a few uneasy years, but through long years ahead. It means for the French industrial worker, the skilled mechanic, the engineer, ability to devote themselves to the uninterrupted development of those forms of industrial activity in which they hold so high a place. And for Frenchwomen in town and country it means liberty to look forward to their husbands, brothers, and sons remaining in or—after their normal period of military training—entering into peaceful avocations without being under the constant menace of an enemy at their gates.

Now the French mind, deeply and terribly impressed with the perpetual German threat, looks round to see by what means these positive blessings of peace are to be secured. Like our own people, Frenchmen have canvassed many so-called "peace aims." Out of them has emerged, and is almost daily becoming more distinct, the great hope of closest possible collaboration with Great Britain, not only for the winning of the war but for the subsequent winning and maintaining of the peace. It is probably true to say that, whereas in the early weeks of the war the *poilu* thought of the Allied war aim chiefly as the elimination from Europe of Hitlerism and all that it stands for, to-day he is beginning to think of it in terms of an Anglo-French partnership which will endure to a positive, constructive, and lasting purpose.

Privately some few French statesmen began tentatively to think along those lines as early as November. But the vision began to take shape and to receive public expression, at first cautious, with the publication in December of the Anglo-French financial agreement and the provision that it should last for six months after the war. M. Reynaud gave the first indication of an even wider horizon in the December speech in which he pointed to the epoch-making character of the Anglo-French agreements. Since then the theme has constantly recurred in his own speeches and in those of other Frenchmen. The first contacts between French and British Labour, the conversations in London of M. Dautry and M. Gentin, the discussion between French and British employers, and, of course, the meetings of the Supreme War Council, have given on each occasion new stimulus to this hope.

The actual machinery set up for coordination of the economic war efforts of the two countries is not sufficiently familiar to be fitted by general public opinion into the picture of post-war co-operation. But the personality and activity of M. Jean Monnet are well known, and with his name, accordingly, among others, are similarly associated hopes of closely coordinated economic activity in the period after the war.

A EUROPEAN SYSTEM

THE MEANING FOR FRANCE

This aim, the substance of all French war aims, is not merely negative. It does not mean merely the elimination of a menace from Germany. It means for the French peasant ability to look forward to the peaceful cultivation of his fields, not for a few uneasy years, but through long years ahead. It means for the French industrial worker, the skilled mechanic, the engineer, ability to devote themselves to the uninterrupted development of those forms of industrial activity in which they hold so high a place. And for Frenchwomen in town and country it means liberty to look forward to their husbands, brothers, and sons remaining in or—after their normal period of military training—entering into peaceful avocations without being under the constant menace of an enemy at their gates.

Now the French mind, deeply and terribly impressed with the perpetual German threat, looks round to see by what means these positive blessings of peace are to be secured. Like our own people, Frenchmen have canvassed many so-called "peace aims." Out of them has emerged, and is almost daily becoming more distinct, the great hope of closest possible collaboration with Great Britain, not only for the winning of the war but for the subsequent winning and maintaining of the peace. It is probably true to say that, whereas in the early weeks of the war the *poilu* thought of the Allied war aim chiefly as the elimination from Europe of Hitlerism and all that it stands for, to-day he is beginning to think of it in terms of an Anglo-French partnership which will endure to a positive, constructive, and lasting purpose.

Privately some few French statesmen began tentatively to think along those lines as early as November. But the vision began to take shape and to receive public expression, at first cautious, with the publication in December of the Anglo-French financial agreement and the provision that it should last for six months after the war. M. Reynaud gave the first indication of an even wider horizon in the December speech in which he pointed to the epoch-making character of the Anglo-French agreements. Since then the theme has constantly recurred in his own speeches and in those of other Frenchmen. The first contacts between French and British Labour, the conversations in London of M. Dautry and M. Gentin, the discussion between French and British employers, and, of course, the meetings of the Supreme War Council, have given on each occasion new stimulus to this hope.

The actual machinery set up for coordination of the economic war efforts of the two countries is not sufficiently familiar to be fitted by general public opinion into the picture of post-war co-operation. But the personality and activity of M. Jean Monnet are well known, and with his name, accordingly, among others, are similarly associated hopes of closely coordinated economic activity in the period after the war.

A EUROPEAN SYSTEM

The announcement on February 16 of the Franco-British trade agreement, itself largely a matter of drawing the logical conclusions from the December agreements, was followed on March 8 by news of the formation of an Anglo-French Industrial Council. Even this has opened a wider prospect. On the latter date the French Minister of Commerce, M. Gentin, speaking in the Senate, referred to a twofold barrier raised at the beginning of the war by the early import restrictions. This barrier, he said, had fallen as the result of the agreement between M. Reynaud and Sir John Simon which linked the two currencies. The new agreements, following on the falling of the barrier, would enable Franco-British mutual trade to reach and even exceed its pre-war volume. Then he added: "Upon the close union of France and Great Britain when peace comes a European economic system can be hinged (*articulée*) which will form a factor for peace for our children."

The *Temps*, commenting on March 12, said:—

These agreements and measures of coordination are for war purposes. But Franco-British cooperation in one form or another should continue in peace-time. It is in conformity with the hopes expressed in Mr. Sumner Welles's memorandum. . . . M. Daladier and Mr. Chamberlain have on several occasions proclaimed these liberal ideas.

Quotations on the same lines could be taken from a whole series of French newspaper articles which became especially frequent after the beginning of February. The *Petit Parisien*, for example, the popular daily whose associations with the Quai d'Orsay are well known, devoted its main front page feature on Monday to a long article dealing with future Anglo-French co-operation under heavy headlines: "The Franco-British Marriage: How to make it indissoluble." The article pointed out that "the two nations are closer to one another than at any time for five centuries." On the same day *L'Ordre* reprinted, also under heavy headlines, significant passages from an article contributed to the *Atlantic Monthly* by the new French Prime Minister. M. Reynaud's thesis is that Great Britain and France by their mutual agreements have set an example of true internationalism which others may follow. The two countries have sacrificed some essential attributes of their sovereignty for the common good of both. If such a result could

The Times (London)

Nr. 48576

be achieved by countries in the stage of economic evolution of France and Britain, why should it not be possible for others less powerful and with a less complex economic structure? That, he concludes, is the hope for the future of Europe. This conception is having a much greater effect than most people in this country have yet appreciated upon the French war effort itself. Frenchmen in general recognize with a great generosity of mind the immense power residing in the British Empire; and they are encouraged to see in Anglo-French collaboration a magnet sufficiently powerful, economically, financially, and in liberal ideas, to pull the rest of Europe out of the slough of autarchic despond and subservience to the crude and cruel dictates of Nazi Germany.

The next stage is to try to put details into the broadly outlined sketch of Anglo-French cooperation, which Frenchmen do not fear to call continuous association. French study-groups, and many people who have neither time nor opportunity to join them, are trying to work out practical applications. It is not proposed to analyse the ideas which are being dissected and compared. They adopt, naturally, some of the specifically wartime agreements, for example on currency, on the search for means of making French and British economic effort complementary where it has been chiefly competitive, and on the design (lately given expression in the conversations between Mr. MacDonald and his brilliant colleague in the French Colonial Office, M. Mandel) to assimilate cultural as well as economic effort in the colonial sphere, notably at present in West Africa. But if practical association in the material sphere is to be realized and built up into a new hope for all Europe, as M. Reynaud hopes, it must be based upon a much more intimate appreciation than now exists not only of those features in the two peoples which are broadly identical but of those which are complementary precisely because they differ. There must thus be a pervading intellectual and moral association between the two peoples.

There is, for example, language. An early need was to give French and British troops means of communication with one another. So through the winter there have been something like language classes. The advantage to men in the Forces should be extended to the civil populations. One suggestion is that the French and English languages should be made compulsory subjects in the respective schools of Britain and France. But enough has been said to convey an idea of the lines along which minds on both sides of the Channel are approaching the problem of making Anglo-French partnership a lasting feature of the life and work of the world.

SOUTHAMPTON HARBOUR

FINANCES

RI

FROM

Pro

Britis

will

unde

and

will

This

son,

chair

ence

yeste

It

pas

Corpe

route

soon

of ice

South

to be

porat

aerop

Flam

watch

throu

it wo

issue

which

Mr

as he

cisms

merci

seeme

and c

failur

of Cr

fusion

But f

so m

Gove

vision

As fo

manu

" whe

trollec

gave f

Mr

the va

Hamburger Fremdenblatt
Nr. 86

Rom und Moskau

Meldung unseres Vertreters
h. Amsterdam, 29. März

Die „Times“ bestätigt bei dem Kriegsrat auch, daß die Beziehungen zu Italien und der Sowjetunion erörtert worden sind. Aus anderen Quellen erfuhr man schon gestern Abend, daß dies auf Betreiben Frankreichs geschehen ist und daß England noch recht unentschlossen mitgeht.

In Hongkong ist jetzt der russische Dampfer „Selenga“ freigegeben worden, und die englische Propaganda deutet vorsichtig an, daß die jüngste Unterredung Maistis mit Lord Halifax auch sonst noch ihre positiven Seiten gehabt haben könnte.

Dem gestrigen Kriegsrat ist am Mittwoch eine Zusammenkunft der militärischen Befehlshaber vorausgegangen. Wenn die Presse richtig berichtet, so hätten die Militärs sich, wie bisher, weniger mit eigenen Kriegsplänen als mit dem Studium der militärischen Absichten Deutschlands beschäftigt.

Nieuwe Rotterdamsche Courant

Nr. 149

Geen Fransch-Engelsch meenings-
verschil nopens Rusland,
aldus de Times

De diplomatieke medewerker van de Times schrijft, dat de Britsche en de Fransche regeering gisteren het werk bestudeerd hebben, dat gisteren door den oppersten oorlogsraad is verricht en dat zij zeer tevreden waren. Reynaud was gekomen met het vaste besluit een meer energieke oorlogsleiding te verkrijgen en hij is tevreden gesteld vertrokken. De besprekingen waren zeer openhartig, zooals tusschen bondgenooten past en mogelijk is. Beide partijen hebben ook beseft, dat de Polen en de Tsjechen zoo spoedig mogelijk hun vrijheid behooren te herkrijgen.

Er is geen nieuwe ontwikkeling te melden in het vraagstuk van de Scandinavische territoriale wateren. De geallieerden hebben een duidelijk idee van wat legaal gebruik en wat misbruik van territoriale wateren is. De kwestie is besproken en er is overeenstemming bereikt over de politiek, welke in de toekomst gevolgd zal worden.

Krachtig kan het gerucht ontkend worden, dat Engeland druk geoefend zou hebben op Frankrijk, om een vriendschappelijker houding aan te nemen tegenover Rusland. De Fransche delegatie zette uiteen, waarom de Russische ambassadeur uit Parijs is vertrokken en Lord Halifax bracht verslag uit over het onderhoud, dat hij met Maiski heeft gehad. Er was geen verschil van meening over de betrekkingen met Rusland. De houding van de geallieerden is gebaseerd op de onscrupuleuze handelingen van Rusland in de afgelopen maanden. De Russische regeering heeft verleden week aan Engeland te verstaan gegeven, dat zij gaarne zou willen, dat de handelsbesprekingen werden hervat. De Britsche regeering herinnert zich echter wat de Russen hebben gedaan.

De oeconomische betrekkingen met Rusland zijn, zooals die met elk ander land, onderworpen aan de noodzakelijkheid, dat goederen niet naar Duitschland komen. Er is alle reden om te gelooven, dat Rusland op het oogenblik waardevolle goederen naar Duitschland heruitvoert. Anders zouden de twee Russische schepen, die thans naar een Fransche basis zijn overgebracht, niet zijn aangehouden. Bovendien bestaan er bijzondere betrekkingen tusschen Rusland en Duitschland, die het moeilijk maken te zien, welke garantie de geallieerden zouden kunnen eischen, dat Rusland geen goederen doorzendt naar Duitschland.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 87

Der Druck der Westmächte auf die Neutralen Erbitterung in Dänemark

Meldung unseres Vertreters

we. Kopenhagen, 30. März

Es sind zwei Dinge von ganz verschiedener Art, die heute die dänischen Morgenblätter beschäftigen. Das eine ist die Neuordnung für die Landwirtschaft, die als Erfolg des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates, Houch, gedeutet wird, das andere ist die Rede Motos über die Außenpolitik der Sowjetunion. Bringt man beide auf einen Nenner, so ist dies die Beziehung zu den plutokratischen Westmächten, die in gleich starkem Anlauf gegen Deutschland, Rußland und die Neutralen, in diesem Falle Dänemark, stehen.

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß die staatliche Unterstützung der dänischen Landwirtschaft zum Ausgleich des trassen Mißverhältnisses zwischen ihren Einkünften auf Grund der von England diktierten Höchstpreise und ihren Ausgaben für die notwendigen und zwangsläufig einzuführenden Rohstoffe eine indirekte, wenn nicht schon direkte Hilfe für den Handel mit England bedeutet. Die Maßnahmen sind wegen ihrer viel zu schweren finanziellen Kraft zeitlich begrenzt und vorübergehend.

Die Erbitterung über Englands Verhalten ist in allen bürgerlichen Kreisen außerordentlich stark. Sie hat auch die Industrie und den Handel ergriffen, die mitbetroffen werden und sehen, daß England durch seine jetzige Handelspolitik der Schifffahrt und der Beschneidung unausweichbar zugleich einer weiteren Schrumpfung seiner eigenen Ausfuhr und seines Ablasses in die Arme arbeitet. Dazu kommt die steigende Unruhe über Englands politisches Verhalten. Dänemark kann nicht verstehen, daß von England aus alles geschieht, um die Durchführung der dänischen Neutralitätspolitik zu sabotieren.

In dieser angespannten Stimmung wird die Rede Motos als ein möglicher Fingerzeig für die tatsächliche Entwicklung angesehen. Die gesamte dänische Presse trifft sich hier auf einer gemeinsamen Linie. Abereinstimmend werden das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland auf politischem wie militärischem und wirtschaftlichem Gebiet, die feindselige Einstellung Englands und Frankreichs gegenüber den natürlichen nationalen Ansprüchen der Sowjetunion, die Vereinigung des dramatischen finnischen Streifalles und die maßvolle Haltung der Regierung im Kreml gegenüber Rumänien in bezug auf Bessarabien hervorgehoben.

Man hat im Norden langsam, aber gründlich gelernt, sich auf Tatsachen um- und einzustellen. Daß noch nicht alle Folgerungen aus den Ergebnissen gezogen werden, steht auf einem anderen Blatt. Immerhin dient als kleiner Beweis für das Gesagte, daß der Artikel des Berliner Vertreters des Hamburger Fremdenblattes über die französischen Veruche, die Neutralitätspolitik des Nordens und im besonderen auch Norwegens in einem Atem als „passiv“ zu beschimpfen und „als aktiv“ für die Westmächte umzubiegen, in der skandinavischen Presse ein Echo gefunden hat, wie es so stark bisher noch nicht gewesen ist.

Besorgnis auf dem Balkan

Meldung unseres Vertreters

om. Belgrad, 30. März

Das englisch-französische Verlangen, die Rolle eines Polizisten auf den Meeren zu spielen, wird nicht allein als neue Herausforderung Deutschlands, sondern auch als ein Ereignis gekennzeichnet, das geeignet sein kann, ernste Gefahren für die Neutralen nicht nur des Nordens herbeizuführen.

ren. Pressestimmen aus allen Balkanstaaten lassen erkennen, daß man hier in naher Zukunft die britischen Polizeimethoden zur See auch in den Küstengewässern der Balkanstaaten fürchtet.

Die jugoslawische Presse spricht von einer Ausweitung des Krieges an den Küsten Stan- dinaviens. Das kroatische Blatt „Jutarni List“ beurteilt die Aussichten Deutschlands in einem solchen Kampf als sehr gut, da es „Deutschland immer ein leichtes gewesen sei, sich in seinen Gewässern erfolgreich zu behaupten und gleichzeitig die Eisenerztransporte aus Schweden zu schützen“.

„Novosti“ schreibt, daß die Anpassung der Balkanpolitik Deutschlands und Italiens an die friedlichen Bedürfnisse des Donau-

raumes allen Staaten zum Beispiel dienen könne. Als sicher müsse gelten, daß mit Italien und Deutschland auch Sowjetrußland an der Sicherung des Friedens und der Neutralität des Balkanraumes interessiert und bemüht sei, mit den Achsenmächten eine gemeinsame Basis zu finden, um alle Balkanprobleme befriedigend zu lösen. Die Nachricht von einer durch die Londoner Regierung einberufenen Konferenz der in Belgrad, Budapest, Bukarest, Sofia, Athen und Ankara arbeitenden britischen Gesandten wird hier außerordentlich stark beachtet. In politischen Kreisen herrscht die Überzeugung vor, daß diese Beratungen der englischen Diplomaten im Südosten in direktem Zusammenhang mit der Absicht Englands stehen, seine gewaltsame Beherrschung der Meere auch auf die Küsten der Balkanländer auszudehnen.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 161

„Den Krieg mit Energie führen.“
Neue Pläne der Kriegstreiber in Paris und London.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten)

B-r Amsterdam, 29. März. Der Oberste Kriegsrat der Westmächte hat am Donnerstag seine sechste Tagung in London abgehalten, nachdem die beiden vorigen Sitzungen auf französischem Boden stattgefunden hatten. Als Ergebnis der Beratungen wurde die (an anderer Stelle veröffentlichte) gemeinsame Erklärung bezeichnet, die unter anderem einen Sonderfrieden eines der beiden Beteiligten und auch schon Verhandlungen darüber ausschließt und die die Fortdauer des englisch-französischen Bündnisses auch für eine nicht näher begrenzte Zeit nach dem erhofften Siege festlegt. Die Forderung, mit der hier Fragen beantwortet werden, die niemand gestellt hat und die niemand für aktuell hält und die eigentlich auch schon längst beantwortet sind, ist befremdlich. Schon am 4. September haben die Westmächte sich verpflichtet, keinen Sonderfrieden zu schließen, und das Fortbestehen der Allianz nach dem Frieden ist in so vielen englischen Ministerreden als wichtiger Programmpunkt der Politik nach dem Kriege bezeichnet worden, daß die neue Betonung auch dieses Punktes in der Sache keinen Fortschritt für die französische Politik der *sureté* bedeutet. Im wesentlichen ist die Erklärung wohl für den Inlandsgebrauch der beiden beteiligten Länder bestimmt, und insbesondere der neue französische Ministerpräsident Reynaud mußte von seiner ersten Teilnahme am Kriegsrat irgend etwas mit nach Hause bringen. Indem Frankreich aus der finnischen Niederlage mit dem Wechsel seiner Regierung eine sichtbare Konsequenz gezogen hat, hat es in gewissem Sinne die psychologische Führung der Koalition übernommen. Reynaud ist unter dem Stichwort einer verschärften Kriegsführung aus Ruder gekommen, und die gleiche Forderung beherrscht auch ohne Kabinettswechsel die englische Öffentlichkeit. Die Unzufriedenheit mit der Inaktivität und den Mißerfolgen der Westmächte mußte irgend etwas entgegengesetzt werden. Daß man dafür keinen anderen Gegenstand gefunden hat als zwei alte Programmpunkte, aus deren Formulierung überdies hervorgeht, daß die Verbündeten sich noch immer nicht über die Ziele einig sind, deren wegen sie den Krieg angefangen haben, ist freilich interessant genug.

Die Suche nach Kriegshauptplätzen

Das einzige Gesprächsthema ist diese etwas gewaltsam aufgebaute Erklärung natürlich nicht gewesen. Die Lage, in der die Westmächte den Frühling beginnen, erfordert Beratung und Entscheidungen. Nachdem ihre Pläne zur Kriegsausweitung in Nordeuropa gescheitert sind, möchten sie sich noch immer nicht zu der Erkenntnis verstehen, daß es nur eine Westfront und eine Nordseefront gibt und daß den Krieg dort führen muß, wer ihn haben will. Weiterhin bleibt man auf der Suche nach neuen Kriegshauptplätzen, auf denen das Verlangen nach stärkerer Aktivität ohne die Gefahr eines unmittelbaren Zusammenstoßes mit der deutschen Macht, aber vielleicht doch mit der Hoffnung, sie indirekt zu schwächen, befriedigt werden kann. So nimmt man es im Zusammenhang mit der Tagung des Obersten Kriegsrates wichtig, daß der englische Botschafter in Ankara und die Gesandten in Athen, Belgrad, Bukarest, Budapest und Sofia zu Besprechungen ins Foreign Office berufen worden sind. Wenn sie etwa um den 7. April in London zusammentreten, wird auch der Botschafter in Rom zu einem „Urlaub“ in der englischen Hauptstadt sein, und außerdem ist noch immer der Moskauer Botschafter da, der im Laufe des finnischen Konflikts abgereist ist, dessen Rückkehr in die Sowjetunion nach einer „United-Press“-Wendung jedoch bevorsteht. Die Diplomatenkonferenz wird also in weitestem Sinne die englischen Vertreter aus jenen Ländern vereinen, die gegenwärtig im Mittelpunkt der Kriegsausweitungspolitik stehen oder unmittelbar daran interessiert sind. Das wichtigste Thema der Tagung des Kriegsrates dürfte damit gekennzeichnet sein. Es umschließt zugleich die Stellungnahme zu den großen europäischen Neutralen, die einem Versuche, den Südosten in den Krieg einzubeziehen, nicht teilnahmslos gegenüberstehen könnten. Eine entsprechende Zusammenkunft französischer Auslandsvertreter soll in Paris stattfinden.

Eine Blockade mit Löchern.

Ein noch weiterer Kreis neutraler Staaten, nämlich außer den vorhergenannten auch die übrigen europäischen Neutralen und selbst

die Vereinigten Staaten von Amerika, ist von den Überlegungen betroffen, die einer Verschärfung der wirtschaftlichen Blockade gelten und die anscheinend ebenfalls auf der Londoner Tagesordnung gestanden haben. Verschiedentlich ist gegenüber den zuverlässlichen Erklärungen des Ministers Groß in letzter Zeit festgestellt worden, die Blockade habe so viele Löcher, daß sie geradezu als ein Sieb bezeichnet werden müsse. Man ärgert sich besonders an dem deutschen Handelsverkehr mit Skandinavien, und im Zeichen der „aktiveren Kriegsführung“ ist insbesondere in Frankreich eine noch zielbewusstere Verletzung der neutralen Hoheitsrechte als bisher gefordert worden. Zweifellos dürfte Reynaud in London nicht den noch kürzlich von seinem Vorgänger wenigstens theoretisch ausgesprochenen Grundsatz vertreten haben, er wünsche, daß sein Land selbst im Kriege das internationale Recht nicht verletze. Die Verletzung neutraler Rechte ist im heutigen Kriegsstadium für England und Frankreich nicht mehr eine Frage juristischer oder moralischer Erwägung; es kann sich auch in London nur um die Frage gehandelt haben, welchen Erfolg man sich von Rechtsverletzungen verspricht und ob man sich die Kraft zutraut, ihre etwaigen Folgen zu tragen. Selbstverständlich wird jedoch versucht, die Dinge so darzustellen, als würden Gewaltakte der Westmächte gegen die Neutralen nur „Gegenmaßnahmen“ gegen angebliche deutsche Rechtsverletzungen sein.

Wer hat die Initiative?

Daß die Londoner Besprechungen einen so breiten Umfang hatten, bestätigt der Diplomatische Korrespondent der „Times“, der die Sitzung für wichtiger hält als die fünf früheren des Obersten Kriegsrates. Man habe, wie er sagt, von vorn beginnen müssen, da die in der vierten und fünften Sitzung besprochenen Pläne für die Hilfe an Finnland hätten beiseite gelegt werden müssen. Die Westmächte hätten ihre Besprechungen in dem Bewußtsein geführt, daß die Niederlage Finnlands viele Probleme einer Kriegsführung auf größerer Basis dringender gemacht hätten. Der Berichterstatter bestätigt auch, daß Reynaud mit derartigen Anliegen nach London gekommen sei, und glaubt, daß er befriedigt heimgekehrt sei. Er bestätigt ferner, daß die Fragen der Blockade und, im Zusammenhang damit, der Neutralen eine Hauptrolle auf der Tagung des Kriegsrates gespielt hätten. Er kommt in diesem Zusammenhang auf eine alte englische These zurück, in dem er sagt, daß die wirtschaftliche Waffe vielleicht die wichtigste in diesem Krieg sei. Das würde freilich bedeuten, daß die von der nervös werdenden Öffentlichkeit in England und Frankreich erwartete sichtbare Aktivierung der Kriegsführung noch auf sich warten lassen könnte.

So zerbricht man sich in London bezeichnenderweise wieder den Kopf über Aktionen, die etwa von Deutschland ausgehen könnten, und gibt damit erneut zu erkennen, daß die Initiative trotz aller starken Worte weiterhin nicht bei den Westmächten liegt. Trotzdem versichert die „Times“ in ihrem Leitartikel, die Beschlüsse des Obersten Kriegsrates schienen aus allen durch die letzte Entwicklung dringlich gewordenen Gebieten die Volksmeinung widerzuspiegeln, daß die Zeit gekommen sei, den Krieg mit äußerster Energie und Entschlossenheit zu führen. Die Mitteilung, daß auch die strategischen Entwicklungen in London geprüft worden seien (eine platte Selbstverhändlichkeit für einen Obersten Kriegsrat), möchte der „Daily Telegraph“ als Zeichen dafür nehmen, „daß die beiden Regierungen nicht ohne festen Plan zu Werke gehen und nicht auf den nächsten Zug des Gegners warten.“

Die Teilnehmer.

An der Tagung haben als englische Vertreter teilgenommen Premierminister Chamberlain, Außenminister Lord Halifax und die drei Wehrmachtsminister Churchill, Oliver Stanley und Sir Kingsley Wood, dagegen auffallenderweise nicht der militärische Koordinationsminister Lord Chatfield; den Delegierten waren der Ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan und die Generalstabschefs der drei Wehrmachtsteile, also Sir Cyril Newall (Luft), Sir Dudley Pound (Marine) und Sir Edmond Ironside (Heer) beigegeben. Frankreich war vertreten durch Ministerpräsident Reynaud, Marineminister Campinchi und

wenden.

Luftfahrtminister Laurent-Eynac, die von dem Botschafter in London, Corbin, dem Generalsekretär im Außenministerium, Alexis Léger, General Gamelin, Admiral Darlan, General Vuillemin und General Kœlly begleitet waren. Die Militärs waren schon am Mittwoch in besonderer Sitzung zusammengetreten. Der bisherige Ministerpräsident und jetzige Kriegsminister Daladier war nicht anwesend; sein Fernbleiben wird mit den Folgen der Fußverletzung erklärt, die er vor einiger Zeit erlitten hat.

Neue Zürcher Zeitung

Nr.

470

Die britisch-französische Erklärung

Der Oberste Kriegsrat der Alliierten hat am Donnerstag in London eine Erklärung beschlossen, wonach Großbritannien und Frankreich über einen Waffenstillstand oder Friedensvertrag nur in beiderseitigem Einverständnis verhandeln. Friedensbedingungen nur auf der Grundlage vollständigen Einvernehmens über die notwendigen Sicherheitsgarantien diskutieren und nach dem Abschluß eines Friedens ihre Aktionsgemeinschaft auf allen Gebieten aufrechterhalten würden. In der Entwicklungslinie, welche die Politik der Westmächte seit dem Ausbruch des Krieges gegen Deutschland eingeschlagen hat, bedeutet diese feierliche Verpflichtung der beiden Bundesgenossen keine Ueberraschung. Trotzdem ist es durchaus nicht ein unbegründeter Triumph, wenn in London und Paris die Erklärung des Obersten Kriegsrates als wichtiges Ereignis gewertet wird und wenn besonders die französische Presse darin auch einen wirksamen Zug auf dem Schachbrett der Diplomatie sieht. In den letzten Wochen hatte Berlin mit einer aufs äußerste gesteigerten Geschäftigkeit die Stimmung auf einen allgemeinen Umsturz der politischen und militärischen Situation vorbereiten und mit Hilfe dieser Suggestion das ganze Programm der Westmächte und ihre Kriegsführung als eine von vornherein verlorene Sache hinstellen wollen. Vorläufig steht aber die verheißene Umwälzung noch aus, und wie immer sie sich noch gestalten mag, so kann es ihren Erfolgsaussichten und ihrer Durchschlagskraft nicht günstig sein, daß die britische und französische Regierung der Aktion Deutschlands zuvorkamen mit der neuen Bestätigung ihres Kriegszieles und mit der Übernahme von Verpflichtungen, die das Bündnis noch enger knüpfen und für Spekulationen auf Sonderfriedenswünsche des einen oder anderen Partners kaum Raum übrig lassen.

Die Westmächte haben die Krise, die nach dem Schock des Friedens von Moskau unvermeidlich war, gut überstanden. Der Gefahr, in dem für sie ungünstigen Augenblick der Depression und Entmutigung über die Kapitulation Finnlands unter den Druck einer Vermittlungsaktion zu geraten, sind sie entgangen. Die Erklärungen, die Roosevelt nach der Rückkehr Sumner Welles' über die Ergebnisse der Mission seines Vertrauensmannes abgegeben hat, haben darüber endgültig Klarheit geschaffen. Niemand von den vielen Interessierten hat den Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Übermittlung von Friedensvorschlägen zwingen können, die mit dem Programm der Westmächte unvereinbar gewesen wären. Allerdings hätte die Sache eine andere Wendung nehmen können, wenn — wie man wohl da und dort gerechnet hatte — bei einer beginnenden Diskussion über Kompromißmöglichkeiten die Stimmung in Frankreich und England schwankend geworden wäre. Aber die Widerstandskraft der Westmächte war stärker, als die Berliner Diplomatie und ihre Mitspieler erwartet hatten, und in England und Frankreich hat die Krise des Selbstvertrauens, die aus dem Gefühl eines Mangels an eigener Initiative entsprang, einen Schritt weiter in der richtigen Erkenntnis der Lage und in der Anspannung der nationalen Energien geführt.

In dieser stärkeren Anspannung der Energien im Hinblick auf eine Kriegsführung auf lange Sicht ist der Sinn der letzten politischen Entwicklung im Lager der Westmächte zu sehen, nicht in einem sensationellen Szenenwechsel. Zwar hatten Publikum, Presse und Parlamentarier handgreifliche Taten und besonders militärische Betriebsamkeit verlangt, und diesen volkstümlichen Vorstellungen war offenbar sogar in England eine allzu populäre Konzeption gemacht worden mit dem Fliegerangriff auf die deutsche Insel Sylt. Was immer dieses Unternehmen an einzelnen Erfolgen gebracht haben mag, so konnte ein derartiger Versuch zur Aktivierung der Kriegsführung nicht eigentlich überzeugend wirken. Bezeichnenderweise übte die „Times“ bei dieser Gelegenheit Kritik an der Zusammenhanglosigkeit der Aktionen der britischen Luftwaffe, und damit war offenbar auch ein unausgesprochener Tadel verbunden gegenüber militärischen Initiativen, die unter der Suggestion der öffentlichen Meinung und zu ihrer Befriedigung unternommen werden.

In Paris hatte die Regierungskrise weit mehr als in London die Erwartung eines Szenenwechsels hervorgerufen. Das französische Temperament, das die Langsamkeit und Wirklichkeit oder vermeintliche Unschlüssigkeit Chamberlains und des britischen Kabinetts als eine Behinderung und lästige Fessel empfand, verlangte angesichts der stürmischen Initiativen Berlins nach Beweisen und Erfolgen der eigenen Aktivität. Man versprach sich vor allem viel von einer Gegenaktion der französischen Diplomatie. Dabei herrschten aber merkwürdige Vorstellungen über die Möglichkeiten und Aussichten diplomatischer Vorstöße, die je nach Partei- und Ideenrichtung angelegt und kombiniert wurden. Bezeichnend war der Schwarm von Gerüchten über die Rückkehr Pavalis an den Quai d'Orsay oder über seine Betrauung mit einer besonderen Mission in Rom. Für das eine oder andere mag der Augenblick wohl einmal kommen, welche Mission aber eine Wiederaufnahme der Politik Lavalis gegenüber Italien in der jetzigen Phase für Frankreich haben sollte, war nicht leicht einzusehen. Auf dem Brenner ist mit der Neubelebung der „Achse“ ein wirtschaftliches und diplomatisches Experiment eingeleitet worden, das einige Zeit beansprucht und ausfüllen wird, und so lange ist es wenig wahrscheinlich, daß Mussolini vor der Entscheidung über die Wiederaufnahme der von Laval im Jahre 1935 versuchten französisch-italienischen Politik gestellt werden könnte. Angesichts dieser vorgeschriebenen Wartezeit lag es in der Logik der Situation, die französisch-britische Zusammenarbeit und Allianz auszubauen. Die sensationelle Wirkung eines dramatischen Szenenwechsels auf der diplomatischen Bühne war damit allerdings nicht zu erreichen. Aber Paul Reynaud ist von Natur auch nicht der Mann, der einen solchen Theaterecoup suchen würde. Er hat mit England das Abkommen über die finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 4. Dezember 1939 abgeschlossen, und das weit über die Kriegsführung hinausweisende Programm jener Abmachungen hat mit der Erklärung des Obersten Kriegsrates vom 28. März seine politische Befiegelung erhalten. Die angestrebte wirtschaftliche und finanzielle Interessengemeinschaft ergibt die Grundlage für ein weitgehendes Verständnis Englands gegenüber den politischen Bedürfnissen Frankreichs, und es ist begreiflich, daß Berlin bei allem Spott über die angeblich untergeordnete Rolle Frankreichs im Bündnis der beiden Westmächte

wenden.

auf die Erklärung des Obersten Kriegsrats der Alliierten im Grunde doch mit tiefer Erbitterung reagiert.

Nebst dem ist der volkstümlichen Vorstellung, daß etwas „Spektakuläres“ zu geschehen habe, durch die Verabschiedung des Sowjetbotschafters *Suriß* in Paris schließlich ebenfalls Rechnung getragen worden. Das entschiedene Auftreten gegenüber Moskau, das die französischen Rechtsparteien aus ideologischen, innenpolitischen und diplomatischen Gründen immer forderten, hat mit dem Verlangen nach Abberufung des Botschafters seinen Ausdruck gefunden in einer Geste, der heute auch die Linkskreise trotz ihrer Abnei-

gung gegen einen offenen Bruch mit Rußland zustimmen. Nach langem und unsicherem Schwanken hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß Frankreich gegenüber den Sowjets keine ängstliche Rücksichtnahme zeigen und sich in seiner Handlungsfähigkeit auch nicht einengen lassen dürfe durch die Furcht, mit Rußland eventuell in einen Kriegszustand zu geraten. Natürlich wird die französische Politik den kriegerischen Konflikt nicht suchen, aber mit einem größeren Maß von eigener Unbefangenheit wird sie wahrscheinlich Moskau selbst zur Vorsicht anhalten und auch den Staaten in Südosteuropa das Gefühl geben, daß dem russischen Druck Grenzen gesetzt seien.

9
1. Apr. 1940

Bulletin Quotidien (Paris)

Nr. 72/3

- 72-73 -

1/4, 20

A.-15

Dans la Presse.-

Buts de paix et Société des Nations.-

En rapport avec les récentes déclarations du Conseil Suprême, il n'est pas sans intérêt de relever l'article que, sous le titre "Entre Anglais et Français" vient de publier, dans la Dépêche de Toulouse du 25 mars, M. Paul Bastid, l'un des parlementaires les plus au courant de cet aspect de l'activité diplomatique.

"Les associations françaises et britanniques pour la Société des Nations viennent de tenir, à Londres, une réunion commune pour délibérer sur les buts de paix", écrit-il. Un texte a été arrêté à l'issue de ces travaux. Ce texte a été soumis aux deux gouvernements; car, de toute évidence, les deux groupements ne peuvent être dans les circonstances présentes que les auxiliaires des autorités officielles. Ils mettent à leur service les moyens dont ils disposent; ils leur apportent les résultats d'une expérience de vingt ans et le concours d'une influence sur l'opinion publique, qui s'est atténuée peut-être, mais qui n'a pas disparu. Outre-Manche en particulier, le prestige de la League of Nations Union a été considérable; et il demeure encore très réel.

La délégation française, conduite par Emile Borel, comptait quatre membres en dehors de l'illustre savant. Du côté anglais, lord Lytton, qui a présidé les séances, lors Cecil, le professeur Gilbert Murray, M. Noël Bakes, M. Arnold Forster, lady Gladstone, etc, ont été parmi les plus assidus. Le général Spears, qui n'oublie aucune manifestation franco-britannique, est venu un moment apporter sa chaleureuse adhésion.

Ces assises avaient fait l'objet d'une longue préparation, sans laquelle nous n'aurions pu aboutir. Mais la rédaction était déjà si avancée par un échange de correspondances poursuivi depuis trois mois, que la conclusion définitive, après des débats qui ont duré deux jours, a été relativement aisée. La cordialité des contacts a aplani les dernières divergences. A l'origine cependant nos points de vue s'étaient révélés fort éloignés. La League of Nations Union a toujours été imprégnée d'une sorte de pacifisme mystique auquel répugnent les conceptions françaises. Sur le premier texte qu'elle nous avait envoyé, nous n'aurions jamais pu nous entendre. Mais il faut rendre hommage à l'esprit de compréhension et de conciliation dont elle a fait preuve dans la controverse. Les conclusions finales auxquelles nous sommes arrivés n'auront pas pour résultat d'affaiblir dans la moindre mesure la résistance franco-britannique; bien au contraire, elles tendent à la renforcer.

En bref, les Anglais ont admis cette fois que l'organisation de la sécurité commune primait tout. Et c'est à l'abri et dans le cadre de cette sécurité qu'ils se sont bornés à évoquer leur idéal traditionnel d'humanitarisme religieux. Même s'il entre dans cet idéal certaines chimères, celles-ci perdent par là leur force nocive.

Un certain nombre de points ont été réservés, qui feront l'objet de délibérations ultérieures, notamment l'organisation des moyens collectifs de défense. Nos collègues britanniques doivent en effet venir à Paris dans quelques semaines.

L'idée générale sur laquelle est construite la résolution adoptée, c'est qu'en opposition à la politique allemande d'asservissement, la France et la Grande-Bretagne ne cherchent pas à dominer l'Europe, mais veulent assurer aux autres

wenden!

nations la liberté qu'elles revendiquent pour elles-mêmes. Ce sera le leitmotiv idéologique des deux propagandes.

En conséquence, une fois la victoire des alliés acquise, tout devra être mis en oeuvre pour "créer amiablement un ordre nouveau". Les Anglais se montrent très préoccupés d'éviter une paix de vengeance. Nous songeons surtout à éviter une paix d'illusions. Et nous nous sommes efforcés d'éviter ce double écueil en spécifiant les conditions relatives aux belligérants d'une part, celles relatives à l'organisation générale de l'autre.

Les premières concernent d'abord l'armistice et ensuite le traité de paix. L'armistice dépendra évidemment de la situation militaire et il serait déraisonnable d'entreprendre ici sur la compétence des autorités responsables. Mais il a été prévu dans notre texte que les peuples d'Autriche, de Pologne et de Tchécoslovaquie d'avant Munich devraient pouvoir disposer d'eux-mêmes et fixer librement leur sort. A cet effet, les troupes allemandes seraient retirées de ces territoires et remplacées par d'autres éléments suffisamment forts pour maintenir l'ordre et résister à toute agression; les gouvernements nationaux retrouveraient leur responsabilité administrative, et leurs représentants siègeraient à la conférence de la paix à côté des délégués alliés et des délégués allemands. Les conditions de la paix avec l'Allemagne seraient ainsi fixées après une discussion à laquelle prendraient part librement toutes les parties intéressées, étant bien entendu que les garanties d'exécution seraient déterminées par les gouvernements alliés.

En ce qui concerne l'organisation générale de la paix, nos collègues britanniques ont beaucoup tenu à dire que la conférence chargée de l'établir aurait lieu autant que possible au siège de la Société des Nations. Le but principal de cette conférence serait de rendre impossibles de nouvelles guerres d'agression, les alliés actuellement en guerre avec l'Allemagne étant fermement résolus à épargner aux générations futures les sacrifices qui leur ont été par deux fois imposés. L'idée d'une limitation nécessaire de la souveraineté nationale a été mise en valeur, comme permettant seule de défendre la suprématie de la loi internationale et d'assurer l'organisation de la sécurité collective.

Les Anglais tiennent toujours à une Société des Nations aussi universelle que possible. Mais ils ont reconnu que la coopération franco-britannique en constituait le noyau. C'est autour de cette association que devrait se former, par l'agrégation successive d'autres Etats, une entente plus large, fondée, à l'intérieur de cette Société des Nations un peu nominale, sur le principe que l'agression est un crime et qu'il faut la prévenir et, le cas échéant, y répondre par une politique et par une action communes. Ce groupement acceptant une discipline réelle recueillerait des puissances alliées la mission de veiller aux garanties effectives dont la guerre aura fait apparaître la nécessité.

Enfin, sur le désir de nos collègues autant que pour satisfaire nos propres vues, nous avons marqué que la paix ne se limitait pas à la conservation et à la défense de ce qui existe, mais qu'elle englobait aussi son amélioration régulière et méthodique. Une fois la sécurité organisée, tout un programme de compénétration internationale deviendrait concevable, par le développement en commun des avantages matériels et moraux inhérents à toute civilisation. L'ajustement pacifique des situations ne serait pas exclu.

J'ignore quelles seront l'influence et la portée de la résolution franco-britannique (qui sera d'ailleurs complétée ultérieurement). Mais je puis témoigner de l'esprit excellent dans lequel elle a été adoptée. Et j'y trouve une preuve supplémentaire de la volonté commune qui anime les deux peuples."

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 165

General Wengand in Paris.

Eine Sitzung des französischen „Kriegskomitees“.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

➤ Brüssel, 31. März. Seit der letzten Sitzung des Obersten Kriegsrates in London ist in Paris eine lebhafte Regierungstätigkeit zu beobachten, die offenbar der Ausführung der Londoner Beschlüsse gilt. Diese Beschlüsse sind geheimgehalten worden; nur einige ihrer Ziele sind aus offiziellen Londoner Mitteilungen zu erkennen, nämlich die Ausdehnung der Seeblockade und die Verschärfung der Handelskontrolle der neutralen Nachbarstaaten Deutschlands. Der Prüfung der Möglichkeiten zu diesem Ziele dürfte auch die Beratung gegolten haben, zu der das französische Kriegskomitee am Samstag zusammentrat. Das Komitee vereinigt unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik den Ministerpräsidenten, die Wehrminister und die Oberkommandierenden der Waffengattungen. Seine Funktionen sind rein militärischer Art, es hat die Direktiven zu geben, die von den Oberkommandierenden der drei Waffengattungen bei der Leitung der Operationen ausgeführt werden. Die Sitzung dauerte fast drei Stunden.

Die Beratung war durch eine Konferenz vorbereitet worden, die der Landesverteidigungsminister Daladier am Vormittag mit den Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte abhielt; schließlich hatte der Oberkommandierende der Orientarmee, General Wengand, der am Samstag unvermutet in Paris eingetroffen war, nach der Sitzung des Komitees eine Unterredung mit Reynaud und dann mit Daladier.

Während Verhandlungen dieser Art in Paris stattfinden, begibt sich der neue Propagandaminister Frossard am Montag nach London zu einem Meinungsaustausch mit dem britischen Informationsminister Sir John Reith. Der Zweck dieser Zusammenkunft besteht vor allem darin, die Einheit der für das Ausland bestimmten Pressemitteilungen der beiden Regierungen sicherzustellen.

Auf dem Gebiet der inneren Organisation der neuen französischen Regierung ist eine Verordnung zu verzeichnen, worin neben dem bereits bestehenden Kriegskabinet ein interministerielles Wirtschaftskomitee unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Regierung, Staatsminister Chautemps, geschaffen wird. Ihm gehören außer dem Finanzminister Lamoureux sämtliche Leiter der wirtschaftlichen Ressorts an. Um Nachteile, die sich aus dieser Zerteilung der Regierungstätigkeit ergeben könnten, zu vermeiden, wird gleichzeitig auf dem Verordnungswege als Verbindungsorgan ein gemeinsames Generalsekretariat des Kriegskabinetts und des Wirtschaftskomitees geschaffen. Sein Leiter, Boudoin, der seine Karriere in der Finanzverwaltung gemacht hat, war Generaldirektor der Banque de l'Indochine.

Neue britische Drohungen gegen die Neutralen.

Verstärkter Druck auf Norwegen.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

A-m Amsterdam, 1. April. In London wird angenommen, daß Chamberlain am Dienstag im Unterhaus nähere Mitteilungen über die Beschlüsse des Obersten Kriegsrates machen werde, insbesondere über die verschärften Blockademahnen, die offenbar im Mittelpunkt dieser Beschlüsse gestanden haben. Der erste Punkt des Programms ist der Versuch einer Unterbindung der schwedischen Erzausefuhr nach Deutschland über den norwegischen Hafen Narvik. Zu diesem Ziel will man, wie der Diplomatische Korrespondent des „News Chronicle“ mitteilt, nötigenfalls auch „gewisse technische Verletzungen des Völkerrechts“ anwenden. Obwohl diese Ankündigung nichts Ueberraschendes mehr enthält, ist man in Londoner amtlichen Kreisen anscheinend der Ansicht, daß der „News Chronicle“ für den Augenblick doch zu weit vorgepresst sei. Der Diplomatische Korrespondent von Reuter dementiert, „daß England dazu übergehen würde, in neutrale Gewässer einzudringen oder dort eine polizeiliche Kontrolle auszuüben oder eine andere rechtswidrige Aktion vorzunehmen“; der Korrespondent versichert, daß der Oberste Kriegsrat über seine Pläne noch nichts Näheres bekanntgegeben habe und warnt davor, von der Chamberlainrede sensationelle Aufschlüsse zu erwarten. Anscheinend soll der „technischen Neutralitätsverletzung“ noch ein politischer Druck auf Norwegen vorangehen. Mit nur allzu deutlicher Tendenz lassen die Londoner Blätter sich von ihren skandinavischen Berichtserstatlern Gerüchte melden, daß die norwegische Regierung erwäge, von sich aus den Erzhandel mit Deutschland zu unterbinden. Man spricht sogar von einem englischen Ultimatum an Oslo.

Nach einer Londoner Meldung des „Allgemeinen Handelsblatt“ soll der französische Ministerpräsident Reynaud auf der Londoner Tagung Maßnahmen gegen die russischen Vorkriegslieferungen an Deutschland von Vaku aus gefordert haben. Das sei aber abgelehnt worden. England sucht sich lieber die kleineren Neutralen als Opfer seiner „Verschärfung des Krieges“ aus. Diese bekommen im Anschluß an die Churchill-Rede neue Mahnungen und Drohungen zu hören. Der Erste Lord der

Admiralität hat den Triumph, daß seine Erklärungen diesmal allgemein mit voller Zustimmung aufgenommen und weiter ausgeführt werden. So schreibt der „Daily Telegraph“: „Wenn die kleineren Staaten zusammenstünden und die Lieferungen verweigerten, durch die allein der Nationalsozialismus seine Waffenmacht aufrecht erhalten kann, so könnten sie sich selbst sichern. Das erste Ziel der neuen Nazioffensive gegen sie ist moralische Lähmung. Weichheit wird keine Verteidigung sein. Wenn neutrale Länder sich nicht in der Lage zeigen, sich gegen den Ruin der Unterwerfung unter den Nationalsozialismus zu wehren, so müssen die Alliierten dafür sorgen, daß ihr Gebiet für das Reich nicht länger ein Mittel des Ausweichens vor der Blockade ist.“ In dem Augenblick des neuen englischen Angriffs auf die Positionen der Neutralen wird hier also nach altem bekanntem Muster eine „neue deutsche Offensive“ gegen die Neutralen behauptet. Man braucht zur Antwort nur zu zitieren, was das „Allgemeine Handelsblatt“ schreibt. Dort heißt es (nach einem sehr heftigen, offenbar zur Wahrung der Neutralität bestimmten Angriff auf die deutsche Seekriegsführung): „Aufs neue bricht sich hier entgegen aller Rechtsfischerheit die unhaltbare Auffassung Bahn, daß in einem Kampf zwischen zwei Parteien Repressalien erlaubt seien, die sich mit gegen unbeteiligte Dritte wenden, ja praktisch in erster Linie solche unbeteiligten Dritten treffen.“ In demselben Aufsatz findet sich auch eine bemerkenswerte Erwiderung an Churchill: „Minister Churchill hat — en passant — eine sentimentale Erinnerung an das vorgebracht, was die kollektive Sicherheit für Europa hätte bedeuten können. Aber diese Erinnerung kann für die Gegenwart nichts mehr nützen. Die kollektive Sicherheit ist, mit durch Frankreich und England, zielbewußt unterhöhlt worden, und der Völkerbundspakt ist als Ganzes wie in seinen politischen (gerechte Behandlung der Besiegten), militärischen (gleichmäßige Abrüstung) und wirtschaftlichen (Zusammenarbeit für den Wohlstand) Bestimmungen nicht angewandt worden. Wäre dies geschehen, so wäre wirklich aus- geblieben, was jetzt giftig wuchert.“

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 186

Beifall für Reynaud.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 1. April. Die Ergebnisse der sechsten Tagung des Obersten Alliierten Kriegsrates in London werden in Frankreich mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Das gilt allerdings nur von der französisch-britischen „Erklärung“, da die übrigen Beschlüsse geheimgehalten werden und man von ihnen nur weiß, daß sie eine Verstärkung des Versuchs der Blockade und ihrer geographischen Ausdehnung nicht nur auf fernere Meere, sondern auch auf die Einfuhr zu Lande beabsichtigen. Die Presse steht in dieser gemeinsamen Erklärung die Vervollendung der französisch-englischen Allianz, da sie einen Sonderfrieden ausschließt, ein gemeinsames Kriegsziel definiert und die militärische und politische Solidarität über den Krieg hinaus aufrecht erhalten möchte. Die Vereinbarung, die gemeinsame Aktion so lange fortzuführen, wie es die Sicherheit der europäischen Staaten erfordert, wird als eine wesentliche Neuerung angesehen. Das Finanz- und Währungsabkommen vom 4. Dezember 1939 ging zwar auch schon über den Krieg hinaus, da seine Laufzeit bis mindestens sechs Monate nach Friedensschluß ausgedehnt worden ist. Die Vereinbarung vom 28. März 1940 nun begrenzt die Dauer ihrer Gültigkeit praktisch überhaupt nicht. Da die Franzosen seit dem Ausbruch des Krieges die Kritik, die sie selbst seit 1924 am Versailler Vertrag geübt haben, völlig vergessen haben und nicht mehr die Fehler des Vertrages, sondern die Nichteinhaltung seiner Bestimmungen für den neuen Krieg verantwortlich machen, hoffen sie nunmehr, die Gewähr zu haben, daß der nächste Friedensvertrag, wobei sie natürlich ihren Sieg stillschweigend voraussetzen, vollständig ausgeführt werde. Gegen eine Auflösung der französisch-englischen Allianz, der sie heute die Hauptschuld an der Nichtbefolgung des Versailler Vertrages und an dem gegenwärtigen Kriege geben, glauben sie diesmal geschützt zu sein.

Dieser Gedanke liegt den meisten Kommentaren zu Grunde. Am klarsten wird er vom „Journal“ ausgesprochen: „Schließlich wünschen wir 1919 nicht mehr. Ob die Klauseln des Friedensvertrages von 1919 gut oder unvollkommen waren, das zu entscheiden, werde ich mich hüten. Aber ihre Schwäche bestand darin, daß ihre Ausführung in keiner Weise garantiert war. Diesmal wird es nicht so sein, und wir müssen der Regierung und dem Volk Großbritanniens dankbar sein, daß sie uns schon heute die notwendige Beruhigung feierlich haben geben wollen. Es handelt sich nicht mehr darum, daß jeder, wenn das Drama einmal beendet und der Friede unterzeichnet ist, seiner Wege gehe. Ein Papier genügt nicht, wenn zwischen den Unterzeichnern nicht mehr die gemeinsame Verpflichtung besteht, ihm Achtung zu verschaffen.“ Der „Excelsior“ hebt hervor, daß „dieses Abkommen allen Mächten guten Willens offensteht“, und auch das „Ordre“ betont, daß die beiden Westmächte kein Direktorium über die europäischen Staaten errichten wollten. Es fährt aber fort: „Die Allianz der beiden Demokratien wird das Zentrum des Systems sein, die Exekutive der Liga, die sich dann bilden wird, und man muß hoffen, daß diese Liga diesmal nicht durch das Gift der Ideologie aufgelöst wird, die uns so viel Unheil zugefügt hat.“ Die Franzosen sind also wieder bei der Völkerbundsliga angekommen und hoffen nun auch, in der Vervollendung der französisch-britischen Militärallianz das Exekutivorgan für den zukünftigen Völkerbundsakt gefunden zu haben. Das Problem der Völkerbundsarmee, die zuletzt Tardieu zu verwirklichen versuchte, erscheint ihnen endlich gelöst, — vorausgesetzt, daß der Krieg erst einmal geführt... und gewonnen ist.

Von solchen Zukunftsträumen abgesehen, wird die französisch-britische Erklärung als ein großer Erfolg des neuen Ministerpräsidenten Paul Reynaud gefeiert. Der „Petit Parisien“ schreibt: „Die Franzosen sind oft, sei es aus Unkenntnis, sei es aus schlechtem Willen, sei es einfach aus Neigung zur Opposition, ungerecht gegen ihre Führer. Heute können sie sich dem Vergnügen hingeben, den Ministerpräsidenten und Außenministern von gestern und heute, Edouard Daladier und Paul Reynaud, der verbündeten Regierung in Chamberlain und Halifax und den Kanzleien beider Länder Beifall zu spenden.“ Gestützt auf solche Stimmen wird der neue Ministerpräsident Reynaud am 2. April vor die Kammer und am 9. April vor den Senat treten und die Schlappen, die er bei seinem Regierungsantritt mit dem Abstimmungsergebnis in der Kammer erlitten hat, als ausgemerzt betrachten.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 169

Englands Absichten gegen die Neutralen.

Eine neue Rede Chamberlains.

Amsterdam, 2. April. Chamberlain hat heute seine erwartete Rede gehalten. Sie hat über die letzte Sitzung des Kriegsrates der Westmächte und über die Beschlüsse zur Verstärkung der Blockade keine bemerkenswerten Aufschlüsse gebracht. Dies ist kaum noch überraschend, nachdem der Diplomatische Korrespondent von Reuters, wie hier gestern berichtet wurde, bereits davor gewarnt hatte, von der Rede Überraschungen zu erwarten. Der Diplomatische Korrespondent der „Times“ hatte sich inzwischen dieser abwiegelnden Tendenz angeschlossen. Auch sonst wird in der Presse jetzt schon weniger deutlich von unmittelbaren und energischen Maßnahmen gesprochen, als das in der ersten Begeisterung über die (vermuteten) Beschlüsse von London der Fall gewesen war. Es heißt jetzt, daß zwar grundsätzliche Beschlüsse gefaßt seien, daß aber noch wichtige Fragen ihrer technischen Verwirklichung offengeblieben seien. So sei es jetzt zunächst an den Sachverständigen, diese Maßnahmen im einzelnen auszuarbeiten; über das Wie und Wann ihrer Ausführung aber lasse sich noch nichts sagen. Im Vordergrund der Ueberlegung steht für die Presse noch immer die Frage des Schwere des Erzes, und noch immer ist von einer britischen Note an Oslo die Rede. Große Hoffnungen setzt man auf die bevorstehenden Besprechungen der englischen Vertreter in Südosteuropa mit Lord Halifax; in diesen Ländern scheint man sich vor allen Dingen eine aktivere und umfassendere Politik des Aufkaufes von Waren, die für Deutschland wichtig sind, vorzustellen. Aber in alledem ist eine Dämpfung des Tones unverkennbar. Ob man Angst vor der eigenen Kurage bekommen hat und die Schwierigkeiten besser übersehen, ob man geglaubt hat, daß die Neutralen jetzt für einen britischen Vorstoß besser disponiert seien und sich ihre Proteste gegen die neuen Blockademittel weniger energisch vorgestellt hat, ob schließlich die Ankündigungen einer verschärften Kriegsführung nicht wenigstens zum Teil für den Hausgebrauch und für die Stützung der Position Chamberlains wie Reynauds bestimmt waren, — alles das ist zunächst von außenher natürlich schwer zu durchschauen. Es mag sein, daß diese Motive zusammengewirkt haben, um die jetzige Situation zu erklären.

„Geeignete Maßnahmen.“

Unverkennbar war auch die Rede Chamberlains von einer gewissen Gedämpftheit und Unbestimmtheit. Der wichtigste neue Gesichtspunkt, den er vortrug, schien die Drohung an die Neutralen zu sein, sie würden nicht mehr mit Waren aus dem Empire beliefert werden, wenn sie nicht ihren Handel mit Deutschland einschränkten. Diese Drohung klingt freilich stumpf im Munde eines Mannes, der vor nicht allzu langer Zeit die Parole „exportieren oder sterben“ übernommen hat. In mancher Hinsicht sollen die verschärften Blockademassnahmen anscheinend nicht so sehr generell wie gegen bestimmte für Deutschland besonders wichtige Einzelwaren angewendet werden. Im allgemeinen kündigte Chamberlain nur in recht unbestimmter Form „geeignete Maßnahmen“, etwa zur Unterbindung der Ergänzungs- nach Deutschland über Narvik, an. Oder er sagte sogar nur, solche Maßnahmen seien „in Erwägung“. Natürlich spielte die Stellung der Neutralen eine große Rolle in den Darlegungen des Premierministers; er unterstellte Deutschland, daß es eine doppelte Auslegung der Neutralitätspolitik geschaffen habe. Die Westmächte dagegen hätten die Rechte der Neutralen „feierlich“ geachtet; nicht einmal von „technischen Neutralitätsverletzungen“ sprach er mehr. Chamberlain leugnete, daß England den Konflikt im Südosten ausdehnen wolle. Es hoffe vielmehr, daß sein Bündnis mit der Türkei den Frieden auf dem Balkan konsolidiert habe. Der Premierminister teilte mit, daß während seiner Rede ein Handelsabkommen mit Dänemark unterzeichnet werde; er wiederholte dem Triad, durch Mitteilung einer Neuigkeit Stimmung im Unterhaus zu machen (kürzlich hatte er das mit dem Ost-Flug versucht.) Abschließend kündigte Chamberlain häufigere Zusammenkünfte des Obersten Kriegsrates an.

Auf nach Bundesgenossen.

Der Oppositionsführer Attlee hielt anschließend eine seiner sozialen Reden, die deutlich machen, warum Chamberlain aus Mangel an jeder wirklich ernsthaften Gegnerschaft immer wieder so leichtes Spiel im Unterhaus hat. Uebrigens bemerkt eben jetzt „New Statesman and Nation“, daß der Verstärkung, die die Stellung Chamberlains während der ersten Kriegsmomente im Unterhaus erfahren hat, die Entwicklung im Lande entgegengesetzt sei. Ein Anzeichen in diesem Sinne ist auch das Ergebnis einer Umfrage, die das British Institute of Public Opinion veranstaltet hat und deren Zahlen der „News Chronicle“ veröffentlicht. Die Frage lautete: „Die Regierung meint, daß zur Erhöhung unserer Kriegserzeugung jedermann so wenig Waren wie möglich kaufen sollte. Sind Sie auch dieser Meinung?“ 51 Prozent der Befragten haben mit Ja geantwortet, ein Ergebnis, das an die „einstimmige“ Kammermehrheit Reynauds erinnert. Eine Regierung, die in so geringem Umfang das Land von der Notwendigkeit eines Opfers der Heimat für den Krieg überzeugen kann, darf kaum behaupten, daß sie den Krieg mit dem Vertrauen des Volkes führe.

Aber die Oberschicht läßt in ihrer Kriegsentflossenheit nicht nach. Am Tage vor der Chamberlain-Rede hat der einflussreiche konservative Abgeordnete Amery eine Rundfunkansprache gehalten, die mit den Versicherungen des Premierministers über die Friedenspolitik Englands im Südosten in schlechtem Einklang steht. Amery sagte, die Antwort Englands auf die angebliche deutsche diplomatische Aktivität im Südosten könne „nur in Form von Männern und Kanonen, von Schiffen und Flugzeugen“ gegeben werden. „Es sind unsere Herrschaft im Mittelmeer, die Stärke der türkischen Armee und der alliierten Kräfte, die sich hinter ihr sammeln, die den bedrohten Balkanstaaten klar machen werden, wie weit sie ihre bedrohte Unabhängigkeit erfolgreich verteidigen können, und die die potentiellen Mitwirkenden an Deutschlands Aggression zögern lassen wird, ehe sie über ihr Land das Schicksal bringen, das Bulgarien im letzten Krieg erlitten hat.“ An diesem neuen Auf nach Bundesgenossen dürfte die Wendung über die Mittelmeerherrschaft besonders in Rom interessieren.

Kriegsziele und Kriegspläne.

Von Giuseppe Lo Verde.

Der Staatsrechtler an der Universität Catania, Professor Dr. Giuseppe Lo Verde, stellt uns den nachfolgenden Aufsatz zur Verfügung. Er wird bei unseren Lesern schon deshalb Aufmerksamkeit finden, weil er eine grundsätzliche Darlegung zum Kriegsgeschehen von der italienischen Auffassung her enthält.

Es scheint, als ob sich das Geheimnis der englischen und französischen Staatsmänner um den zukünftigen Aufbau Europas zu lösen begänne. Es ist trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit seit Ausbruch des Krieges ein langer Weg bis zu diesen ersten, noch schwankenden Ergebnissen über die Kriegsziele gewesen. Als Chamberlain den Kriegszustand im Unterhaus bekanntgab, sprach er von der Vernichtung des Hitlerismus. Dabadi war vorsichtiger, er hielt damals die Stunde für noch nicht gekommen, sich über die Kriegsziele auszulassen. In England begann man dann, da man über die eigentlichen Kriegsziele nicht viel auszusagen wußte, über das Verfahren bei den zukünftigen Friedensverhandlungen sich Gedanken zu machen: ein Weltkongreß sollte zusammentreten, auf dem alle Staaten der Welt vertreten wären, darin einbezogen natürlich Österreich, die Tschecho-Slowakei und Polen, aber ohne Deutschland. Dieser Weltkongreß sollte dann die neue völkerrechtliche Ordnung schaffen, wie Chamberlain sie sich wünscht. Sobald es dann aber wieder an die Frage der Kriegsziele selber ging, verfiel man wieder auf allgemeine Begriffe: totaler Frieden, Sicherheit für alle Völker. Doch eins konnte den neuen Wendungen schon klar entnommen werden: es ging nicht mehr um die Vernichtung des Nationalsozialismus, sondern des Deutschlands überhaupt.

Rechenfehler.

Nach den englischen Weltkongreß-Plänen wurde es in Frankreich wieder um die Kriegsziele lauter: man erinnerte sich der Versprechungen weitgehender „Sicherheiten“, die Frankreich gemacht worden waren und ihm dann 1918 nicht gewährt wurden, man verlangte die Zerstörung Deutschlands, ein größeres Polen, den auch Ostpreußen angehören sollte, und im Collège des Sciences Sociales in Paris begann man das Studium um einen europäischen Bundesstaat.

In England wurden diese Gedanken nicht nur aufgegriffen, besonders von Völkerrechtlern, wie etwa Charles Sarolea und Sir Thomas Holland, sondern auch gleich mit den Kriegsplänen in Verbindung gebracht. Man wollte durch das englische und französische Gold, durch die sogenannte englisch-französische Wirtschaftsentente eine europäische Föderation ins Leben rufen, eine Fülle für alle neutralen Länder; die Vorschläge Churchills vom Januar sind noch in aller Erinnerung.

Der Krieg nimmt unterdessen seinen blutigen Fortgang. Menschliche Leben und Reichtümer werden vernichtet und versinken in die Abgründe des Meeres. Immer mehr richten die Menschen ihre Gedanken darauf, warum das alles geschieht, wo doch wahrhaft überzeugende Gründe dafür nicht angegeben werden. Man beginnt sich zu fragen, der Krieg müsse mit unverzeihlicher Ueberstürzung erklärt worden sein, man denke dann weiter zurück an die mit ebenso unverzeihlicher Ueberstürzung Polen angebotene Garantie. Man entdeckt mit einem Male, daß der Krieg seit langer Hand vorbereitet sein mußte, wem auch unter durchaus falscher Beurteilung aller Umstände. Bis zu der Entscheidung in München schien der britische Imperialismus in der Tat darauf bedacht, die Kräfte der durch den Versailler Vertrag beraubten oder bedrohten Staaten irgendwie, womöglich im Kampf mit Sowjetrußland, zu binden. Nach der endgültigen Lösung der tschechischen Frage im März 1939 wurde das Steuer der britischen Politik rasch herumgeworfen, um Deutschland und Italien mit Hilfe der militärischen Kraft anderer Länder auf allen Fronten einzukreisen. Erst nachdem auch dieser Plan durch die militärische Vernichtung Polens und die deutsch-russischen Vereinbarungen gescheitert war, suchte die britische Kriegspolitik neue Auswege.

Wie steht es nun mit der Verbindung zwischen den Kriegszielen und der Kriegsführung? Ziele waren die Herbeiführung der allgemeinen Sicherheit, die Ausmerzung der Gewalt und

Zerstörung jeder Vorherrschaft. Geführt wird aber der Krieg auf eine Weise, die die Sicherheit aller Staaten, die außerhalb des Konfliktes stehen, gefährdet, ihren Handel unterbindet und sie schließlich in die Gefahr führt, sich nicht einmal mit den nötigen Lebensmitteln versorgen zu können. Man hat die von den Westmächten angesammelten Schätze dazu vereint, alle übrigen Staaten das Gewicht ihrer scheinbaren Ueberlegenheit fühlen zu lassen. Kriegsziel aber bleibt die Reorganisation der europäischen Wirtschaft. Es wird indessen eine Generation nicht genügen, jene europäische Wirtschaft nach den furchtbaren Schlägen dieses Krieges wiederaufzurichten. Und wer soll das besorgen? In England und besonders in Frankreich denkt man höchstens an eine Verlängerung ihrer wirtschaftlichen Koalition über das Kriegsende hinaus und bleibt im übrigen bei der Abneigung gegen jede Form der Autarkie.

Der Wirtschaftskrieg.

Kann nun aber der Wirtschaftskrieg — und damit kommen wir zu der brennenden Frage, auf die sich die neuerliche Wendung in der englischen Kriegspolitik bezieht — den Westmächten das bringen, was sie von ihm erwarten? Die Engländer rechnen fast mit seiner Verlängerung. Lord Beaverbrook hat uns kürzlich ein schönes Beispiel solcher Berechnungen gegeben. Er geht davon aus, daß der Krieg England täglich sechs Millionen Pfund koste, wovon die Hälfte durch Steuern aufgebracht werden könne und die andere Hälfte durch Anleihe. Sodann berechnet er die Bezahlungen für Käufe im Vereinigten Staaten und stellt sie zu den Goldreserven Englands, Frankreichs, Kanadas und anderer Dominions in Beziehung. Diese Reserven werden auf 2490 Millionen Pfund geschätzt werden; sie liegen demnach immer noch 190 Millionen über der Lieferungssumme der Alliierten im letzten Jahre nach Abzug des britisch-französischen Exports nach den Vereinigten Staaten. Ganz abgesehen davon, daß nicht ersichtlich ist, inwiefern bei den Kriegskosten, die nach der Beaverbrook'schen Rechnung gegenüber dem Weltkrieg auf das Doppelte gestiegen sind, die amerikanischen Lieferungen daselbe kosten sollen, erfüllt die für die englische Denkmalsart charakteristische völlige Mißachtung aller mit der Dauer des Krieges immer furchtbarer werdenden Schrecken mit großem Widerwillen.

Die Franzosen, die mehr vertraut sind mit der Möglichkeit der Evaluierung von Städten und den entsprechenden Kosten, sowie mit der Gefahr, daß das amerikanische Schatzamt die Hand auf alle ausländischen Wertpapiere lege, die auch in der Beurteilung der tatsächlichen Lage größere Mithäufigkeit beweisen, bemerken aber schon, daß die Zeit in diesem Kriege gar nicht so für England arbeitet, wie England es gern wahrhaben möchte. Heute ist zum Unterschied vom Weltkrieg nur die französische Grenze geschlossen. Die übrigen Nachbarn Deutschlands sind neutral, und die Zufuhrkanäle haben daher gegen 1914 enorm zugenommen. Man erkennt auch an, daß Deutschland heute außerdem auch technisch stärker ist als 1914. Auf diesen „Klagenwechsel des Gottes Kronos“ ging man an die dritte Variante des englischen Kriegsblocks, nämlich mit allen Mitteln die neutralen Länder in den Kriegsblock hineinzuziehen.

Unter dem Leitwort: militärische Folgen einer totalen Hilfe für Finnland, wünschten einige Kreise den Krieg auf das Mittelmeer auszudehnen, sei es um ein gewaltsames Ablenkungsmanöver im Schwarzen Meer einzuleiten, dem aber vorläufig noch das bekannte Zusatzprotokoll zum türkischen Beistandspakt vom 19. Oktober 1939 entgegensteht, sei es um mit arabischen Expeditionsheeren von Syrien und dem Irak aus Rußland anzugreifen.

„Humanisierung des Krieges“.

So groß schon der Widerspruch zwischen den Kriegszielen und der Kriegsführung ist, zur grausamen Ironie kommt es, sobald von den Bestrebungen zur „Humanisierung des Krieges“

wenden

die Rede ist. In einem Kampf, in dem von beiden Parteien der letzte Kraftaufwand zur Erreichung des Endsieges gefordert wird, ist es schon von vornherein klar, daß sie sich nicht allzuviel Strupel wegen der Mittel machen werden, deren sie sich zu eben demselben Zwecke bedienen wollen. Hier gibt es aber doch eine Grenze, die alle Kulturvölker einhalten müssen, anderenfalls sich das Gewissen aller anderen Völker gegen die Kampfmethoden auflehnt. Die Westmächte schieben die Schuld Deutschland zu und benutzen ihre Propaganda, einen Wettlauf nach Repressalien in die Wege zu leiten. Wir denken da vor allem an den Minenkrieg. Das ursprünglich von Großbritannien befürwortete Verbot des Minenlegens auf hoher See ist bekanntlich auf der Haager Friedenskonferenz nicht zustande gekommen. Uebrigens hat Deutschland die 8. Haager Konvention über die Legung von unterseeischen, selbsttätigen Kontaktminen mit ausdrücklichem Vorbehalt für den Artikel 2 ratifiziert. In jenem Artikel war das Verbot enthalten, vor den Küsten und Häfen des Gegners selbsttätige Kontaktminen zu legen. Die als Repressalie angegebene britische Verordnung über die Ausfuhrblockade vom 27. November 1939 entbehrt also von dieser Seite jeder Rechtsgrundlage. Schließlich sei es noch gesagt: Glaubte man in England und Frankreich wirklich, Deutschland hätte sich durch ihre Flottenmacht widerstandslos erdrücken lassen, ohne sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen?

Englands Schuld.

Es zeigt sich somit mit großer Deutlichkeit: Kriegsziele, Kriegsführung und Kriegspläne der Westmächte sind nicht aufeinander abgestimmt, ja noch schlimmer: sie stehen in schärfstem Widerspruch zueinander. Den allertiefsten Ernst verdienen jedoch die Betrachtungen über die Kriegsergebnisse. Hier ist es die äußerste Schärfe, die dieser Konflikt schon in der vorausgehenden diplomatischen Phase angenommen hat, der zu großer Besorgnis Anlaß gibt. Die Sprache der englischen und französischen Staatsmänner während jener Phase verschloß sehr bald den Weg zu Verhandlungen. In der Zeit zwischen 1815 und 1830 hatte sich aus dem ursprünglichen Fünfbund der Sieger eine mehr oder weniger konservative Gruppe von Mächten: Oesterreich, Rußland und Preußen und eine mehr oder weniger liberale gebildet: England und Frankreich. Beide Gruppen hatten, abgesehen von den Sympathien, die dem Kurs ihrer Innenpolitik entsprangen, gemeinsame außenpolitische Interessen. Doch es kam zu keiner Spaltung und zu keiner Entente. In manchen internationalen Angelegenheiten verschob sich sogar die Gruppierung der fünf Mächte, wie die Zwischenfälle mit dem ägyptischen Vizekönig Mehemet Ali beweisen. Ein solcher Zustand konnte damals offenbar nur deshalb bestehen, weil keine Macht eine Kriegspolitik führen wollte und sie durch scharfes Auftreten einzuleiten gedachte.

Das scharfe Auftreten Englands während der Augustkrise verfolgte also einen praktischen Zweck, es sollte unannehmbare Forderungen durchdrücken helfen, die indessen alle Vermittlungsversuche, die von der Hoffnung der ganzen Welt getragen waren, scheitern ließen. Auch hier taucht eine historische Erinnerung auf. Als im Sommer 1917 der Papst seinen Friedensvorschlag machte, stellte er dabei sieben Punkte auf. Deutschland sollte Belgien und die besetzten französischen Gebiete räumen und dagegen von England seine Kolonien zurück erhalten. Die Vermittlung scheiterte, weil England Deutschland sein einziges Handelsobjekt, Belgien und Nordfrankreich, auf dem Wege von Verhandlungen aus dem Rücken ziehen wollte.

Immer wieder haben also die Westmächte vergessen, daß, wenn auch in den Beziehungen zwischen den Völkern Interessenkonflikte vorherrschend sind, es dennoch moralische Faktoren von nicht zu unterschätzendem Wert zu berücksichtigen gibt.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 172

Der englische Blockademinister Gros hat in einer Rundfunkansprache die Drohungen gegen die Neutralen im Zusammenhang mit der angekündigten Verschärfung der Kriegsführung durch die Westmächte wiederholt. Wie Chamberlain drohte er ihnen, die Rohstoffe aus den Kolonialreichen Englands und Frankreichs zu entziehen, wenn sie sich den englischen Wünschen nicht fügten. Trotzdem sagte er natürlich auch, daß man die Unzulänglichkeiten für die Neutralen auf ein Minimum beschränken wolle. Zu der Politik des Aufkaufs wichtiger Rohstoffe in den Ländern, mit denen Deutschland Handel treibt, erklärte Gros, daß es nicht möglich sei, den ganzen Ueberschuß dieser Länder zu kaufen. Man werde sich vielmehr auf bestimmte Erzeugnisse von besonderer Wichtigkeit beschränken müssen.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 175

Die Pläne zur Kriegsausweitung.

Norwegen — Mittelmeer — Südosteuropa.

Finland hat sich im letzten Augenblick durch den Friedensschluß mit Sowjetrußland davor bewahrt, als willfähiges Werkzeug den Zielen der britischen Kriegsausweitungspolitik geopfert zu werden. Schweden und Norwegen hatten erkannt, daß sie unter dem Vorwand der Hilfe für Finland nur ihren Boden zum Kriegsschauplatz hergeben sollten. Der Vorwand ist gefallen — das Ziel bleibt. Stimmen aus den skandinavischen Ländern lassen erkennen, daß England nunmehr mit begrüßenswerter Offenheit zu Werke geht. Die vor drei Wochen bereitgestellten 100 000 Mann sollen doch noch nach Skandinavien gebracht werden, um Deutschland von Norden her anzugreifen zu können. Zunächst ist die Verteidigung der Neutralität der bedrohten Länder deren eigene Sache. Man tut aber allenthalben gut daran, an deutsche Äußerungen über die Konsequenzen einer Intervention zugunsten Finlands zu denken. Sie würden keinen Augenblick auf sich warten lassen.

Auch im Südosten sind die Strategen der militärischen und der wirtschaftlichen Kriegsführung weiter am Werke. Neben der Teilnahme des Generals Weygand an wichtigen Beratungen in Paris war hier die Gründung einer eigenen Gesellschaft zur Störung des ruhigen Wirtschaftsaustauschs der Staaten Südosteuropas zu verzeichnen. Aber auch die Kontrolle der Schifffahrt in der Adria, dem Teil des Mittelmeeres, in dem am meisten italienische Interessen auf dem Spiele stehen, gehört dazu. Die Lautstärke in der Reaktion der italienischen Presse sollte in England nicht über die Tiefe der Wunden, die sein Verhalten schlägt, täuschen. Wachste Aufmerksamkeit bedeutet auch schon sehr viel für die Zukunft.

Das Bild rundet sich, wenn nunmehr auch für Spanien Karten zu einer künftigen Aufteilung entworfen werden. Nachstehend sind einige Stimmen aus dem neutralen und nichtkriegführenden Ausland vermerkt, die zu den Kriegsausweitungsplänen ihre eigenen Gedanken verraten.

An der Küste Norwegens.

Kopenhagen, 5. April. (DNB.) Nach einer Meldung des Kopenhagener Blattes „Fædrelandet“ aus Oslo ist man in Norwegen sehr beunruhigt über die fortgesetzten Neutralitätsverletzungen, die sich England zuschulden kommen lasse, und man befürchtet, daß sie zunehmend ernster werden. Englische Kriegsschiffe besahen, so heißt es in dieser Meldung, ohne weiteres norwegische Territorialgewässer und belästigten die Schifffahrt. In einer langen Reihe von Fällen seien die früheren englischen Konsuln, wohlverdiente norwegische Kaufleute und Reedere, durch englische Marineoffiziere ersetzt worden, und schon seit längerer Zeit seien englische und französische Generalstabsoffiziere dabei, die Möglichkeiten der Landung eines Expeditionskorps zu untersuchen, ebenso wie die Westmächte eine große Anzahl politischer Agenten in Norwegen hätten. In wohlunterrichteten Kreisen sei man der Meinung, daß der Gedanke der Landung eines Expeditionsheeres von 100 000, wie ihn Daladier und Chamberlain während des finnisch-russischen Krieges erwähnt hätten, nicht aufgegeben sei. Man denke aber nun daran, an mehreren Stellen in Norwegen Truppen zu landen, um dann nach Süden vorzustoßen.

Wachsendes Mißtrauen in Italien.

* Rom, 5. April. Die unterhüllten Kriegsausweitungspläne Englands werden von der italienischen Presse mit wachsendem Mißtrauen und gesteigerter Aufmerksamkeit verfolgt. So spricht „Lavoro Fascista“ von dem bekannten Fess des Bären und meint damit die Pläne, die Bartlett im „News Chronicle“ in Bezug auf ein „Mosait Spanien“ entwickelte, das ebenso wie die übrigen verkleinerten europäischen Staaten der englisch-französischen Kontrolle unterworfen werden müßte. Die besondere Aufmerksamkeit gilt französischen Mächenschaften, zumal diese die Frage des Mittelmeeres und des Nahen Orients betreffen. Drei Ereignisse, so erklärt „Tribuna“, beherrschen zur Zeit die französische Politik, nämlich die Teilnahme von General Weygand an der jüngsten Sitzung des Kriegskabinetts, die Unterredung von Rennaud mit dem türkischen Votschafter in Paris und die Aufgaben der sogenannten Orientarmee, mit denen sich der „Temps“ beschäftigt. Aus den Darlegungen des „Temps“ könne man unschwer entnehmen, daß die Engländer und Franzosen noch nicht die Hoffnung aufgegeben hätten, in Südosteuropa Komplikationen herbeizuführen, um so ein Schlachtfeld zu finden, das

sie vergeblich in Skandinavien suchten. Der europäische Südosten sei aber für ein weiteres Mandöver, und zwar auf wirtschaftlichem Gebiet, ausersehen. Die englische Regierung habe eigens eine neue Gesellschaft ins Leben gerufen, deren Aufgabe darin bestehen soll, sämtliche Rohstoffe aufzulaufen.

Spanien sieht ernste Gefahren.

Madrid, 5. April. (Europapress.) Die Neutralen sollen in die Verteidigung einer Sache verwickelt werden, welche Paris und London interessiert, aber keinesfalls das Interesse derjenigen Regierungen darstellt, die man an dem Kampf beteiligt sehen möchte. Mit diesen Worten kennzeichnet das Madrider Blatt „Arriba“ am Freitag den Inhalt der jüngsten Erklärungen Chamberlains jüngste Renauds. Das Blatt stellt weiter fest, daß Chamberlains jüngste Reden ernste Gefahren für die Länder ankündigten, die sich aus dem Krieg heraushalten wollten. Es sei von Chamberlain naiv, zu versuchen, die Neutralen von einer drohenden Gefahr durch die Deutschen zu überzeugen, da der Schaden, der den neutralen Ländern gegenwärtig erwachse, seine Ursache zweifellos in der von England verhängten Blockade habe. Die in den Reden Chamberlains vorgebrachten Schmeicheleien gegenüber den Neutralen verhielten in Wirklichkeit nur die Absicht, der bisher verteidigten Neutralität ein Ende zu machen.

Moskauer Betrachtungen.

Moskau, 5. April. Die Moskauer Zeitungen beschäftigen sich weiter in Artikeln mit der englischen Regierungsumbildung. Allgemein nimmt man an, daß der Einfluß Churchills sich immer stärker gegen Chamberlain durchsetzen werde. Die englischen Regierungskreise möchten, so heißt es, die Hauptverantwortung für das Scheitern der bisherigen englisch-französischen Politik der Neglierung Daladier zuschieben und versuchen, den französischen Verbündeten zum Sündenbock zu machen. „Die Umbildung des Kabinetts in England“, so schreibt die „Komsomolskaja Prawda“, „erlaubt den Schluß, daß der Kurs der Verbreiterung und Verschärfung des Krieges, der von Winston Churchill vertreten wird, künftig in der ganzen englischen Politik noch deutlicher als bisher hervortreten wird.“ Das Militärblatt „Krasnaja Swesda“ erkennt in der englischen Regierungsumbildung den Bankrott der Idee „des billigen Krieges“, das heißt des Krieges auf fremde Kosten. Der britische Imperialismus stehe jetzt vor einer viel schwereren Aufgabe als vor sieben Monaten. Der „Trud“ erinnert an die Niederlage, die der russisch-finnische Friede für England und Frankreich bedeutet habe. Neue Kriegsmethoden machten jetzt neue Persönlichkeiten erforderlich. Durch die Organisierung neuer Schlachten möchten die französischen und englischen Imperialisten den Krieg zur Entscheidung bringen. Das sei der Sinn der Kabinettsumbildungen in Frankreich und England.

Hamburger Fremdenblatt

Nr 98 A

Neue Brandherde

Amsterdam, 9. April

Wie aus London verlautet, wird in dortigen politischen Kreisen zurzeit die Möglichkeit lebhaft diskutiert, daß die Westmächte in anderen Teilen Europas zu ähnlichen Schritten wie in Norwegen übergehen sollten. Obwohl noch keine konkreten Angaben über die geplanten Maßnahmen gegen andere neutrale Staaten gemacht werden, so wird doch allgemein die Forderung erhoben, daß die Westmächte sich durch keinerlei Rücksicht auf Neutralität davon abschrecken lassen sollten, Maßnahmen jeder Art zu ergreifen, die Aussicht auf eine Schwächung Deutschlands bieten könnten.

England hat also noch immer nicht genug mit seinen Kriegsausweitungsplänen. Es will weiterhin rücksichtslos über die Neutralität der europäischen Staaten hinwegschreiten und sie gegen Deutschland ausspielen. Kann man sich wundern, wenn Deutschland Zug um Zug diesem verbrecherischen Spiel antwortet? Was England recht scheint, ist Deutschland billig. Es ist nicht verwunderlich, wenn Deutschland auf jeden englischen Versuch blitzschnell antwortet, um ihm seine Wirkung zu nehmen und ihm zuvorzukommen. Man kann sich in London nicht wundern, wenn wir hier einmal derselben Meinung sind — wo es sich darum handelt, England zu schwächen.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 100 A

Neue Umtriebe in Vorderasien

Moskau über die neuen Militärpläne der Westmächte

oe. Moskau, 11. April

Während die Moskauer Presse einerseits die Entwicklung der Ereignisse in den skandinavischen Ländern mit großem Interesse verfolgt, beobachtet sie andererseits nach wie vor misstrauisch die Umtriebe des englisch-französischen Kriegsblocks in Vorderasien. Die „Krasnaja Swesda“, das Organ des Kriegskommissariats, veröffentlicht dazu eigene Informationen: Schon Ende März sei der Vizechef des türkischen Generalstabes aus Ankara nach Aleppo gekommen, um sich dort mit französischen und englischen Generalstabsoffizieren zu beraten. Nach Ankara kam als inoffizieller Berater der französische Admiral Mourain, der sofort vom Präsidenten der türkischen Republik empfangen wurde. Die hier erwähnten Beratungen sind als das Ergebnis des Besuchs zu betrachten, den schon Anfang März der englische Luftmarschall Mitchell und der französische Fliegergeneral Bonaux in Ankara abgestattet hatten.

Nun hat die Londoner Zeitung „News Chronicle“ eine Meldung von Philipp Jordan veröffentlicht, den das Blatt als den ersten englischen Kriegskorrespondenten im Nahen Osten bezeichnet. Seine Meldung betrifft die Vorbereitungen der englisch-französischen Streitkräfte auf dem vorderasiatischen Aufmarschgelände. Die „Krasnaja Swesda“ meint dazu, es wäre doch geradezu

paradox, einen Journalisten als Kriegskorrespondenten in ein Gebiet zu entsenden, wo gar kein Krieg herrscht. Jordan hat aber in seiner Meldung sich nur in ziemlich allgemeinen Wendungen über Ansammlung von Truppen und Kriegsmaterial geäußert und hinzugefügt, daß „er durch die Rücksichtnahme auf das militärische Geheimnis über Truppenzahl, Ausrüstungen und Unterstützung der Aktion zu Lande durch Flottenstreitkräfte nichts mitteilen könne.“

Diese ganze Aktivität der Engländer und Franzosen in den Ländern des Nahen Ostens sieht das Moskauer Blatt im Zusammenhang mit den Ereignissen in Nordeuropa. Wenn die Westmächte dort bei der Durchführung ihrer Pläne auf einen starken Widerstand stoßen, so wären sie bestrebt, an anderer Stelle, d. h. in Vorderasien, einen weiteren Vorstoß vorzubereiten. Mit der Frage, welche neuen Machenschaften die Westmächte in den vorderasiatischen Ländern beschäftigen, hat sich die Sowjetpresse schon wiederholt auseinandergesetzt.

Datum 14. Apr. 1940

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 102

Drohung mit Kolonialraub

Brüssel, 13. April

In seinem Londoner Brief in der „Metropole“ gibt der berühmte britisch-jüdische Heher Augur Poljakoff am Sonnabend offen zu, daß England den Plan ins Auge gefaßt hat, seine Hand auf die Kolonien gewisser neutraler Staaten, insbesondere Belgiens und Hollands, zu legen.

Augur erklärt einleitend, daß die Neutralität in Europa nach Ansicht Englands nicht mehr existiere. Die Blockade gegen Deutschland werde einer tiefgreifenden Umänderung unterzogen werden. Die neutralen Nachbarstaaten Deutschlands würden gezwungen werden, sich langsam einer scharfen Kontrolle durch die Westmächte zu unterwerfen. Sie würden nur noch das Nötigste für ihren eigenen Bedarf erhalten. Augur schreibt wörtlich: „Jeder, der sich nicht dieser Kontrolle unterwirft, die durch die Notwendigkeit des Krieges gerechtfertigt ist, wird dafür büßen müssen. Das Wort Neutralität muß für die Dauer des Krieges aus dem europäischen Wörterbuch verschwinden.“

Der Berichterstatter, der den Auffassungen von Churchill nahesteht, richtet dann deutliche Drohungen an die Adresse Hollands und Belgiens. Die Besonderheit dieser Staaten bestehe darin, daß sie, obwohl sie verhältnismäßig schwach seien, ein großes Kolonialreich besäßen. Für die Westmächte bestehe die Notwendigkeit, „das Kolonialgebiet vor jedem Eingriff zu schützen“.

Ein Land, das ein Kolonialreich besäße, müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß seine Kolonien unter Vormundschaft gestellt würden, wenn es eine Beeinflussung seiner Politik durch Deutschland zulasse.

Der Artikel spricht also mit ziemlicher Offenheit

aus, daß England die neutralen Staaten mit der Wegnahme ihrer Kolonien bedroht, wenn sie sich den Anweisungen der Westmächte nicht fügen und sich nicht als Kriegsinstrument für London und Paris zur Verfügung stellen.

Verwerfliche Mittel

Berlin, 13. April

Die Tatsache, daß England im Zuge seiner Wirtschaftskriegsmaßnahmen dazu übergeht, die neutralen Staaten rücksichtslos zu vergewaltigen, tritt immer offener zutage, so daß sich in den neutralen Ländern die Erkenntnis von den wahren Absichten Englands in immer stärkerem Maße durchsetzt. Die holländische Zeitung „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bestätigte einige Tage vor der Sicherung der Neutralität Norwegens und Dänemarks durch die deutsche Wehrmacht die von deutscher Seite wiederholt getroffene Feststellung, daß England und Frankreich keine Rücksicht auf die Rechte Neutralen zu nehmen gewillt sind, indem sie u. a. schrieb: „England und Frankreich fordern von den neutralen Staaten, daß sie die völkerrechtlichen Neutralitätsbestimmungen auf wohlwollende Weise für die Alliierten anwenden und sich nicht auf eine strikte Auslegung dieser Regeln versteifen. Das heißt nichts anderes, als daß die Nachbarstaaten Deutschlands ihre Neutralität zugunsten der Westmächte aufgeben sollen. Eine derartige Forderung steht nicht allein im Widerspruch zu den absolut nicht kraftlos gewordenen Grundsätzen der Neutralität, sie ist darüber hinaus um so unbilliger, als sie gegen die kleinen Nationen gerichtet ist. Die Forderung kommt also einem Zwang gleich. Diese unterschiedliche Behandlung der Mächtigen, die man schonen muß, und der kleinen Staaten, auf die man einen Druck ausüben kann, macht für uns die Mittel, zu denen die Alliierten nach der Rede Chamberlains greifen wollen, um so verwerflicher.“

Weltpost-Hamburger Tageblatt

17

Nr.

Lockrufe für Italien und Rußland

Hoffnungslose Mittelmeer-Träume der Westmächte

England und Frankreich haben sich zu einer diplomatischen Demarche in Rom und Moskau entschlossen, um festzustellen, ob diese Staaten auch weiterhin im Verlauf des gegenwärtigen Konfliktes neutral bleiben oder nicht. Der britische Botschafter hat in Rom durch seinen Schritt die Tatsache einer italienisch-britischen Verständigung dadurch offen zum Ausdruck gebracht, daß er anscheinend auch gegen die Haltung der italienischen Presse protestierte und wegen der deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen vorstellig wurde.

Diese Angaben wurden von britischen Nachrichtendiensten gemacht und fanden auch in neutralen Ländern weite Verbreitung. Es wurde jedoch in Rom erklärt, daß im dortigen Außenministerium von einem derartigen Schritt nichts bekannt sei. Dazu nehmen nun neutrale Quellen Stellung mit der Angabe, entsprechende Anweisungen seien an die Botschafter der Westmächte gegangen. Man müsse daher annehmen, daß die erstrebte Klärung des italienischen und russischen Verhaltens seitens der Westmächte in den nächsten regulären diplomatischen Besprechungen der Missionen bei den Regierungen Roms und Moskaus eine größere Rolle spielen würden.

Gleichzeitig hat der französische Ministerpräsident Reynaud das Liebeswerben um Italien fortgesetzt durch seine letzte Rede am 20. April, in der er mitteilte, Frankreich habe Rom vor und nach dem 1. September seine Bereitschaft mitgeteilt, in freundschaftlichen Besprechungen die Grundlagen zu klären für eine friedliche Vereinigung der zwischen beiden Staaten bestehenden Differenzen. Leider mußte Herr Reynaud gleichzeitig feststellen, daß die Antwort auf diese Anregung bisher ausgeblieben sei, weshalb er jetzt einen weiteren Körper auswarf, den Plan eines neuen Mittelmeerbundes. Dieser Bund solle neben Frankreich Italien und Spanien umfassen, würde faktisch aber natürlich unter der Patronanz Englands stehen und eine Stabilisierung der weuropäisch-plutokratischen Vorherrschaft im Mittelmeer bedeuten.

Reynaud hat in seiner Rede erklärt, das Ausbleiben einer italienischen Antwort habe an den Dispositionen der französischen Regierung nichts geändert. Man ist also in Paris nach wie vor bereit, mit Rom zu verhandeln, und aus politischen Kreisen Frankreichs wurde dem „Belga“-Korrespondenten dazu erklärt, daß die italienische Regierung „schlecht beraten“ wäre, wenn sie diese neue Gelegenheit zu einer gerechten Lösung der Probleme nicht ergreifen werde, „bevor die kritische Lage Deutschlands noch offener zutage trete“. Offenkundig glauben die Politiker der Westmächte tatsächlich, ihre Lügenkampagne über die angeblich in Norwegen errungenen Siege und über unhaltbare Zustände in bezug auf Deutschland habe so stark gewirkt, daß sie eine diplomatische Aktion und einen politischen Druck auf Italien fordern könne. Dazu kommt, daß man Rom durch die Behauptung zu reizen versucht, es stehe unter einem starken deutschen Druck.

Man glaubt also in England, durch allerlei Lockungen, durch Anwendung eines politischen Drucks und durch Drohungen Italien zum Anschluß an die Westmächte zwingen zu können. Dabei wird in überheblicher Art ausgedrückt, daß Italien sich natürlich aus Gründen der Vernunft den britischen

Methoden zu fügen und Antwort zu erteilen habe. Schon in dieser Hinsicht erlebte man allerdings vorläufig eine Enttäuschung: wegen einer Erkrankung des Grafen Ciano konnte der englische Schritt nämlich keine Antwort finden. Wie immer diese, wenn sie erfolgt, ausfallen mag — in mancher Hinsicht ist sie durch die Auslassungen der Presse während der letzten Tage bereits vorweggenommen.

So hatte Gamba im „Giornale d'Italia“ über die Mittelmeerfrage festgestellt: 1. Italiens Rechte im Mittelmeer sind Naturrechte, während England und Frankreich sich nachträglich in diesen Raum eingedrängt hätten. 2. Die gegenwärtige Lage in diesem Meer ist unhaltbar, und Rom fordert in diesem seinem natürlichen Lebensraum eine echte Freiheit, wie sie ihm bisher vorenthalten wurde. 3. Italien ist mächtig genug, um diese Forderung durchzusetzen, notfalls auch mit militärischen Mitteln, und es ist dabei den Westmächten durchaus überlegen, wobei seine Luftwaffe eine besondere Rolle spielt.

Grundsätzlich wird außerdem zu dieser Frage eine wichtige Formulierung im „Resto del Carlino“ gebracht, in der es wörtlich heißt: „Italien ist mit dem Deutschland Hitlers verbündet, und dieses Bündnis steht nicht nur auf dem Papier; es sei vielmehr der Ausdruck der moralischen und ideologischen Solidarität zweier großer Revolutionen.“

In ähnlicher Weise, wie gegenüber Italien, möchte man anscheinend auch gegen Rußland verfahren, wobei plötzlich verschwiegen wird, daß die Plutokratien eben noch mit Hilfe eines nach Finnland zu entsendenden Expeditionskorps Krieg gegen die Räteunion führen wollten. Jetzt sucht man statt dessen ausführlich darzutun, daß Moskau „neutral“ bleiben müsse, was eine Lockerung seiner Zusammenarbeit mit dem Reich erforderlich mache. Zugleich laßt man durch die Erklärung, England sei eventuell bereit, mit Rußland einen Handelsvertrag abzuschließen.

Diese Erklärung wird aber in einem Ton verlegender Zurückhaltung abgegeben, wobei „Sunday Times“ bössartig betonen, man könne in England nicht vergessen, daß Rußland im vergangenen Som-

mer offen mit England verhandelt habe, während es insgeheim mit Deutschland Besprechungen führte, die offensichtlich englandfeindlicher Art gewesen seien. Jetzt müsse man daher zunächst gewisse Zusicherungen von Rußland erhalten. Anscheinend bilden die Engländer sich ein, durch eine derartige Tonart Eindruck auf die rätebündischen Staatsmänner machen zu können. Daher heißt es, Halifax habe mitgeteilt, daß die englische Regierung bereit sei, in prüfender Form zu erörtern, ob es eine Grundlage für ein Handelsabkommen mit Rußland gebe, das die Kriegslage in Rechnung stelle.

Das letzte ist dabei für die Westmächte natürlich von zentraler Wichtigkeit und zeigt, wie sehr es ihnen auf einen solchen Vertrag ankäme, weil sie glauben, dem Reich dadurch Abbruch tun zu können.

In diesen Erwartungen dürfte man sich aber wohl täuschen, und das wird manchen Publizisten der Plutokraten selbstbewußt hinweisen darauf, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Räteunion zu Deutschland nicht nur eng sind, sondern offenkundig auch noch weiter ausgebaut werden. Die Basis für diese Beziehungen ist zwischen Berlin und Moskau bekanntlich vertraglich festgelegt, außerdem aber

wenden.

fordern die geökononischen Verhältnisse fast zwangsläufig ein solches Zusammenwirken, denn der deutsche und der russische Wirtschaftsraum ergänzen einander in natürlichster Weise hinsichtlich sehr vieler Verhältnisse. Dagegen spricht natürlich keineswegs, daß Rußland auch zu anderen Ländern wirtschaftliche Beziehungen unterhält, spricht vor allem kein Warenaustausch mit England. Etliche Staaten, die mit uns eng befreundet sind, stehen in regelmäßigem Handelsverkehr mit England, und das könnte durchaus auch mit Rußland der Fall sein.

Wie immer die Antwort Rußlands und Italiens ausfallen mag, wenn sie erteilt werden sollte, und wie immer man sich in beiden Ländern auch weiterhin verhalten mag — es steht fest, daß die den Dingen selbst immanente Vernunft diese beiden Mächte in einen grundsätzlichen Gegensatz zu den Mächten des Finanzkapitals und des plutokratischen Imperialismus gesetzt hat. Er läßt sich weder politisch noch taktisch-diplomatisch vertuschen, sondern muß zwangsläufig auch in den konkreten Einzelheiten der politischen Entscheidung seinen Ausdruck finden!

Südost-Echo (Wien)

Nr. 18

London, Paris und die Levante

Die Ägypter kennen ihre englischen Freunde nicht erst seit gestern. Sie wissen sehr wohl, daß man in London wirtschaftlich wie politisch mit Ägypten je nach Gutdünken verfährt, das heißt, daß man nur die eigenen Bedürfnisse in Rechnung stellt und sich um die des (nur auf dem Papier) gleichberechtigten Partners in keiner Weise kümmert. Trotzdem aber erlebt man in Kairo immer neue Überraschungen. Weder war man, wie es scheint, auf die Brutalität gefaßt, mit der sich die englischen Militärs in dem angeblich verbündeten Land als unumschränkte Herren aufspielen, noch auf die Unfähigkeit der britischen Wirtschaft, ihre Zusagen einzuhalten und ihren Verpflichtungen des englisch-ägyptischen Handelsverkehrs nachzukommen. Da wird eben jetzt bekannt, daß die Kohlelieferungen in den ersten Kriegsmonaten statt 800.000 nur 200.000 Tonnen ausgemacht haben, weil der nötige Schiffsraum fehlt, um die Verfrachtungen von den britischen Inseln nach Alexandrien durchzuführen. Eine gute Illustration übrigens zu dem äußerst pessimistischen Artikel im „Daily Herald“, der von der prekären Situation Englands in der Frage des Frachtraumes spricht und den wir an anderer Stelle veröffentlichen. Die Ägypter können sich aus solchen Erfahrungen jedenfalls ein besseres Bild über die wahre Lage der Westmächte machen als aus den ruhmredigen Mitteilungen, mit denen der englische und französische Rundfunk den nahen Orient überschwemmt. Diese finden nach der norwegischen Niederlage der Engländer und Franzosen so wenig Glauben wie die Beteuerungen von einst, daß man für die Freiheit der kleinen Nationen im Krieg stehe. Von diesen Beteuerungen ist es zuletzt überhaupt still geworden. Im Gegenteil, man arbeitet jetzt

mit Drohungen. Insbesondere die Franzosen exzellieren darin, sie ahmen die Araberpolitik ihrer englischen Alliierten in Palästina nach. Eben haben in Kairo die Bluturteile gegen angesehene Araber in Syrien höchste Aufregung hervorgerufen. M. Puaux aber, an der Donau aus seiner diplomatischen Zeit wohl bekannt, jetzt syrischer Oberkommissar, stellt gleichzeitig mit einem Seufzer fest, daß es den Syrern völlig an Verständnis für den Geist der Demokratie mangelt und daß die herrschenden Familien die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten lediglich als eine Einnahmsquelle betrachten. Ob die Syrer nicht ihrerseits über die Franzosen sich ähnliche Gedanken machen? Der demokratische Hochmut der Pariser und Londoner steht in allzu krassem Gegensatz zu einer Politik, die fast ausschließlich durch die Interessen der großen Wirtschaftskonzerne diktiert wird.

Hamburger Fremdenblatt
Nr. 123

London fordert „Hilferufe“

Amsterdam, 6. Mai

In der britischen Presse wird nach wie vor eine Beschleunigung des Kriegseinsatzes verlangt. Der „Sunday Dispatch“ sagt, der Krieg habe den Neutralen eine weitere Lehre gebracht. Entweder sie wendeten sich rechtzeitig mit einem Hilferuf an die Westmächte, oder sie müßten das gleiche Schicksal

wie Norwegen erleiden. Es sei Sache jedes neutralen Staates, dafür zu sorgen, daß seine Landesverteidigung in Ordnung sei, wenn der Hilferuf an die Westmächte ergehe.

*

Gewiß mußte nach den Erfahrungen Norwegens und vorher Polens der Krieg den Neutralen eine „weitere Lehre“ gebracht haben — allerdings eine andere als sie das Londoner Blatt der Welt einzureden versucht. Die Lehre nämlich, daß England dauernd frampfhaft bemüht ist, neue Opfer für seine Brandpläne zu suchen, auf deren „Hilferuf“ es an irgendeiner Stelle der Welt einen weiteren Kriegsherd entfachen kann. Daß diese Opfer ihre „Landesverteidigung in Ordnung“ haben müssen, ist dabei selbstverständlich. Denn England will nicht etwa hilfsbedürftige kleine Staaten schützen, sondern lediglich Kanonenfutter finden, das es zur Schonung der eigenen Kräfte in erster Linie opfern kann.

Datum **6. Mai 1940**

The Times (London)
Nr. **48608**

**MORE ALLIED WARSHIPS
AT ALEXANDRIA**

FROM OUR CORRESPONDENT

CAIRO, MAY 5

Cruisers and smaller craft to-day and yesterday followed the battleships of the now vast Allied Fleet, moored in Alexandria harbour. The arrival of the ships and the situation which has made their dispatch necessary have had a profound effect in Egypt, particularly among the large Italian population.

In spite of the evident improvement in the situation, emergency defence measures are being pushed on unceasingly. It is impossible to state what such measures are, but they cover all forms of defence. The Egyptians are co-operating heartily with the British forces and the civilian population is preparing for a week's air defence exercises, which will begin on Tuesday.

Ein durchsichtiges Spiel.

✠ Berlin, 7. Mai.

Im Zusammenhang mit anderen Anzeichen und Meldungen, die auf neue Angriffspläne der Westmächte hindeuten, kann heute folgendes mitgeteilt werden:

„Der französische Ministerpräsident Reynaud führte am 30. April 1940, 22.10 Uhr, westeuropäischer Zeit, ein Telefongespräch mit dem englischen Premierminister Chamberlain. Reynaud ging zunächst kurz auf finanzielle Fragen ein und teilte dann mit, „Herr Weingand habe ihm versprochen, bis zum 15. Mai endgültig für die befohlene Aktion fertig zu sein.“, jedoch dürfte Chamberlain dieses Datum nicht allzu wörtlich nehmen, es könne auch etwas später werden. Chamberlain bemerkte, offenbar mißgestimmt: Er habe den Eindruck, als ob man sich dort unten mehr Zeit lasse, als unbedingt nötig sei. Reynaud wies ihn auf die mannigfachen Schwierigkeiten hin, die überwunden werden müßten, insbesondere im Zusammenhang mit der Türkei. Er gebrauchte dabei die Redewendung von „täglich höheren Forderungen“. Chamberlain versprach, „sich die Türken nochmals vorzunehmen“. Er könne aber für nichts garantieren, „wenn man dort unten nicht endlich Schluß mache mit der ewigen Eigenbrötlei und Selbstherrlichkeit“. Reynaud versprach, sein Möglichstes zu tun, um die Schwierigkeiten „seelischer Art“ (difficultés mentales) auszugleichen. Chamberlain ersuchte daraufhin Reynaud in ziemlich imperativer Form, ihm spätestens bis zum 20. Mai den Abschluß der Vorbereitungen mitzuteilen. Nach einigen freundlichen Höflichkeitsformeln wurde das Gespräch etwa um 22.35 beendet, nachdem Chamberlain Reynaud noch gebeten hatte, dafür zu sorgen, daß diesmal nicht wieder Indiskretionen von französischer Seite passierten.“

Die Indiskretionen, die Chamberlain befürchtet hat, haben sich offenbar doch nicht vermeiden lassen, und so enthält der vorstehende Bericht über das Telefongespräch zwischen Reynaud und Chamberlain ein weiteres Stück des von den Westmächten vorbereiteten Angriffsplanes. Das Telefongespräch ist am 30. April, also zwei Tage nach der letzten Sitzung des Obersten Kriegsrates der Alliierten, geführt worden. Auf diesem Kriegsrat ist bekanntlich der Rückzug der englischen Truppen aus Norwegen beschlossen worden. Der nach jenem Telefongespräch dem englischen Unterhaus erstattete Situationsbericht Chamberlains und dessen Mitteilungen über die Verstärkung der englisch-französischen Flottenstreitkräfte bei Alexandria (im Zusammenhang damit auch die Zurückziehung englischer Handelschiffe aus dem Mittelmeer) haben bereits vermuten lassen, daß der Kriegsrat auch neue Pläne zur Ausweitung des Krieges erörtert und beschlossen haben mußte. Der Bericht über das Telefongespräch bestätigt diese Vermutung. Er nennt sogar

den Schauplatz und den Termin der geplanten Unternehmung und läßt übrigens auch keinen Zweifel darüber, wo die ungeduldig treibenden Kräfte des neuen Aktionsplanes zu suchen sind.

Die festen Anhaltspunkte, die damit gegeben sind, brauchen freilich nicht auszuschließen, daß die Vorbereitungen zu neuen Angriffsplänen der Westmächte auch noch an anderen Stellen betrieben werden. Wie einem, bereits in der letzten Ausgabe veröffentlichten, Bericht unseres Amsterdamer Korrespondenten zu entnehmen war, sorgt die englische Presse selbst für die notwendige Aufklärung. Die Äußerungen des „Economist“ sind in diesem Zusammenhang an erster Stelle zu beachten. Sie enthüllen die politischen Hintergründe der englischen Wirtschaftsoffensive auf dem Balkan, die auf der letzten Konferenz der britischen Balkandiplomaten in London beschlossen worden ist, und verschweigen keineswegs, was geplant ist, wenn etwa der wirtschaftliche Druck nicht ausreichen sollte: die Wirtschaftsoffensive ist demnach nur als Vorstufe und Vorbereitung für eine Aktion zu betrachten, bei der auch militärische Zwangsmittel vorgesehen sind. Die Unruhe, die sich nach den Ankündigungen Chamberlains und den Andeutungen der englischen und französischen Presse in den letzten Tagen in allen Randgebieten des östlichen Mittelmeeres ausgebreitet und gesteigert hat, hat also einen sehr realen und ernstesten Hintergrund. Nach allem, was jetzt bekannt geworden ist, kann der Versuch, die Ursache der Unruhe auf deutsche Propaganda abzuschieben, nicht mehr verfangen. Auch Dementis können die Unruhe nicht bannen. Der Londoner Rundfunk zum Beispiel hat im Anschluß an eine Meldung des offiziellen türkischen Nachrichtendienstes dementiert, daß an der bulgarischen und griechischen Grenze türkische Truppen konzentriert worden seien. Mit dem Dementi sollte der Eindruck erweckt werden, als sei die Meldung über die türkischen Truppenbewegungen von der deutschen Propaganda in die Welt gesetzt worden. In Wirklichkeit war es die französische Havas-Agentur, die von Sofia aus jene Meldung verbreitet und ausdrücklich hinzugefügt hatte, die Konzentration türkischer Truppen stehe offenbar in Verbindung mit der britischen Aktivität im Mittelmeer und sei wohl auf eine englische Aufforderung zurückzuführen. Wenn dies jetzt dementiert werden soll, so wird nicht Deutschland, sondern die Propaganda der Westmächte selbst der Unruhestiftung bezichtigt. Das paßt genau in den wirklichen Zusammenhang. Aus der Unruhe soll eben jene undurchsichtige und gewittrige Atmosphäre entwickelt werden, die die Westmächte brauchen, um ihre Angriffspläne erst zu verhüllen und dann zu verwirklichen.

Anhaltende Spannung auf dem Balkan.

Italienische Nachrichten.

(Drahtbericht unserer Korrespondenten.)

■ Rom, 8. Mai.

Das wichtigste Ereignis ist heute für die italienischen Zeitungen die Rede Chamberlains vor dem Unterhaus. Sie wird in großen Teilen wörtlich wiedergegeben. Chamberlains Methode, die Unklugheit, die Harmlosigkeit und gar die Fehler seiner Regierung einzuflechten in der Hoffnung, auf diese Weise die drohenden Angriffe der Opposition abzuwehren oder zu unterbinden und so etwas wie Mitleid zu erregen, schienen diesmal, wie es in einem italienischen Blatt heißt, nicht von Erfolg gekrönt zu sein. Da die Oppositionsreden heute erst zu Ende geführt werden, halten sich die italienischen Berichte vor allem an den Verlauf der Unterhaus-Sitzung, an den Tumult sofort bei Sitzungsbeginn, an die peinlichen Zwischenrufe, an das Uebermaß an bitterem Gelächter und sarkastischen Ausprüchen, um zu vermuten, daß die Sitzung jetzt schon, ohne daß es bisher zu einem Mißtrauensvotum gekommen sei, das Schicksal der Regierung besiegelt habe. Doch warnte man noch die Rede Lloyd Georges ab, um deutlicher zu sehen, welche Folgen im besonderen die „Beurteilung des Kabinetts“ durch die öffentliche Meinung des Landes, die mit erdrückender Deutlichkeit feststehe, haben werde. Den italienischen Berichterstellern fällt es besonders auf, daß Chamberlain über die wirtschaftlichen Schäden, die der Verlust der skandinavischen und baltischen Märkte für England habe, kein Wort verloren habe, daß darüber vielmehr die oppositionellen Sprecher ihre Anmerkungen hätten machen müssen. Hervorgehoben werden auch die Erklärungen des konservativen Abgeordneten und Weltkriegsadmirals Sir Roger Keyes, des Leiters der Gallipoli-Expedition, der das norwegische Unternehmen „einen eindrucksvollen Fall von Unfähigkeit“ nannte.

Was die Alliierten auf der Suche nach neuen Kriegsschauplätzen vorhaben, ist den Italienern aufs neue in dem stark beachteten Telefongespräch zwischen Chamberlain und Reynaud über einen Angriff der Westanglo-Armee auf dem Balkan klar geworden. Die in London und Paris unverzüglich ausgesprochenen Dementis finden hier keinen Glauben mehr. Vielmehr wird die deutsche Veröffentlichung als ein Beweisstück bezeichnet, das allen denen, die noch immer nicht von den Angriffsplänen der Alliierten im Mittelmeer überzeugt seien, die Augen habe öffnen müssen.

Die „Lügen am laufenden Band“, die nun wieder in der englischen Presse aufgenommen wurden und die die französischen Falschmeldungen in den Schatten stellten, bekräftigen hier die Überzeugung von den gegen Italien gerichteten feindseligen Bemühungen der Alliierten. Man unterstelle „politischen Kreisen in Rom“, zu wissen, die englische Regierung habe die italienische aufgefordert, ihre genaue Stellung zum Kriege zu bestimmen und dabei die Hoffnung ausgesprochen, bis zum 15. Mai eine Antwort darauf zu erhalten. Dagegen, wie auch gegen eine Unterstellung, wonach England eine italienische Erklärung über „Neutralität“ oder „Nichtkriegführung“ (nonbelligeranza) verlangt habe, wird eindeutig Stellung genommen: Solche Schritte seien nie erfolgt, und ob England die italienische Stellung als nichtkriegführende Macht hinreichend finde oder nicht, sei völlig nebensächlich. Auch die englische Falschmeldung, nach der an der jugoslawischen Grenze italienische Truppen konzentriert seien und es zu Zwischenfällen, sogar mit dem Verlust eines italienischen Soldaten, gekommen sei („News Chronicle“) — die Nachricht ist in Jugoslawien amtlich dementiert worden — oder auch die Meldung, daß in der Nähe von Cattaro ein italienisches Flugzeug von der jugoslawischen Abwehr abgeschossen worden sei („Daily Telegraph“), schließlich die Schweizer Meldung des „Daily Express“, wonach Italien nichts Geringeres vor habe, als in Uebereinstimmung mit Deutschland über den Bernina-Paß in die Schweiz einzubringen, — das alles scheine den Engländern, wie ein römisches Morgenblatt schreibt, nicht zu phantastisch und unwahrscheinlich zu sein, um ihre Kriegsausdehnungspläne im Trübel verwirrter Stimmungen schlecht informierter Kreise des Balkans vorzubereiten. Nachdem den Alliierten der „Eisenweg“ durch die norwegische Niederlage genommen sei, suchten sie nun den „Petroliumweg“ für Deutschland zu sperren.

Auf dem Balkan hat sich die Kritik und die Abneigung gegen

diese Methoden, mit dem Feuer zu spielen, nach den italienischen Berichten auf Grund der deutschen Enthüllungen über die Pläne der Alliierten im Südosten verstärkt. Aus Belgrad wird gemeldet, daß trotz aller englischen Dementis jedermann von einer **Bedrohung des Balkans und des Mittelmeeres** durch die Alliierten überzeugt sei. Ob die englische Flotte nun im Mittelmeer sei, um gegen Griechenland (dessen gute Beziehungen zu Italien, wie berichtet, erst dieser Tage nochmals in einem Gespräch des Ministerpräsidenten Metaxas mit dem italienischen Gesandten zum Ausdruck gekommen sind) mit einer Landung vorzugehen oder die Türkei unter stärkeren Druck zu setzen, ob Krete oder Saloniki das Ziel der Alliierten sei, die Presse der Balkanländer verzeichne jetzt nur noch die vielfachen Manöver der Alliierten der Chronik halber und lasse im übrigen die Tatsachen sprechen. Zu den von den Engländern mit tiefstem Stillschweigen umgebenen Vorgängen gehört nach italienischen Berichten auch die Tätigkeit, die der englische Botschafter aus Istanbul, Knatchbull-Bulgeffen, in Sofia entwickelt. Welcher Methoden sich die Engländer gegen die neutralen Balkanstaaten bedienen, geht auch daraus hervor, daß englische Vertreter zur Zeit eine **schwarze Liste von Industriellen** und Kaufleuten Bulgariens anlegen, die noch Geschäftsbeziehungen mit Deutschland unterhalten; englische Firmen hätten den Boykott gegen Bulgarien in dieser Richtung schon begonnen. Trotz der offenen Ablehnung, die am Balkan die englischen Unterstellungen eines deutsch-italienischen Vorgehens im Südosten finden, und trotz der Bedeutung, die man dort der ruhigen Haltung Italiens bemerke, befinde sich der Balkan in anhaltender Spannung.

Die Neuherung der russischen Zeitschrift „Trud“, daß die italienischen Luftbasen in Libyen und Abessinien die Bildung des strategischen Achsenkreuzes Englands zwischen Kairo—Gibraltar und Alexandria—Kapstadt verhinderten, findet hier große Beachtung. Eine englische Aktion im Nahen Osten und im Mittelmeer würde nach der russischen Zeitschrift den Auftakt zu einem weiteren Schlag gegen die englische Wehrmacht und das englische Prestige bilden, den Auftakt zu einer offenen Erhebung für die Befreiung der Staaten des Nahen Ostens von der englischen Bevormundung.

Aus Alexandria wird gemeldet, daß gestern mittag in ganz Ägypten die größten aktiven und passiven Luftverteidigungsmanöver begonnen hätten, die jemals in Ägypten unternommen worden seien. Ihre Dauer sei auf eine Woche festgesetzt, und sie hätten das Ziel, die Schutzmaßnahmen des Landes gegen Luftangriffe zu erproben und die Bevölkerung an die Wirklichkeit des Krieges zu gewöhnen. Die englisch-französische Flotte arbeite mit den Luftstreitkräften Ägyptens zusammen.

In Madrid wurde von dem spanischen Außenminister und dem italienischen Botschafter gestern ein italienisch-spanischer Handelsvertrag unterzeichnet, der dem weiteren Ausbau des Warenverkehrs zwischen beiden Ländern dient.

Bei den Sitzungen des italienischen Senats, die nach der Beendigung der Sitzungsperiode der Kammer kürzlich aufgenommen worden sind, lag einer Finanzkommission für die Angelegenheiten des Ministeriums des Innern ein Bericht des Senators Maraviglia vor, der sich mit der Rückwirkung der internationalen Lage auf die innere Politik Italiens beschäftigte. Dieser Bericht enthält folgende bemerkenswerte Sätze: „Die Stellung Italiens gegenüber dem Konflikt zwischen Deutschland und den Alliierten ist von der Nonbelligeranza (Nichtkriegführung) bestimmt. Aber wenn diese Formel genauestens den Rechts- und Tatbestand vom internationalen Gesichtspunkt aus ausdrückt, so wäre es hinsichtlich der psychologischen Verfassung des Landes geeigneter zu sagen, daß das italienische Volk sich in einer Haltung der Prebelligeranza (Vorkriegsführung) befindet, in dem Sinne, daß es nicht in der Lage ist, die Wohlthat des Friedens mit dem Preise eines wenn auch noch so geringen Opfers seiner Interessen und seiner Aspirationen zu zahlen.“ Deswegen sei es von jeher fest entschlossen, jeder Eventualität zu begegnen. Das italienische Volk wisse, wie übrigens alle anderen Völker wüßten, daß der Duce ernsthaft und unaufhörlich seit dem Lizereabkommen in München gearbeitet habe, um die europäischen Probleme zu einer billigen Lösung auf dem Verhandlungswege zu führen, und daß er bis zum letzten Augenblick seine Kräfte angespannt habe, um den Griff nach den Waffen aufzuhalten.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 233

„England sucht Landsknechte.“

Moskauer Stimmen zu den Kriegsausweitungsplänen der Westmächte.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Moskau, 8. Mai. Mehr und mehr verdichtet sich der Eindruck, daß eine neue Entwicklung in irgend einem Teile Europas bevorstehe. In den letzten Tagen hat sich die Moskauer Öffentlichkeit wiederholt darüber den Kopf zerbrochen, welche Abwehrmöglichkeiten Italien bei einer unerwarteten Ueberraschung im Mittelmeer oder auf dem Balkan besäße. Insbesondere der Italiensachmann des „Trud“ hat diesem Fragenkreis mehrere Darstellungen gewidmet. In der sowjetrussischen Marinezeitung „Krajni Flot“ wird jetzt die Auffassung vertreten, daß nach dem günstigen Verlauf des Feldzuges in Norwegen der Kampf zwischen England und Deutschland abermals in ein neues Stadium trete. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß das Kommando der Westmächte jetzt seine Versuche zur Schaffung neuer Fronten auf andere Teile Europas verlege. Wenn die französischen Blätter davon sprachen, man müsse den rumänischen Oellieferungen an Deutschland ebensoviel Aufmerksamkeit schenken wie den schwedischen Erzlieferungen, so erscheint dem Blatt dieser Hinweis offenbar charakteristisch.

Das Gewerkschaftsblatt „Trud“, das zum Moskauer Außenkommissariat recht gute Beziehungen unterhält, spricht von der schmachvollen Niederlage der englischen Truppen, die einen um so standalöseren Charakter trage, als ja England und Frankreich die Ausweitung des Krieges in Skandinavien angestrebt hätten. Der Verlauf des skandinavischen Abenteuers habe deutlich gezeigt, daß England nicht Verbündete suche, die an seiner Seite, sondern Landsknechte, die an seiner Stelle kämpfen sollten. „Englands Plan zielt offenbar darauf ab, die deutschen Kräfte aufzuzehren, indem es ein Land nach dem anderen in den Krieg hineinzieht, vor allem Norwegen und Schweden, dann aber die Staaten in Südosteuropa. Die englischen und französischen Streitkräfte, die im Nahen Osten konzentriert wurden, sind nicht so sehr dazu bestimmt, einen unmittelbaren Schlag gegen Deutschland zu führen, als vielmehr dazu, einen Druck auf die Balkanländer und die nächstliegenden Länder auszuüben, um sie in einen Konflikt gegen Deutschland hineinzutreiben.“

The Times (London)

Nr. 48 620

They Shall Not Pass

MARSHAL PÉTAÎN, the hero of Verdun, whose name in the eyes of every Frenchman stands for one of the most glorious episodes of French military history, has been called to the War Cabinet to serve as Vice-Premier under M. REYNAUD. In spite of his age, now approaching eighty-four, he is still full of vigour and courage. His inclusion in the Government is a pledge to the country that the same unflinching tenacity which foiled the fierce and long-sustained effort of the Germans to capture the great French fortress and break the French line will be employed to-day to stem the massive thrust of the Nazi army towards the heart of France. His appointment is a gesture which will be appreciated by the French Army and the French people and by their Allies; but it is more than a gesture, for the veteran MARSHAL is as full of wisdom as he is of years. No living soldier has a greater reputation among his fellows. He broke the German offensive of 1916. He restored the spirit and the discipline of the French Army in 1917 by a wise mixture of firmness and understanding, and in 1918, as Commander-in-Chief of the French armies of the North and the North-East, he was Foch's right-hand man in the final stages of the War. During the years of peace he has been indefatigable in the service of his country. In 1934 he was a member of the National Government which was formed to save France at a time of grave internal crisis, and since the end of the civil war in Spain he has been French Ambassador in Madrid, where he has fulfilled a difficult mission with notable success. His presence in M. REYNAUD's Government, now representative of all parties and sections of national opinion, is a guarantee now as then the proud motto which he took in 1916 will be made good: *Ils ne passeront pas*.

The invitation to MARSHAL PÉTAÎN is not the only step which M. REYNAUD has taken to strengthen his Cabinet. Since the inclusion the other day of members of the extreme Right parties, he has made other drastic changes, the most important of which is that he has exchanged portfolios with M. DALADIER, taking himself the most exposed position as Minister of Defence while M. DALADIER succeeds him as Minister of Foreign Affairs. He and Mr. CHURCHILL, two leaders who understand and appreciate one another, thus occupy exactly parallel positions, each of them, as Prime Minister and Minister of Defence, holding in his own hands the effective conduct of the war. This concentration should facilitate the coordination of the common effort. MR. CHURCHILL's visit to Paris at the end of last week and his conference with French Ministers has had a heartening effect at a time when the news from the Front is putting to the test the quality of the Allied leadership. Of the other changes in the French Government especially significant is the appointment of M. MANDEL to the Ministry of the Interior. He received his political schooling under M. CLEMENCEAU and can be trusted to give short shrift to defeatists and fifth columnists of every description. The purpose of these and other changes was defined by M. REYNAUD in his broadcast on Saturday. It is to wage the war with ever more energy and more determination, and to ensure that the Government Departments are animated by the same warlike spirit which nerves the soldier in the field.

Arndt.
31.7.42.

Gross-Britannien, Frankreich und das europ. Gleichgewicht.
"Nineteenth Century and After", London, Nr. 784m Juni 1942.

(Leitart.): Es besteht die allgemeine, aber irrige Auffassung, dass Verbündete im Kriege auch für immer Verbündete bleiben müssten. In der Vergangenheit war es nicht so, und wird auch in der Zukunft nicht immer so sein. Ist der Krieg einmal verüber, so werden sich Differenzen zwischen den verbündeten Mächten zeigen. Nicht alle werden gegen die Versuchung gefeit sein, solchen Differenzen zuvorzukommen und sich ~~stärken~~ im Voraus die Unterstützung der englischen Regierung für diesen oder jenen Nachkriegsanspruch zu sichern. Die englische Regierung ist überaus bereit, in solchen Angelegenheiten entgegenzukommen, wenigstens wenn ~~die Frage ist~~ der in Frage kommende Verbündete Macht besitzt. Verbündete müssen natürlich in der Förderung der Niederlage des Feindes zusammenstehen, was aber ^{dafür} durchaus kein Grund/ist, ~~zu denken~~ dass nicht ein jeder seine eigenen Interessen voranstellt und auf seine eigene Stellung in der Welt hält, auch wenn das eine Meinungsverschiedenheit mit den anderen Verbündeten bedeutet. Es liegt im Interesse Englands, wie auch in dem Frankreichs und der USA., dass sie die guten Beziehungen zu Russland bis zum Ende des Krieges und nachher aufrechterhalten, dass die Mittlere Zone so stark wie möglich bleibt und deren Staaten ebenfalls zu Russland in guter Beziehung bleiben, jedoch keinesfalls zu Vasallen Russlands werden.

Der Krieg in Russland verspricht ^{derart} schrecklich ~~zu werden~~ und für beide Kombattanten so vernichtend zu werden, dass niemand sagen kann, wie sie Ende des Jahres mit einander stehen werden. Verschiedene Million dt. effektiver Truppen werden übrig bleiben, aber die Eliminierung ~~der~~ ihrer Elite, der beinahe untragbare moralische und physische Druck auf die dt. Industrie und den Verkehr wird England dank den Russen seine Gelegenheit geben, wenigstens in diesem Kriege. Die Dt. werden immer noch

2.

stark sein. Es wird Englands Sache sein, ihnen den Rest zu geben. Nur durch einen Feldzug auf dem europäischen Kontinent kann es ihnen den Gnadenstoss ~~versetzen~~. In den nächsten paar Monaten könnte der Krieg vielleicht um Jahre verkürzt werden. Der ~~Wirk~~ unvergängliche Dienst, den Russland England, seinem Empire und der Sache der Alliierten geleistet hat sollte England, ^{jedoch} nicht dazu verleiten, irgend einem seiner Alliierten, sei es die USA. ^{sei es} oder/Russland, ~~irgen~~ nicht durchaus notwendige Konzessionen zu machen. Sowohl Russland, wie auch die USA. entwickeln einen neuen Sinn für Imperialismus, während in England der Glaube an ein imperielles Schicksal nicht mehr so stark ist ~~entwickelt~~ wie früher. Wenn Englands Alliierte auch alles in ihrer Macht Stehende tun, um die gemeinsame Sache zu fördern, fördern sie aber ^{auch} ~~ebenfalls~~ energisch ihre eigenen Interessen. Es ist dies ihre Pflicht sich selbst gegenüber. Es ist auch Englands Pflicht sich selbst gegenüber. Für England kommt es nicht nur auf das einfache Überleben an, sondern darauf, seine nationalen und imperiellen Interessen, seine Grösse und die Grundsätze geltend zu machen, ~~wie~~ für die ~~SS~~ in der Vergangenheit eintrat. England ist an dem Überleben der kleinen Nationen Europas interessiert, nicht nur aus ideellen Gründen, sondern weil eine jede kleine Nation Europas ein potentieller Verbündeter ist und in der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts seine Rolle spielen kann.

Welches ist nun der zukünftige Status der Ostsee? Soll die Herrschaft an Polen, Russland oder Dtl. fallen? Oder soll ein europäisches Gleichgewicht in der Ostsee unter Ausschluss von Dtl. geschaffen werden? Das letztere ist sicherlich vorzuziehen. Es kann aber nur erreicht werden, wenn nicht nur Russland und Polen, sondern alle baltischen Staaten daran teilnehmen, während England das Gleichgewicht hält (England müsste als Ergebnis des Krieges den permanenten Zutritt zur Ostsee und auch dem Schwarzen Meer haben).

Chinese Economic Journal (Shanghai)

3.

Es ist auch notwendig, dass England ~~seine~~ gute Beziehungen zu Russland aufrechterhält, weil es in seinem Interesse, wie auch dem Russlands liegt, dass das ~~europäische~~ Gleichgewicht/wieder hergestellt und bewahrt wird, wo es notwendig ist um Japan unter Aufsicht zu halten, so dass China endlich in Frieden seine ~~Wirts~~ uellen entwickeln und seine grosse Zivilisation erneuern kann. Um das Gleichgewicht im Fernen Ost aufrechtzu- erhalten benötigt man England und Frankreich, die als eine einzige Macht zu betrachten wären, die USA., Holland und Russland.

In der Verbindung zwischen Mächten gibt es gewisse Grade, und es ist die Aufgabe der Diplomatie, diesen Grad für ~~irgend~~ ^{gegebene} eine/Macht zu bestimmen. Jedes Bündnis ist gegen irgend jemand gerichtet. Es liegt im Interesse der alliierten Mächte, miteinander verbunden zu bleiben, wenn auch Wechsel und Umstände es bestimmen, ob ein solcher Zusammenschluss bleibt, enger oder lockerer wird. Für England und das Empire ist der Zusammenschluss mit Frankreich und seinem Imperium bei weitem der wichtigste aller nur möglichen Zusammenschlüsse. Ein Zusammen- ^{zwischen ihnen} schluss ~~ist notwendig~~, der mehr als ein militärisches Bündnis bedeutet und dennoch nicht auf Gefühlsmäßigkeit, sondern auf pragmatischer Wirklichkeit beruht, ist nötig, um den endgültigen Sieg zu sichern; nötig für den Erfolg in den Friedensverhandlungen nach dem Kriege und nötig für die Aufrechterhaltung des ~~europäischen~~ Gleichgewichts, die Sicherheit der beiden Nationen und ihrer Imperien und für die Bewahrung eines allgemeinen Friedens.

Neue Zürcher Zeitung

Nr. 274

Großbritannien und Frankreich zwischen zwei Kriegen

Die britische und die französische Kriegserklärung an Deutschland schließen am 3. September 1939 eine Periode europäischer Politik ab, die von den Friedensverträgen, die aus dem Weltkrieg hervorgegangen waren, ihren Ausgang genommen hatte. Alle Mächte, die sich im gegenwärtigen Konflikt gegenüberstehen oder gegenübergestanden haben, können mit einem gewissen Recht ihre Politik als Friedenspolitik bezeichnen, da sie in der Tat die Erhaltung des Friedens entweder als nationales Ziel verfolgten oder doch die Revision der bestehenden europäischen Ordnung unter Vermeidung des Krieges herbeizuführen suchten. Sie ist als solche gekennzeichnet. Am sichtbarsten, vollständigsten, ist der Zusammenbruch der Politik Großbritanniens und Frankreichs in dem Zeitraum seit den Friedensverträgen von 1919, da nicht nur die Erhaltung des europäischen Friedens mißlungen ist, sondern diese beiden Mächte auch in einer Situation den Krieg erklären mußten, die sie geschwächt, ohne Verbündete und, wie die jüngsten Ereignisse bewiesen haben, untereinander aufs tiefste getrennt fand.

Diese in sich geschlossene Periode der Geschichte zweier Großmächte, Großbritanniens und Frankreichs, wird der historischen Darstellung eine schwierige Aufgabe stellen, die wohl erst nach vielen Jahren mit einem gewissen Anspruch auf historische Genauigkeit gelöst werden kann. Für die Gegenwart

bietet die politische Wissenschaft die Möglichkeit einer ersten Auseinandersetzung mit dem Problem. Befreit von der Verpflichtung, den Ablauf politischer Vorgänge in enger Beziehung zu den Personen und den Instrumenten ihres Handelns zu verfolgen, sucht die politische Betrachtungsweise, oft unter bewußter Vereinfachung, die Grundgedanken und Grundtendenzen aus den historischen Vorgängen abzuleiten, wie sie sich vor den Augen der Zeitgenossen abgerollt haben. Eine Rangordnung zwischen den Wissenschaften Geschichte und Politik wird niemand aufzustellen wünschen, um so mehr als eine eindeutige Scheidung zwischen ihnen undenkbar wäre. Die historische Darstellung hat immer ihre Höhepunkte dort gefunden, wo sie den Lauf der Gedankenströme deuten konnte, und die politische Wissenschaft wird nur dann haltbare Ergebnisse erreichen, wenn sie sich auf ein reiches Material historisch genauer Daten stützen kann.

Diesem Erfordernis genügt in hohem Maße das Werk von Arnold Wolfers „Britain and France between two wars“, das dieses Frühjahr in New York erschienen ist. Der Verfasser, ein geborener Schweizer, ist heute an der Yale-Universität in New Haven (Connecticut) Professor für Internationale Beziehungen. Mit der amerikanischen wissenschaftlichen Arbeit eigenen Gründlichkeit und unter Ausnützung der Grundlagen und Methoden, die

das Institute of International Studies der Yale-Universität zu bieten vermag, gibt uns Wolfers eine umfassende Darstellung der jüngsten politischen Vergangenheit der beiden europäischen Westmächte. Eine chronologische Tafel, ein umfangreicher bibliographischer Teil und ein Register sind die Schlüssel, mit denen man das in das Werk verbauten überreiche Material an Zitaten aus Verträgen, parlamentarischen Reden, diplomatischen Akten, aus der politischen Literatur der letzten zwanzig Jahre für jede Art wissenschaftlicher Arbeit erschließen kann. Zum erstenmal sind hier wohl die außenpolitischen Debatten im Parlament von Westminster und im Palais Bourbon vollständig nach allen Äußerungen durchsucht worden, die Licht auf die Wege der Politik der beiden Westmächte werfen; die Reichhaltigkeit des Zitatensmaterials allein ist schon geeignet, dem Buch eine besondere Stellung zuzuwiesen.

*) „Britain and France between two wars. Conflicting strategies of peace since Versailles“. Von Arnold Wolfers. (Harcourt, Brace Verlag, New York 1940.)

In einem Untertitel deutet Wolfers seine eigene Stellung zu dem Problem der Vorkriegspolitik der europäischen Westmächte und gleichzeitig das Ergebnis seiner Untersuchung an. „Conflicting strategies of peace since Versailles“ — als Kampf zwischen zwei unvereinbaren Methoden der Friedenssicherung erscheint ihm die Diplomatie der Sieger des letzten Weltkrieges. Die Verlegung des Schwerepunkts auf die mißglückten Versuche, einen dauernden Frieden, ja ein Friedenssystem aufzubauen, um die unbestreitbar die Diplomatie der Westmächte in den letzten zwanzig Jahren kreiste, sichert dem Buch die Teilnahme der amerikanischen Öffentlichkeit, für die es im Grunde bestimmt ist. Denn der politisch geschulte

Amerikaner vermag sich, ungleich dem Europäer, nicht mit der Betrachtung einer geschichtlichen Periode als Episode — Episode von größter Tragweite vielleicht — abzufinden, sondern er wünscht aus ihr unbedingt eine Lehre, eine Garantie eines Fortschritts zu einer besser organisierten internationalen Gemeinschaft zu gewinnen. Die Friedenssicherung ist, was auch die Wechselfälle der amerikanischen Geschichte sein mögen, die dem Ursprung der Vereinigten Staaten und der Lebensgestaltung ihrer Bürger einzig gemäße Politik, und sie wird immer das letzte Ziel ihres politischen Denkens bilden. Daraus ergibt sich das besondere Interesse, das für die Vorkriegsperiode der Geschichte Europas besteht.

Die Methode der Untersuchung Wolfers' ist charakterisiert durch die Nebeneinanderstellung der politischen Bemühungen Frankreichs und Großbritanniens in zwei vollständig getrennten, aber gleichzeitig aufgebauten Hauptabschnitten, die erst in einem Schlusswort auch eine äußerliche Verbindung erfahren. Die gedankliche Verbindung besteht indessen auf der ganzen Linie, und sie tritt ins Bewußtsein des Lesers als ein packender Beweis der grundsätzlichen Unvereinbarkeit der Außenpolitik der beiden Westmächte. Sofern die öffentliche Meinung durch Vermittlung der Parteien an ihrer Gestaltung beteiligt ist, ergibt sich die auffallende Erscheinung, daß sie in Frankreich bei geringerer Stabilität ihrer Vertretung in der Regierung zu einer konsequenteren Außenpolitik fährt als in England, wo während der weitaus längsten Zeit konservative oder „nationale“ Regierungen am Ruder waren. Ein französischer

Minister charakterisiert das Verhältnis mit den Worten: „Es ist besser, fünf Regierungen und eine Politik zu haben wie Frankreich, als wie England eine Regierung und fünf Politiken.“ Die französische Politik stand völlig im Banne der Forderung nach „sécurité“, einer Forderung, die im Grunde genommen dem Wesen einer Großmacht widerspricht. Sie lag indessen in der Schwäche der Stellung Frankreichs begründet, „le seul grand peuple au monde qui soit menacé dans sa vie“, wie Paul Reynaud im Jahre 1935 in der Kammer sagte. Großbritannien suchte demgegenüber die Rückkehr zur wirtschaftlichen Normalität und eine allgemeine Befriedung zu fördern, doch war über den Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden sollte, weder Klarheit noch Einmütigkeit zu erzielen. Die traditionelle Politik des europäischen Gleichgewichts schien ebenso sehr wie das Streben nach kollektiver Sicherheit geeignet, „to deal at any one moment with the evil of the day and to provide the remedy which that evil required“ (Austen Chamberlain, 1925). Das Schwanken zwischen diesen beiden Rufen auf der Seite Englands hat ebenso sehr wie die tiefe Verschiedenheit zwischen den Auffassungen der beiden Westmächte über die Aufgaben und Möglichkeiten des Völkerbundes zum Untergang dieses Organismus beigetragen, die inkonsequente Politik gegenüber den Großmächten Italien und Rußland hat ebenso sehr wie die grundlegende Verschiedenheit in der Haltung gegenüber Deutschland die außenpolitischen Unter-

wenden.

nehmungen der Westmächte von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt. Sich gegenseitig auf Schritt und Tritt behindernd, gehen die europäischen Westmächte den Weg bis zum August 1939. Wolfers bemerkt hier: „Obwohl einige französische Staatsmänner immer noch vorziehen mochten, passiv zu bleiben, war das für Frankreich kaum noch möglich, als Großbritannien einen Kurs einschlug, den die Franzosen während mehr als zwanzig Jahren empfohlen hatten. Es entbehrt nicht der Ironie, daß Großbritannien sich der früheren französischen Auffassung gerade in diesem Augenblick anschloß, in dem einige hervorragende französische Staatsmänner empfahlen, sie aufzugeben, und nachdem Frankreich fast alle Stützpunkte verloren hatte, die es aufzubauen gesucht hatte zur wirksamen Durchsetzung dieser Politik.“

Wenn sich aus der leidenschaftlosen Darstellung die vielen Fehler ergeben, die Frankreich und Großbritannien in den vergangenen zwanzig Jahren begangen haben mögen, so wird auch das Versagen der Vereinigten Staaten von Amerika nicht verschwiegen, die in einem frühen Augenblick vielleicht eine Lösung der europäischen Probleme hätten erleichtern können. Eindringend aber geht vor allem aus der amerikanischen Untersuchung hervor, daß es nie „eine Politik der Westmächte“ gegeben hat, sondern nur eine britische und eine französische Politik, die sich gelegentlich berührten, meistens aber sich gegenseitig zum Mißerfolg verurteilten.

Hrs Schwarz